

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?

Spätestens seit der Flucht Oskar Lafontaines aus der Verantwortung im März 1999 ist die stärkste Regierungspartei Deutschlands voll auf die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie eingeschwenkt. Die „alte SPD“, die (ihrem Anspruch nach) den Kapitalismus durch Reformen zähmen, die Lohnarbeiter sozial absichern, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen Arbeitslosigkeit verhindern bzw. einschränken wollte, war tot.

Reform heißt nun Abbau sozialer Sicherheit gegen Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Alter, Beschneidung von Rechten Lohnabhängiger, erfolgreiche Einmischung in gewerkschaftliche Tarifpolitik zum Zweck des Reallohnabbaus.

Synchron lief die Entlastung des Kapitals von Lohnkosten durch die faktische Aufhebung der Parität in der Sozialversicherung (Renten, Kranken-, Arbeitslosen-, demnächst Pflegeversicherung), die Bekämpfung der Arbeitslosen und nicht der Arbeitslosigkeit, die Entlastung der Profite durch starke Senkung der Ertragssteuern (vor allem der Körperschafts- und Gewerbesteuern) um den Preis anhaltender Haushaltsdefizite. Die SPD übte erfolgreich Druck auf die Gewerkschaften in Richtung „moderater“ Tarifabschlüsse aus.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften reagierten jahrelang mit reichlich zahmen verbalen Protesten. In Bündnisse für Arbeit und Ausbildung wurden Hoffnungen gesetzt, obwohl die Unternehmer Zusagen, soweit sie sich



überhaupt dazu herabließen, schlicht nicht einhielten.

Zu lange hatte die Führung, aber auch die große Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften die SPD als den politischen Arm der Arbeiterbewegung, als „natürlichen“ Bündnispartner erlebt. Zu tief saß die (zutreffende) Erinnerung an Reformen, die die materielle Lage der Lohnabhängigen tatsächlich verbesserten. Zu lange waren die

Gewerkschaften an sozialpartnerschaftliche Politik gewöhnt. Zu klar war auch die (ebenfalls zutreffende) Erwartung, daß die Opposition mindestens genau so einschneidende Gegenreformen in die Wege leiten bzw. die Politik des Sozialabbaus fortsetzen wird, wenn sie an die Regierung kommt.

Es dauerte lange, bis die Enttäuschung über die Regierungspolitik in

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- | | |
|---|----------|
| - Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative? | Seite 1 |
| - In eigener Sache | Seite 2 |
| - Siemens Hofmannstraße - gewerkschaftliche Erfolge | Seite 7 |
| - Bericht von unserem Seminar in Landshut | Seite 8 |
| - Zu Perspektiven sozialistischer Revolutionen | Seite 9 |
| - Sozialistische Revolution und subjektiver Faktor | Seite 15 |
| - Bildung (noch) für alle? | Seite 19 |
| - Aktuelle Entwicklungen in der kurd. Bewegung | Seite 25 |
| - Leserzuschrift „Pessimismus im Denken ...“ | Seite 26 |

Rezensionen

- | | |
|--|----------|
| - Die Thalheimers | Seite 28 |
| - Streitschrift wider rechte PDS-Ideologie | Seite 31 |
| - 1923: Die abgesagte Revolution | Seite 30 |
| - Nachdruck: Irak – ein Land zerfällt | Seite 37 |

In eigener Sache

Die Absicht, kurz vor dem Erscheinen der ARSTI noch einen *aktuellen* weltpolitischen Artikel anzugehen, konnte aus Zeitgründen nicht mehr verwirklicht werden. Wir wollten unter dem Titel „Gewollte Vergeßlichkeit“ den Verfälschungen in der westlichen Welt entgegentreten, erst mit dem Irakkrieg hätten die USA zu Aggression, Lüge, Folter und Mord gegriffen und nur die Untergebenen wären Schuld. Ob im Koreakrieg, im Vietnamkrieg oder bei der Unterstützung lateinamerikanischer u.a. Militärdiktaturen – die Verantwortlichkeit der US-Regierung ist inzwischen dokumentiert. Auch die deutsche Bundesregierung steht in der Reihe derjenigen, die alles verniedlichen und die Völkerrechtsverstöße der Vergangenheit großzügig vergessen wollen. Die sogenannten Irak-Kriegsgegner sind politisch eingeschwenkt und zu Komplizen der Aggressoren geworden.

Das alles zu beschreiben, blieb uns deswegen nicht die Zeit, da Vorbereitung und Durchführung des Landshuter Treffens unsere kleine Gruppe zu sehr in Beschlag nahmen. Dieses Mai-Seminar fand nun zum fünften Mal statt, diesmal mit noch unterschiedlicheren Gruppen besetzt. Wir berichten darüber in diesem Heft. Die Referate sind Hauptbestandteil dieser Nummer. Die fünf behandelten Themen sind

aus dem Inhaltsverzeichnis zu ersehen, das Referat über den Sozialabbau und den Widerstand dagegen haben wir als Kopffartikel verwendet. Die verschiedenen Gruppen waren sich in den Hauptzielen einig, inhaltlich gab es aber nicht zu allen Punkten Übereinstimmung. Doch das kameradschaftliche Zusammenfinden der verschiedenen Gruppen empfanden alle als einen Schritt vorwärts.

In unserem Rezensionsteil beschäftigen wir uns mit Büchern zur Geschichte der Kommunistischen Bewegung und, ganz aktuell, mit der Abkehr der PDS von sozialistischen Zielen.

Zum sozialdarwinistischen Hartz II-Gesetz ist ein Leserbrief eingegangen, den wir abdrucken.

Nach den großen Demonstrationen am 3. April gegen den Regierungskurs des Sozialabbaus fragen sich viele, wie es nun weitergeht, damit die Regierung auch wirklich reagieren muß. Vor kurzem kam die Antwort der IG-Metall: Eine Unterschriftenaktion soll bis zum Herbst Millionen Protesterkklärungen einbringen! Da werden sich die Schröders, Merkels und Co. aber fürchten ... Blamabler für die Gewerkschaften geht's wirklich nicht mehr!

Den erwarteten Ausgang der EU-Wahl und der Landtagswahl in Thüringen zu kommentieren blieb

unmittelbar vor Redaktionsschluß keine Zeit mehr. Die katastrophale Niederlage der SPD wird nun die Partei schweren Erschütterungen aussetzen. Gleich welchen Weg sie gehen wird, der Riß zwischen ihr und den enttäuschten Stammwählern ist nicht mehr zu kitten. Keine Kursänderung und keine Finten können die SPD vor einem weiteren Absturz mehr retten.

Zum Schluß haben wir noch zwei Artikel zum Irakkrieg aus der SOZ und dem ak gefunden, die es wert sind, als Nachdruck auch unsere Leserinnen und Leser zu informieren.

Unserem Aufruf in der Märznummer, das Jahresabonnement zu begleichen, sind bei weitem nicht alle Bezieher der „Arbeiterstimme“ nachgekommen. Es wäre auch ein Zeichen der Solidarität mit uns wenigen Aktiven, die die Zeitung (und anderes) machen, die weitere Herausgabe finanziell absichern zu helfen. Andererseits haben wir von der Mehrzahl derer, die uns finanziell unterstützen, mehr oder sogar viel mehr als die Abogebühr erhalten. Vielen Dank dafür! Das ist für uns auch ein politisches Zeichen und eine Ermutigung, in unserer politischen Arbeit nicht nachzulassen!

**Vorankündigung:
Die Jahreskonferenz der
Gruppe findet am 30./31.
Oktober in Nürnberg statt.**

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Thomas Gradl, Bucherstraße 20,
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl,
Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:
redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung

Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?

den Gewerkschaften Wirkung zeigte. Der beherrschende Einfluß des neoliberalen mainstreams in der Wirtschaftswissenschaft und in den Medien zeigte auch in den Gewerkschaften Wirkung. Die jahrelang vorherrschende keynesianische Theorie wurde von den meisten aufgegeben. Klassenkämpferische geschweige denn marxistische Theorie war bis auf wenige Ausnahmen bei den Mitgliedern und im Funktionärskörper schon lange verloren gegangen. Das zusammen machte die Gewerkschaften argumentativ hilflos gegen die aggressiv vorgetragene Propaganda der Deregulierer.

Noch 2002 wurde der Wahlkampf der SPD als des „kleineren Übels“ unterstützt. Die Proteste gegen die Agenda 2010 im Frühsommer 2003 wurden so lustlos organisiert, daß sie zu einer Demonstration der Schwäche gerieten. Der gegen die Hartz-Programme angekündigte „heiße Herbst“ fiel ohne Begründung ersatzlos aus.

Entfremdung der SPD von ihrer Basis

Bei der Kommunalwahl in NRW im Jahr 2000 erlitt die SPD zum ersten mal starke Verluste durch Wahlenthaltung ihrer bisherigen Anhänger (die verlorene Landtagswahl in Hessen 1999 hatte andere Ursachen). Seither setzten sich die Wahlniederlagen fort. Ungefähr gleichzeitig begannen die ebenfalls kontinuierlichen Mitgliederverluste.

Die Unionsparteien konnten dadurch zwar an Mandaten in Landtagen und Kommunen gewinnen doch wenig oder gar keine absolut stärkere Anhängerschaft an sich binden. Ihre Stimmverluste waren nur geringer. In Bayern z. B. nahm die Zustimmung zur CSU bei der Landtagswahl 2003 um etwa 120.000 Stimmen ab. Nur durch die wesentlich geringere Wahlbeteiligung konnten Stoiber und seine Partei ihren „triumphalen Wahlsieg“ und die 2/3-Mehrheit im Landtag feiern.

Das Kalkül der SPD-Parteiführung auf die „neue Mitte“, die „Innovationsgewinner“ und sozialen Aufsteiger als künftige Wählerschichten, die erwartete Verluste bei den Stammwählern (also Lohnabhängigen und insbesondere Gewerkschaftern) mehr als ausgleichen sollten,



erwies sich als Fata Morgana. Ein großer Teil der „Aufsteiger“ fiel gewaltig auf die Nase, als die Blase der „new economy“ platzte. Soweit sie aus bürgerlichen Schichten kamen, dürften die meisten wieder bei ihren angestammten Parteien sein, wenn sie nicht resigniert das Heer der Nichtwähler verstärken. Es bleiben für die SPD die Verluste bei den Stammwählern.

Trotzdem blieb es in der Partei erstaunlich ruhig. Bis auf ein paar „Abweichler“ im Bundestag reagierten die Unzufriedenen mit Resignation, Passivität, Wahlenthaltung und bestenfalls mit öffentlich erklärten Austritten. Der Versuch einer Mitglieder-Befragung scheiterte kläglich an zu geringer Beteiligung. Nur wenige offenbar sahen eine Alternative in der PDS. Parteigründung war keine ernsthaft diskutierte Alternative. Die Erfahrungen mit linken Abspaltungen von der SPD sind ja auch nicht gerade ermutigend.

Massenaktionen

Vorbemerkung: Der Verfasser hat an mehreren Aktionen teilgenommen. Die folgenden Einschätzungen sind von diesen subjektiven Eindrücken beeinflusst - und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Verschiedene kleine linke Parteien und Organisationen, attac und Sozialverbände arbeiteten auf eine zentrale Demonstration gegen Sozialabbau m. W. seit dem Sommer 2003 hin. Auf die - gewohnten und wohl unvermeidlichen Streitigkeiten bei den Bündnis/Vorbereitungs-Treffen und auf die ungeheuer wichtige Frage, wer zuerst auf den Gedanken einer solchen Demonstration kam, gehe ich nicht ein. Die Gewerkschaften ignorierten das Vorhaben. Lediglich auf lokaler Ebene beteiligten sich gewerkschaftliche Gremien an der Organisation bzw. unterstützten finanziell. Besonders übel benahm sich der ver.di-Bundesvorstand, der 2 Tage vor der Demonstration zur Beteiligung aufrief, sich so verbal anhängte als Mobilisierung und Vorbereitung so gut wie abgeschlossen waren.

Die Beteiligung von über 100.000 Menschen am 1. November 2003 übertraf alle Erwartungen - nicht nur der Gewerkschaftszentralen, nicht nur der bürgerlichen Medien sondern auch der Veranstalter. Besonders auffallend waren die vielen größeren oder kleineren Gruppen aus Betrieben. Nach meinem Eindruck machten sie die Mehrheit der Demonstranten aus. Daß daneben wohl alle linken Gruppen der verschiedensten Richtungen ihre Anhänger mobilisierten, selbstverständlich auch attac und verschiedene Sozialverbände, auch Gruppen der PDS versteht sich von selbst. Die unerwartet starke, weitgehend selbständig mobilisierte Beteiligung von nicht parteigebunden auftretenden Lohnabhängigen - ohne den Apparat der Gewerkschaften zu bemühen, setzte diese unter Druck.

DGB und die großen Einzelgewerkschaften übernahmen die Spitze einer Bewegung, die sie wegen der



starken Beteiligung unter ihren aktiven Mitgliedern und ehrenamtlichen Funktionären nicht länger ignorieren konnten. Der DGB orientierte auf europaweite Kampfmaßnahmen am 2. und 3. April. Eine Beteiligung der linken Organisationen, die für den 1. 11. aufgerufen hatten an der Vorbereitung unterblieb – deren Anhänger würden ja ohnehin kommen. Attac wurde am Rande beteiligt und durfte auch auf Rednerlisten erscheinen.

Am 2. April (Freitag) wurde nicht viel getan. Das hätte ja (politischen) Streik in wie immer getarnter Form bedeutet. Soweit wollten die Gewerkschaftsführungen nicht gehen. Ich denke auch nicht, daß die Bereitschaft unter den Lohnabhängigen in ausreichendem Maße vorhanden gewesen wäre. Doch für die drei Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart wurde heftig geworben. Lokal fanden vorher Aktionen in weit größerem Umfang statt als gewohnt.

Die Erfahrungen mit der Gesundheits-, der anstehenden 2. Rentenreform und den angekündigten Sparprogrammen der Bundesländer verstärkten im ersten Quartal 2004 den Unwillen der Reformgeschädigten noch zusätzlich.

Am 16. 3. demonstrierten Lehrer in München. Zu einem Streik reichte das Bewußtsein zwar noch nicht – doch allein der Ansatz, die Bereitschaft der GEW-Mitglieder und anderer Kolleginnen und Kollegen zum (illegalen) Streik durch eine Unterschriftenaktion auszuloten, stellte eine neue Qualität des Widerstands dar. Die anschließende Kundgebung war mit etwa 10 – 11.000 Menschen (überwiegend GEW, ver.di aber auch Gruppen mit IGM-Fahnen) sehr gut besucht.

Besonders beeindruckend fand ich die vom VdK organisierte Demonstration am 29. 3. in München. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren hatte diese (von der rechten SPD dominierte) sonst recht lammfromme Organisation zu öffentlichem Protest aufgerufen. Auch hier übertraf die Beteiligung alle Erwartungen. Gut 25.000 überwiegend ältere Menschen, viele mit Krücken oder in Rollstühlen marschierten mit – auch nicht

wenige Gewerkschafter, obwohl der DGB diese Aktion wieder einmal ignorierte. Die Wut und Enttäuschung der Teilnehmer/innen über eine SPD-Politik, die ihnen ihre wohlverdiente Altersversorgung beschnitten hat, die Empörung über Verschlechterungen der Gesundheitsleistungen war unübersehbar.

Auch die Beteiligung am 3. April übertraf die Erwartungen der Veranstalter. Über eine halbe Million Teilnehmer/innen – das hat es seit Menschengedenken nicht mehr gegeben. Um so enttäuschender waren die Reden der Spitzenfunktionäre. Bsirske in Stuttgart zählte die einzelnen Schritte der Umverteilung von unten nach oben auf, als ob er denen,



die gegen diesen Sozialabbau protestierten, das noch hätte erklären müssen. Irgendeine gewerkschaftliche und/oder politische Perspektive, wie jetzt weiter gegen die Regierungspolitik vorgegangen werden soll, fehlte. Die führenden Funktionäre hatten erfolgreich mobilisieren lassen und wußten mit dem Erfolg dieser Mobilisierung nichts anzufangen.

Die demonstrieren. Wir regieren.

Der Bundeskanzler hat die Worte Helmut Kohls anlässlich der großen Demonstrationen gegen die „Nachrüstung“ in den 80er Jahren zwar nicht wiederholt, aber die Regierung handelt danach. Zwar hat Schröder eine Reformpause angesagt (um die Wahlchancen der SPD in diesem „Superwahljahr“ nicht ganz in den Keller zu treiben), doch das hat er schon nicht mehr in der Hand. Urteile des Bundesverfassungsgerichts erzwingen eine Umgestaltung des Beitragsystems bei der Pflegeversicherung und die Besteuerung der Renten. Angesichts der Defizite werden die

Gesetze dazu wohl kaum beitragsneutral sein. Per Saldo wird auch hier eine Mehrbelastung der Lohnabhängigen und eine Entlastung der Unternehmer herauskommen.

Noch schwerwiegender aber sind die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst der Bundesländer und die Kürzung der Zulagen in kommunalen Betrieben. Zwar gilt noch die Nachwirkung des Tarifvertrags für Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst; spätestens in der Tarifaufeinandersetzung Anfang 2005 wird das ausgekämpft werden müssen. Vorkämpfer der Arbeitszeitverlängerung ist nicht nur Bayerns Stoiber (CSU) sondern ebenso Peer Steinbrück in Nordrhein/Westfalen (SPD). Wenn die Länderregierungen damit durchkommen, wird das Beispielwirkung auch für die private Wirtschaft haben.

Eine neue Partei?

Der Sozialabbau wird also weiter gehen. Demonstrationen **allein** helfen nichts. Es muß also etwas über Demonstrationen hinausgehendes her. Die Diskussion über parlamentarische Alternativen zu SPD und CDU/CSU ist sicher nicht eine Marotte einiger geltungssüchtiger Gewerkschaftsfunktionäre, wie das die bürgerlichen Medien darzustellen belieben. Ein Potential unzufriedener, politisch und gewerkschaftlich aktiver Menschen, die sich von den vorhandenen Parteien nicht vertreten fühlen, sucht einen politischen Hebel gegen eine als falsch gesehene und vor allem als ungerecht empfundene Politik.

M. E. decken sich die „alt-sozialdemokratischen“ Ziele der Gründer der Wahlinitiativen mit dem Bewußtsein der meisten Teilnehmer an den Demonstrationen der letzten Zeit, die wohl auch das hauptsächliche Potential einer neuen Partei sein werden oder müssen. Bei aller Wut, bei allen Beschimpfungen für Schröder und Komplizen – das kapitalistische System wurde nicht in Frage gestellt. Einige T-shirts mit der Parole „sozialismus(s)“ schienen mir nicht gerade die unmittelbar bevorstehende Revolution anzukündigen. Die Anhänger linker Gruppen sind hier und im folgenden die Ausnahme; nach meinem Eindruck fanden sie wenig Widerhall



mit systemkritischen Parolen aber viel Beifall mit ihrer Kritik am Sozialabbau.

Die „Ungerechtigkeit“ der „Reformen“, die einseitig die Lohnabhängigen belasten, das Kapital aber begünstigen, wurde von vielen erkannt, was m. E. schon eine beträchtliche Leistung ist, wenn man die fast einhellige Falschorientierung durch die bürgerlichen Medien bedenkt.

Vorstellungen über Alternativen zum bürgerlichen Staat, zum Parlamentarismus waren – abgesehen von den linken Gruppen – nicht erkennbar. Die Raffgier der Unternehmer wurde in bissigen Transparenten angeprangert, ein anderes Produktionsverhältnis wurde nicht gefordert. Es war eine im wesentlichen defensive, wenn auch kämpferische Haltung, die zurück zum gewohnten „Sozialstaat“ will, die sogar „Reformen“ nicht ausschließt, aber „gerecht“ sollten sie sein. Wenn Opfer gebracht werden müßten, dann solle es alle und nicht nur die Lohnabhängigen, Rentner, Arbeitslosen treffen. Dieses Potential ist (noch?) nicht das einer revolutionären oder sozialistischen oder kommunistischen Organisation. Soweit das Bedürfnis nach einer neuen Partei vorhanden ist, dann das nach einer sozialdemokratischen.

Ist das falsch? Vom Bewußtseinsstand der großen Mehrheit der Demonstranten, ausgetretenen SPD-Mitgliedern, bewußten Nichtwählern und aktiven Gewerkschaftern aus ist es nicht nur konsequent sondern auch fortschrittlich nach einer Wahlalternative Ausschau zu halten. Wenn der Parlamentarismus in den Köpfen (noch?) nicht überwunden ist, scheint gegen eine den eigenen Interessen zuwiderlaufende Politik nur eine neue Partei oder zumindest Wählerinitiative eine Politikänderung herbeiführen zu können – sei es durch Drohgebärden gegen die real existierende SPD oder, falls das nicht hilft, als Wahlalternative, die nicht allein die Partei als ganzes unter Druck setzt sondern auch Macht und Einfluß der vielen Mandatsträger in der SPD gefährdet. Besser, als wenn die von der SPD Enttäuschten irgendwelchen Rechtspopulisten nachlaufen (wie in Sachsen-Anhalt 1998 oder Hamburg), ist es allemal. Die andere Frage ist, ob

eine neue SPD (wie immer sie sich nennen mag) auch beim besten und ehrlichsten Willen die Erwartungen ihrer potentiellen Wähler erfüllen kann.

Die Initiativen

Soweit bis jetzt erkennbar formieren sich die oppositionellen Kräfte hauptsächlich um Gewerkschaftsfunktionäre. Die meisten davon gelten als Linke in ihren jeweiligen Organisationen. Zumindest einige genießen bei den Kolleginnen und Kollegen großes Ansehen und können diese mobilisieren (wie z. B. Klaus Ernst, der 1. Bevollmächtigte der IGM in Schweinfurt). Auch keynesianische Wirtschaftswissenschaftler der Memorandum-



Gruppe (vor allem Prof. Schui) gehören zu den Erstunterzeichnern der entsprechenden Aufrufe. Eine Rivalität zwischen der „Wahlalternative 2006“ (Nord- und Westdeutschland) und der Initiative „Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“ (Süddeutschland) ist z. Zt. nicht zu erkennen. Daß sich beide unabhängig voneinander gegründet haben und zusammenarbeiten wollen, wie es z. B. auf der Versammlung in München Koll. Schmalzbauer betonte, scheint mir glaubwürdig. Die Gründung von regionalen Gruppen macht Fortschritte. Am 14. 5. schrieb die Süddeutsche Zeitung von rd. 3000 Unterstützern und 38 Regionalgruppen.

In München am 27. 4. d. J. übertraf die Beteiligung mit rd. 120 Besuchern offensichtlich die Erwartungen der Initiatoren (Gewerkschafter aus IGM und ver.di) quantitativ aber wohl nicht qualitativ.

Das weitere Vorgehen, wie es in München dargestellt wurde, zielt für den Sommer auf die Bildung weiterer Gruppen und die Gewinnung von Mitgliedern und Unterstützern. Im Herbst soll dann die Wahlbeteiligung bzw. Parteigründung diskutiert und unter den eingetragenen Mitgliedern der Initiative abgestimmt werden. In

München wurde offengelassen, welche Option von den Initiatoren angestrebt wird. Mein Eindruck war, daß eine Parteigründung beabsichtigt ist, daß die Initiatoren aber erst die Resonanz auf ihren Vorstoß abwarten wollen. Neuere Äußerungen von Peter Vetter (*IGM Kempten*) lassen deutlicher die Absicht einer Parteigründung erkennen.

Ein harter Weg

Anders als die Grünen in den 70er und 80er Jahren sind die Wahlalternativen darauf angewiesen, hauptsächlich aus einer bestehenden Partei, der SPD, ihre Mitglieder, Funktionäre und Wähler gewinnen zu müssen. Es werden einige Klassenbewußte, viele Unzufriedene und Kritische – aber auch die Selbstdarsteller und die Ehrgeizigen sein.

Über den Widerstand gegen Sozialraub wird grundsätzliche Übereinstimmung leicht herzustellen sein. Bei der Bestimmung des Weges, der Methoden oder gar über weitere Programmpunkte wird es schwierig werden.

Die Wahlalternative/Partei wird mit Sicherheit der geballten Hetze der gesamten, auf neoliberalistische Ideologie und „Marktmetaphysik“ (*K. G. Zinn*) gleichgeschalteten Medien ausgesetzt sein. Die Schreiberlinge der Bourgeoisie sind nicht fair. Zwar ist die Wirksamkeit von Medienkampagnen nicht unbeschränkt, wie die Beteiligung an den Großdemonstrationen beweist, aber gemessen an der gesamten Wählerschaft sind die Demonstrationsteilnehmer eben eine kleine Minderheit. Im Wahlkampf werden auch erfundene oder wirkliche Skandale und persönliche Schläge unter die Gürtellinie eine Rolle spielen.

Bestehende linke und ultralinke Parteien und Gruppen werden unter den Anhängern der neuen SPD ein willkommenes Rekrutierungsfeld sehen (*„Das Spektrum sollte reichen von Kommunisten über Sozialisten bis zu traditionellen Vertretern des Sozialstaats und sozial orientierten Christen.“* rät das *Neue Deutschland* v. 18. 3. 04, S. 14). Das wird nicht hilfreich sein für die notwendige Organisation und politische Vereinheitlichung.

Geld wird knapp sein im Wahlkampf. Bisher sind keine wohlhaben-



den Sponsoren in Sicht, was das Vertrauen in die persönliche Integrität der Initiatoren zwar bestärkt – aber deshalb sind Wahlkämpfe trotzdem teuer.

Über das Wählerpotential einer reformistischen Sozialdemokratie gibt es allerlei wilde Spekulationen. Angeblich rechne „die Initiative mit bis zu 20 %“ (*ND v. 17. 3. 04, S.5*). Ich halte zum jetzigen Zeitpunkt solche unfundierten Schätzungen für sinnlos.

Es mag kleinlich erscheinen diese Schwierigkeiten aufzuzählen (es werden bei weitem nicht alle sein). Es ist aber besser sich dessen bewußt als zu euphorisch zu sein.

Weit wichtiger scheint mir, ob die ökonomischen Vorstellungen der geplanten Partei tragfähig genug sind, die angestrebten Ziele – vor allem die Verringerung der Arbeitslosigkeit – zu erreichen.

Keynes statt Friedman?

Die Initiativen haben natürlich noch kein wirtschaftliches bzw. gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet. Das ist beim jetzigen Stand verständlich. Aus der Beteiligung wichtiger Vertreter der neoklassischen „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, die seit 1975 jährlich das Memorandum herausgibt und aus der allgemein sozialdemokratischen Ausrichtung läßt sich aber schließen, daß die Vorstellungen dieser Memorandum-Wirtschaftswissenschaftler eine gewichtige Rolle spielen werden.

Im folgenden beziehe ich mich auf die Ausführungen in „*Memorandum 2004, Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform, Kurzfassung*“.

Neben großenteils treffender Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik der rot/grünen Regierung, deren Kürzungspolitik die Nachfrage immer weiter reduziert, macht Memorandum Vorschläge zu einer Nachfragestärkung. Ein (kreditfinanziertes) „Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung“ von jährlich 75 Mrd. Euro über 10 Jahre soll die Massenarbeitslosigkeit reduzieren. Durch den erhofften Aufschwung, den Rückgang der Arbeitslosigkeit und

die dadurch sinkenden Ausgaben des Staates soll sich nach Meinung der Verfasser das Programm ganz oder teilweise refinanzieren. Die einzelnen Investitionsziele sind durchaus gesellschaftlich nützlich. Wer könnte etwas gegen ein ökologisches oder ein Bildungs- und Kulturprogramm mit hohen Geldspritzen haben?

Ob aber dadurch die Arbeitslosigkeit nennenswert vermindert werden kann, erscheint fraglich. Die internationale Lohn- und Investitionskonkurrenz der „Billiglohnländer“ bleibt bestehen. Gegen die strukturelle, durch Einsatz modernerer Maschinerie bedingte Arbeitslosigkeit soll Arbeitszeitverkürzung helfen. Dagegen ist nichts zu sagen. Es sind fortschrittliche gewerkschaftliche Ziele. Aber daß nicht **allein** das Vorhandensein kaufkräftiger Nachfrage, die durch ein solches Programm ja vermehrt werden könnte, sondern auch die Profitrate absolut und im internationalen Vergleich die Investitionsneigung und die Allokation der Unternehmer-Investitionen bzw. ebenso den Abbau von Betrieben und Beschäftigung beeinflusst, wird nicht berücksichtigt. Wir haben seit Jahren

ein Haushaltsdefizit, also ein nicht erklärtes deficit-spending, ohne daß die Arbeitslosenzahlen dadurch sanken. Ende der 70er Jahre resignierten Helmut Schmidt und die SPD als die Arbeitslosigkeit trotz ihrer Investitionsprogramme weiter stieg: „Man kann die Pferde zur Tränke führen - aber wenn sie nicht saufen...“

Die Jahre des Wirtschaftswunders und der dadurch ermöglichten positiven Reformen kann auch eine neue Sozialdemokratie nicht zurückholen. Dazu sind die Rahmendaten wie Fall der Profitrate, Überakkumulation, internationale Lohn- und Steuerkonkurrenz, verstärkte Konkurrenz der Toten gegen lebendige Arbeit zu verändert. Den Widerstand gegen den weiteren Sozialabbau könnte eine reformistische Partei aber verstärken. Insoweit verdient sie m. E. kritische Unterstützung auch wenn sie die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche so wenig auflösen kann wie die alte Sozialdemokratie, als diese noch reformistisch war.

Stand 1. 6. 2004

P. E./Arbeiterstimme

Krisentheorien: Marx, Smith, und Keynes

Marx analysiert Produktion und Reproduktion als zusammengehörige Seiten der Kapitalverwertung. Zur notwendigen Ausweitung der Kapitalverwertung muß Mehrwert, der Antrieb kapitalistischer Produktion, akkumuliert werden. Tendenzieller Fall der Profitrate ist die notwendige Folge des steigenden Anteils konstanten Kapitals am Gesamtkapital. Tendenzieller Fall der Profitrate*, die diesem „entgegenwirkenden Ursachen“** und kaufkräftige Nachfrage nach Waren*** sind die **grundsätzlich** im Widerspruch und in ständiger Wechselwirkung zueinander wirkenden Faktoren kapitalistischer Produktion und Reproduktion. Entwicklung der Produktivkraft und von dieser abhängig verstärkte internationale Konkurrenz kommen als **historische** Faktoren hinzu. Harmonie oder Gleichgewicht zwischen diesen kann nicht hergestellt werden. Die Widersprüchlichkeit baut Spannungen auf, die sich in Krisen entladen.

Smith und die Liberalen sehen im Preis den Regulator von Angebot und Nachfrage. Angebot von Waren findet Absatz, wenn nur der Preis niedrig genug ist. Auch Arbeitskraft ist Ware. Daß Lohn tendenziell den Gewinn mindert aber gleichzeitig als Nachfrage nach Waren erst die Realisierung des Gewinns ermöglicht, bleibt unberücksichtigt. Krisen sind nach Meinung der Liberalen nicht möglich, wenn nur der Wettbewerb uneingeschränkt ist, sowie staatliche und noch mehr gewerkschaftliche Eingriffe unterbleiben.

Keynes erkannte die Bedeutung, die ausreichende Nachfrage für die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Produktion hat. Durch Kredite, Haushaltsdefizite und niedrige Zinsen soll Geld in die Gesellschaft gepumpt werden, dadurch steigt die Nachfrage nach Waren, die Unternehmer werden wieder investieren, mehr Arbeitskraft bezahlen, dadurch die Nachfrage steigern und die Unterneh-

Fortsetzung im Kasten auf S.7

Siemens Hofmannstraße - gewerkschaftliche Erfolge



Der brutale Arbeitsplatzabbau des Konzerns in diesem reinen Angestelltenbetrieb rief unerwartet starken Widerstand unter den Beschäftigten hervor. Die rd. 900 Eintritte in die IG Metall und neuerdings der Ausgang der Betriebsratswahlen bestätigen dies.

Die am 14. Mai d. J. abgeschlossene Wahl brachte der IGM-Liste 46 % der abgegebenen Stimmen (letzte Wahl 40 %). Von 31 Betriebsratssitzen gewann die IGM 15, zusammen mit

merprofite realisieren. Keynes betont die Wichtigkeit ausreichender kaufkräftiger Nachfrage (was Lohnforderungen legitimiert, die Position der Gewerkschaften also stärkt), vernachlässigt aber (ohne die Wichtigkeit von Profit und Investition ganz zu negieren) die Rolle der Profitrate für die Akkumulation, das Risiko von Inflation und Staatsverschuldung.

Sowohl die Liberalen als auch Keynes sehen die dialektische Einheit zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen Angebot und Konsum nicht. Sie betrachten jeweils vorwiegend eine Seite und vernachlässigen die andere.

Die oben sehr verkürzt skizzierten Theorien sind selbstverständlich nicht als Gesetze im naturwissenschaftlichen Sinne zu verstehen. Das Kräfteverhältnis im Klassenkampf (der subjektive Faktor) entscheidet, welche Tendenz sich durchsetzt.

* Marx, Kapital Band 3, Kap. 13

** Marx, Kapital Band 3, Kap. 14

*** Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Abschnitt 1 u. 3

gewerkschaftsnahen Listen stellt sie mit 24 Betriebsräten eine solide absolute Mehrheit.

Die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) hatte die Betriebsleitung in ihrer Arbeitsplatzvernichtungspolitik unterstützt und gegen die IGM und den BR-Vorsitzenden Heribert Fieber und seinen Stellvertreter Leonhard Maier (beide IGM)

gehetzt. Das bekam ihr schlecht. Trotz massiver Hilfe durch das höhere Management brach sie auf 17 % (vorher 27 %) ein.

Erfolge vor dem Arbeitsgericht

Rd. 200 Kündigungsschutzklagen waren eingereicht worden. Der Betriebsrat hatte Widerspruch erhoben. Die IG Metall unterstützt die Kolleginnen und Kollegen. In 1. Instanz entschied das Arbeitsgericht in allen bisher verhandelten 125 Fällen gegen den Konzern. Siemens ging in Berufung. Das Landesarbeitsgericht (LAG) entschied jetzt am 19. 5. d. J. die ersten beiden Berufungsverfahren und erklärte die Kündigungen für unwirksam. Das läßt für die übrigen (gleichgearteten) Fälle erwarten, daß das LAG die Kündigungen auch für unwirksam erklären wird. Revision ließ das LAG nicht zu. Die Urteile sind also rechtskräftig; Siemens muß die Kollegen weiter beschäftigen.

Aktionstag

Auf der Betriebsräteversammlung der deutschen Standorte des Konzerns gab es massive Kritik an den Plänen des Vorstands tausende von Arbeitsplätzen im Inland durch Verlagerung in Billiglohnländer zu vernichten. Die IG Metall ruft für den 16. 6. 2004 (leider nach dem Redaktionsschluß dieser Ausgabe der Arbeiterstimme) zu einem Aktionstag an allen Siemens-Standorten in Deutschland auf. Wir werden weiter berichten.

Die Erfolge bei der Betriebsratswahl und vor dem Landesarbeitsgericht sind erfreulich, weil sie den Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärken und ihre Stellung gegenüber der anhaltenden Arbeitsplatzvernichtung verbessern. Sie machen klar, daß Widerstand gegen den allmächtig scheinenden Konzern nicht sinnlos ist. Nicht zuletzt haben die Gekündigten materielle, „geldwerte“ Vorteile. Den Abbau von Arbeitsplätzen und die Aufspaltung des Standorts werden sie längerfristig nicht verhindern können. Durch Verkauf von Betriebsteilen, Outsourcing (z. B. der Buchhaltung nach Prag) und weitere Kündigungen wird der Konzern seine Verfügungsmacht über die Produktionsmittel zum Nachteil der Belegschaft ausnutzen. Trotzdem müssen die Kolleginnen und Kollegen dagegenhalten. Widerstand lohnt sich.

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der akt. Ausgabe (4/04) u.a.:

- ◆ Andreas Keller: »Unternehmen Unik«, zur Privatisierung der Hochschulbildung
- ◆ »Mangelnder Nationalstolz?«, Briefwechsel zur IG BCE-Kampagne »Modell Deutschland...«
- ◆ »Rote Karte für Bündniswillige«, Netzwerk-Info Gewerkschaftslink 1/2004
- ◆ Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp: »Satzung für globale Wanderei«, UN-Konvention zum Schutz von MigrantInnen
- ◆ »3D-Jobs in Südkorea - auch hier: dreckig, gefährlich, schwierig«, Interview mit einem illegalen Gastarbeiter
- ◆ Clovis Zimmermann/Marina da Cruz Silva: »Null Hunger« unter Lula?«, erste Erfahrungen mit dem Armutsbekämpfungsprogramm in Brasilien
- ◆ Ralf Kliche/Nadja Rakowitz: »David gegen Goliath«, Widerstand gegen die US-Besatzung von Diego Garcia

○ Ich möchte ein Probeexemplar

○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. V.k.)

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Stand: 11. 6. 2004

Bericht von unserem Seminar in Landshut

In Zeiten in denen sich die New-SPD die neoliberale Umgestaltung Deutschlands auf die Fahne geschrieben hat und fast jeden Tag neue Forderungen aus dem Unternehmerlager und von Seiten der Opposition auf die Tagesordnung kommen, die die gewerkschaftlichen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts in Frage stellen, ja sogar die Existenz der Gewerkschaft an zur Disposition stellen ist es für eine kleine marxistische Gruppe wie wir es sind notwendig mit anderen linken Gruppen in Kontakt zu treten und so auch eigene Einschätzungen und Argumente einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und sich in der gemeinsamen solidarischen Auseinandersetzung weiter zu schulen. In dieser Sinn steht unser Frühjahrsseminar in Landshut, das wir zusammen mit den Gruppen International Landshut und Dorfen in nun fünfjähriger Tradition pflegen. Auch nachdem diese Gruppen die Herausgabe ihrer Publikation AIZ zum Ende des letzten Jahres eingestellt haben, betreiben sie ihre politische Arbeit mit anderen Schwerpunkten weiter. Als ein Novum war in diesem Jahr zu verbuchen, dass auch Genossen, die in anderen politischen Gruppen aktiv sind, an dem gemeinsamen Seminar teilnahmen. So konnten wir erfreut feststellen, dass der Kontakt zu Genossen aus der Gruppe Arbeiterpolitik, die ja im letzten Jahr schon an unserer Jahreskonferenz teilgenommen hatten, über diesen Zeitraum intensiviert werden konnten. Zu nennen ist hier vor allem die gemeinsame Beteiligung an der Konferenz in Leverkusen über die wir in der letzten Ausgabe der Arsti berichtet haben. Das sind die ersten Ansätze eines Aufeinanderzugehens von zwei Gruppen, die sich von ihrer Herkunft her näher stehen als andere linke Gruppen, und das uns durchaus ausbaufähig erscheint.

Eine weitere Neuerung beim diesjährigen Frühjahrsseminar war auch, dass drei Genossen aus der DKP daran teilnahmen. Auch ein Genosse vom Marxistischen Forum

der PDS hatte den Weg nach Landshut gefunden und mit einem Beitrag zur inhaltlichen Gestaltung des Treffens beigetragen.

Vor dem Hintergrund der momentanen Lage, der Massenarbeitslosigkeit und den bevorstehenden weiteren Verschlechterungen durch die Verschärfung der Bedingungen für Arbeitslose sowie den Erpressungen der Unternehmer die Produktion ins Ausland zu verlagern, drängt sich für die marxistische Linke die Frage nach einer Perspektive auf, die über die momentanen - meist erfolglosen - Abwehrkämpfe hinausgeht, die Frage zur Perspektive einer sozialistischen Revolution. Ein Genosse unserer Gruppe hat sich in dieses bedeutende Thema eingearbeitet und stellte seine Überlegungen dazu zur Diskussion. Zur Ergänzung dieses Beitrages, der sich unter Berücksichtigung historischer Erfahrungen in der Hauptsache mit den objektiven Bedingungen befasste, trug der Genosse vom Marxistischen Forum mit seinem Referat bei. Er hatte seinem Beitrag den Titel gegeben „Sozialistische Revolution und subjektiver Faktor in der gegenwärtigen Zukunft“. Hierbei stellte der Referent bei den Perspektiven für eine sozialistische Revolution die Frage nach der Reife des subjektiven Faktors in den Mittelpunkt. Es würde den Rahmen einer Einleitung sprengen die Diskussion über beide Referate, die wir im Folgenden in leicht überarbeiteter Form abdrucken, in ihrer Gänze widerzugeben. In der Diskussion tauchte jedoch immer wieder die Frage nach der Gründung einer neuen Partei auf die uns dann inhaltlich weiterführte zum dritten Beitrag des Tages „Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative(?)“, der sich anfangs mit einer Schilderung des Tatbestands der Umverteilung von Unten nach Oben beschäftigte und den wir als Kopftitel abdrucken. Der Widerstand, der sich gegen den Sozialabbau formiert hat und der in den großen Demonstrationen wie am 1. November 2003 in Berlin, am 18. November in Hessen, der bayerischen Lehrerinnen und

Lehrer und des öffentlichen Dienstes sowie des VdK in München und schließlich der europaweite Aktionstag am 3. April Ausdruck fand, wurde positiv eingeschätzt. Die Gewerkschaften hatten, nachdem sie von den 100.000 Teilnehmern in Berlin überrascht worden waren nicht mehr daran vorbeigehen können. Der Referent sah in den Aktionen das Aufkommen einer Bewegung, die schließlich ihren Niederschlag in den Bestrebungen von führenden Gewerkschaftern zur Gründung einer neuen linken Partei mit alten sozialdemokratischen Inhalten fand. Diese Partei wird sich sicherlich nicht in unsere Richtung entwickeln und ihr Spielraum wurde als sehr gering eingeschätzt. Wir sollten sie jedoch kritisch unterstützen, soweit sie den sozialen Widerspruch aufnimmt.

Der Sonntag war in seinem ersten Teil dem immer wieder beschworenen einzigem Rohstoff Deutschlands und dessen Bildung gewidmet, um die es ja nun wahrlich nicht zum Besten bestellt ist. Ein Genosse der AGI-Dorfen zeigte in seinem Referat „Bildung als Ware, Bildung (noch) für alle?, auf, wie auch die Bildung dem neoliberalen kapitalistischen Verwertungsprozess unterworfen wird. Im Rahmen des internationalen Dienstleistungsabkommens GATS wurden und werden die Voraussetzungen geschaffen, Bildung weltweit zu vermarkten und mit der universellen Zauberformel von der Privatisierung auszuschlachten. Das Zukunftsbild, das der Autor für den Bildungssektor entwickelte war dementsprechend düster, so dass nach dem Ende des Referates anfangs betretenes Schweigen herrschte. In der Diskussion wurde dann auf die Widersprüchlichkeit der Entwicklung hingewiesen und betont, dass sich doch nicht alles so linear vorantreiben lässt, wie es sich die herrschende Klasse wünscht und vorstellt.

Den Abschluß des Seminars bildete ein Beitrag eines kurdischen Genossen, der über die aktuellen Entwicklungen in der kurdischen Bewegung informierte.

Überlegungen zu Perspektiven sozialistischer Revolutionen



Ergänzt in subjektiver Hinsicht ist hinzuzufügen: Überlegungen zur Zukunft sozialistischer Revolutionäre. Bei diesem Thema kann es nicht um mehr oder weniger präzise Voraussagen gehen oder orthodoxe Regelableitungen aus den „historischen Gesetzmäßigkeiten“, wie eine solche Herangehensweise in der Vergangenheit oft missbraucht wurde. Wir stehen am Anfang des 21. Jahrhunderts als Marxisten politisch, ökonomisch und auch theoretisch vor einer neuen Lage, wo wir abwägen müssen, inwieweit 90 oder gar 150 Jahre alte Aussagen unter den heutigen Bedingungen noch zutreffend sind, oder, ob und wie sie weiterentwickelt werden müssen. Die philosophischen Anschauungen der marxistischen Klassiker über den Menschen, über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und über die antagonistischen – also die unvereinbaren – System- und Klassengegensätze sind heute noch so zutreffend wie im 19.

Dogmatikern ins Stammbuch

Es gibt nichts Anti-Marxistisches als ein Dogma, es gibt nichts Anti-Marxistisches als die Versteinigung von Gedanken. Und da werden im Namen des Marxismus sogar Vorstellungen durchgesetzt, welche offenkundig echte Fossilien sind. Der Marxismus muß sich entwickeln, eine gewisse Sklerose überwinden, die Realitäten der Gegenwart in einer objektiven und wissenschaftlichen Weise auswerten, sich wie eine revolutionäre Kraft und nicht wie eine pseudorevolutionäre Kirche geben.

Fidel Castro auf dem internationalen Kulturkongress in Havanna im Januar 1968

und 20. Jahrhundert. Von vielem anderen, auch von einst richtig angewandten Strategie- und Taktikausarbeitungen kann man lernen; ohne sie jedoch schon auf die andersartigen heutigen Verhältnisse anwenden zu können. Das Wertvolle daran ist die Herangehensweise, ist die Methode.

Andererseits: Weiterentwicklung heißt keinesfalls den Marxismus über Bord zu werfen oder als Steinbruch zu benutzen, wie es manche Linke tun. Gerade hat z.B. Karlheinz Roth gefordert, die Übernahme der staatlichen Macht sei nicht mehr anzustreben. Die Eroberung der politischen Macht sei kein Weg mehr, der zum emanzipatorischen Ziel hinführt. Ich bin davon überzeugt, daß es eine Illusion ist zu glauben, die kapitalistische Klasse würde jemals freiwillig und friedlich ihre Ausbeuterherrschaft aufgeben und auf ihren Macht- und Repressionsapparat verzichten. Gerade die letzten Jahre mit den neuen Kriegen, die angewandte fortdauernde Gewalt und die Grausamkeiten, wie sie jetzt wieder zu erleben sind, zeigen doch, daß der Imperialismus aggressiv und zu jedem Mittel bereit und fähig ist. Karlheinz Roths Losung „keine Macht für niemand“ würde revolutionäre Sozialisten von vornherein entwaffnen. Macht kann nur durch Gegenmacht gebrochen werden.

Wenn wir uns dem heutigen Thema nähern, so muß von vornherein betont werden, daß wir in dieser äußerst kurzen Form die Problematik nur anreißen und zur Diskussion stellen können. Es geht zudem um Meinung und Wissen, das unterschiedlich sein kann – auch unter Marxisten. Auch sind die entsprechenden Fakten und Zahlen usw. nachzuliefern, wobei sich in der Folgerung manche Änderungen ergeben können.

Sind die historischen Ansätze des Sozialismus vollends gescheitert?

Fangen wir also mit den geschichtlichen Erfahrungen an und mit der Frage, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind.

Wir stehen ja nicht vor der Stunde Null. So haben wir gerade erst den welthistorischen Zusammenbruch einer sozialistischen Staatenwelt hinter uns. In einer mühselig und ständig gefährdeten Entwicklung waren einst in Russland die Anfänge sozialistischer Grundlagen geschaffen worden. Das Riesenreich wurde modernisiert, industrialisiert und erreichte – vom Ausgangspunkt her betrachtet – einen beachtlichen Bildungs- und Sozialstand. Die Unreife der vorgefundenen Verhältnisse führte zu Mangelwirtschaft und großen gesellschaftlichen Widersprüchen. Um des Machterhalts willen hatte das Gewalt und Willkür zur Folge. Mit dem sogenannten „Realsozialismus“ und der Pervertierung des Marxismus war der Weg in die Sackgasse vorgezeichnet. Am Ende stand die Implosion. Wir selbst sind versprengte Reste und ehemalige Außenseiter einer weithin verkommenen kommunistischen Weltbewegung. Reste, die man inzwischen hier mehr oder weniger duldet, weil sie nun ohnmächtig geworden sind.

Der erste bedeutende Versuch einer sozialistischen Revolution war Ende des 19. Jahrhunderts die Pariser Kommune. Sie scheiterte vor allem an der Übermacht, die die herrschenden Klassen mit Hilfe ausländischer Interventionstruppen aufzubieten vermochten.

Der nächste große Anlauf kam 1917 mit der russischen Oktoberrevolution, in deren Gefolge es zu mehre-

ren, oft sehr kurzlebigen revolutionären Erhebungen kam, auch in Ländern, die von ihrer rückständigen Agrarstruktur her alles andere als die Voraussetzungen dafür hatten. Man denke z.B. nur an Ungarn oder an die Bayerische Räterepublik. Das Manko war von Anfang an, daß sich die revolutionären Bewegungen gerade in den Industriestaaten, die eigentlich dafür prädestiniert waren und in denen große Klassenkämpfe geführt wurden, nicht durchzusetzen vermochten.

Die UdSSR bestand immerhin über sieben Jahrzehnte und ging erst zugrunde, als materiell und ideell die Ressourcen erschöpft waren. Den Rüstungswettlauf und die technologische Überlegenheit hatte die weit mächtigere imperialistische Weltkoalition gewonnen. Bei allem, was man der stalinistisch geprägten SU negatives nachsagen kann und nachsagen muß: Die Existenz und die ungeheuren politischen und militärischen Anstrengungen der SU haben jedoch in diesen sieben Jahrzehnten beigetragen die Welt grundlegend zu verändern:

1. Nach ihrem Vorbild entstanden in aller Welt kommunistische Parteien und revolutionäre Bewegungen, mit mehr oder weniger Erfolg. Davon ist kaum etwas übriggeblieben.

2. Die SU trug entscheidend bei zum Sieg der sog. Anti-Hitler-Koalition im II. Weltkrieg. Die Nazi-Barbaren wurden vernichtet und damit ihre Herrschaft über ganz Europa verhindert.

3. Als Folge ihres militärischen Sieges errichtete die SU in Osteuropa und in Südosteuropa Regime nach ihrem Zuschnitt. Diese Länder wurden dadurch dem kapitalistischen und imperialistischen Bereich entzogen. In der Tschechoslowakei und in Jugoslawien hatten eigene revolutionäre Entwicklungen dabei ihren entscheidenden Anteil.

4. Die SU konnte unter großen materiellen Opfern zum militärischen Gegenspieler der USA und der Westmächte aufrücken und zur gleichwertigen Atomkraft. Unter diesem Schutzschild konnte sich die Revolution in China durchsetzen, andere Länder wie Vietnam, Cuba usw. konnten im Befreiungskampf bestehen. Die Kolonialreiche brachen zu-

sammen. Die Weltkarte wurde neu geschrieben. Viele Völker konnten ihre weißen Unterdrücker abschüteln.

5. Durch die Riesenanstrengung zur Entwicklung der Wasserstoffbombe und der Raketentechnik hat die SU den III. Weltkrieg verhindert (weltpolitisches Patt). Der Preis für den nicht endenden Rüstungswettlauf und ein umfassendes globales und politisches wirtschaftliches Engagement war eine zivilisatorische und technologische Vernachlässigung der inneren Entwicklung in der Breite. Eine nicht endende Mangelwirtschaft und eine ausufernde Bürokratie waren die Folgen. Die kommunistischen Parteien wurden umge-



Nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffpakt am 23. August 1939. Rechts und links von Stalin die jeweiligen Außenminister v. Ribbentrop und Molotow

wandelt zu willenslosen Befehlsmaschinen. Von sozialistischer Demokratie konnte keine Rede sein. Diktatur und Willkür zerstörten das ideologische Band. Zwischen dem kommunistischen Anspruch und der Wirklichkeit klafften Welten.

6. Allein aus der Existenz der Sowjetunion zogen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung im Westen ihren Nutzen. Aus „Angst vor dem Kommunismus“ war die herrschende Klasse jahrzehntelang zu sozialen Kompromissen gezwungen.

Über siebzig Jahre hatte der Imperialismus mit allen Mitteln – im kalten und heißen Krieg (Korea, Indochina, Militärinterventionen ...) – den Sowjetblock und alle revolutionären Erhebungen zu vernichten getrachtet. Von außen bedrängt, innerlich zersetzt, war die Kraft für die notwendige neue technologische Revolution und für eine

politische Erneuerung nicht mehr vorhanden – der Wettlauf war verloren. Die Bilanz dieser Art von Sozialismus ist aber – trotz seines Zusammenbruchs und der Verfehlung des ursprünglichen Zieles – nicht nur negativ. Trotz seiner dunklen Seiten und unter ungeheuren Opfern hat in dieser Epoche des sozialistischen Aufbaus der gesellschaftliche Fortschritt eine enorme Schubkraft erhalten.

Welche Folgerungen gilt es nun aus diesem historischen Verlauf im Hinblick auf unser Thema zu ziehen?

Entscheidend bleiben die objektiven und subjektiven Bedingungen

Die Widersprüche waren von Anfang an ungeheuer. So war das Ende weitgehend von den Anfangsbedingungen mitbestimmt: von der Unreife der objektiven und subjektiven Bedingungen. Sie müssen wir in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen: Die subjektiven und vor allem die vorgegebenen objektiven Verhältnisse! So stellt sich die zwingende Frage: Wie reif müssen dies in Zukunft sein?

Offensichtlich ist: Alle sozialistischen Revolutionen hatten bisher einen gemeinsamen Nenner: sie entstanden aus verheerenden **Kriegen**, auf Trümmerbergen, also nach einer zerstörten Zivilisation. Keine Rede also vom Füllhorn, wie dies eine überreife, an ihre Grenzen stoßende kapitalistische Entwicklung ermöglicht hätte. Der Lehrsatz: „Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse“ fand keine Erfüllung, im Gegenteil: Die Umwälzungen fanden in armen Agrargesellschaften statt. Russland war zur Zeit der Oktoberrevolution das zurückgebliebenste Land Europas. Statt proletarischer Massen überwogen ungebildete Bauern, die erst in ein Industrieproletariat verwandelt werden mussten. „Zehn bis fünfzehn Jahre Klassenkampf des Proletariats“, in denen sich die Arbeiterklasse von Niederlage zu Niederlage bis zum Sieg vorarbeitet, ist ein anderes Postulat von Marx. So ist es leider nicht gekommen. Da blieb zu wenig Zeit für die Akteure in einer solchen Auseinandersetzung sich selbst zu verwandeln und zu qualifizieren, sich ein anderes Bewußtsein

anzueignen. Nicht ein entwickelter Kapitalismus und eine bewusste, mächtige Arbeiterklasse ermöglichten den Durchbruch zu sozialistischen Revolutionen, sondern die Ausnutzung einer tiefgehenden Umbruchsituation, wie sie Kriege, vor allem verlorene Kriege erzeugen. Es waren einfach die einmaligen Gelegenheiten, die ergriffen wurden. Lenins Hoffnung, daß das Proletariat der Industrieländer, vor allem in Deutschland, nachzöge, erfüllte sich nicht. Eine Abdämpfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise genügte, um dem revolutionären Elan die Breite und Tiefe zu nehmen. Die Sozialdemokratie vertröstete die Massen auf einen Sozialismus, für den man weniger Opfer zu bringen hätte: angeblich durch Reformen zum Sozialismus. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie damit den Sozialismus verraten und den Kapitalismus stabilisiert.

Auch in China und in anderen Ländern waren verheerende Kriege und Bürgerkriege der Antrieb zum Erfolg sozialistischer Revolutionen. Nationale Befreiungskriege und Klassenkriege verschmolzen in Eins.

Kriege und kapitalistische Wirtschaftskatastrophen als Motor der Geschichte?

Es drängt sich die *Hauptfrage* auf: Sind auch zukünftige sozialistische Revolutionen nur möglich als Folge der totalen Erschütterungen bisheriger Ausbeuterherrschaft, wie sie nur Krieg und vor allem verlorenen Kriege darstellen? Wenn ja - Was heißt das heute bei der Verlagerung von immer mehr Machtkompetenzen vom Nationalstaat auf regionale oder transnationale Einheiten wie z.B. EU, Nafta, NATO usw. Was heißt das beim Weltherrschaftsanspruch der USA? Erhebungen, die auf die nationale Ebene beschränkt sind, wären demnach von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Interventionsmechanismen sind heute bereits festgelegt und nicht nur auf Europa begrenzt. Der von den USA geführte globale Kapitalismus würde konterrevolutionär vereinen, was zu vereinen in dieser Lage möglich ist, um mit brutaler Härte Um-

wälzungen zu verhindern. Nur eine weltumspannende, tiefe wirtschaftliche und politische Krise könnte das Interventionspotential schwächen, nur große Massen in Bewegung könnten die Handlungsfähigkeit imperialistischer Mächte infolge der innenpolitischen Lähmung verringern.

Abgesehen von solchen Interventionsszenarien - macht es überhaupt Sinn, über Möglichkeiten und Erfolge sozialistischer Revolutionen durch Kriegskatastrophen zu diskutieren, bei der heutigen Kriegstechnik und der wahrscheinlichen Anwendung von Massenvernichtungswaffen durch die Großmächte? Blicke dann überhaupt etwas übrig zum Sozialisieren, Menschen, Pro-



Massenarbeitslosigkeit: Arbeitslose vor einem Arbeitsamt in Hannover, 1932

duktionsmittel und nicht verseuchte Landwirtschaftsgebiete?

Fragen wir weiter: Durch welche anderen Verhältnisse, die nahezu weltumspannend sein müssten, könnte eine reife revolutionäre Situation entstehen? Wir haben einst gelernt, zunehmende tiefe Widersprü-

se, der verheerenden Depression Anfang der 30er Jahre. Sie war die Katastrophe des Kapitalismus schlechthin. Die kapitalistische Klasse in Deutschland sah damals nur den Ausweg im Faschismus und einem neuen Krieg.

Die Frage ist, sind solche Weltwirtschaftskrisen in ähnlicher Tiefe und Dauer im 21. Jahrhundert noch möglich und könnten sie zu Zuständen führen, in denen die ausgebeuteten Massen so wie bisher nicht mehr weiterzuleben vermöchten und die herrschende Klasse nicht mehr wie bisher weiterregieren könnte?

Sollte es zu solchen objektiv reifen Verhältnissen kommen, entscheidet sich alles weitere am subjektiven Verhalten der Massen: Wie weit ist bis dahin Klassenbewußtsein entstanden und Kampfbereitschaft gewachsen? Glauben die Massen dann überhaupt noch an eine Alternative sozialistischen Zuschnitts, nach allem, was geschichtlich nicht nur gescheitert ist, sondern auch abstoßend gewirkt hat? Werden sich schon im Vorstadium sozialistische Kerne und Parteien herausbilden, die nötig sind, um organisatorisch und politisch ein entsprechendes Gerüst bilden zu können? Konnte vorher in gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen wieder solidarisches Verhalten entstehen (im Unterschied zu reinen Interessenauseinandersetzungen, wie wir sie aus den letzten Jahrzehnten kennen), das in großen sozialen Bewegungen zur Bewährungsprobe steht? Oder überwiegt fatalistisches

Nettolöhne und Existenzminimum, 1924 bis 1932

(in Mark)

Jahr	Wochenlohn	Existenzminimum	Jahr	Wochenlohn	Existenzminimum
1924	26,50	41,20	1929	42,20	49,65
1925	35,60	45,15	1930	36,95	47,55
1926	33,90	45,60	1931	30,10	43,85
1927	40,55	47,65	1932	21,75	39,05
1928	42,70	49,00			

Zahlen aus: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland; Band I; J. Kuczynski

che im kapitalistischen System können wirtschaftliche und soziale Krisen herbeiführen, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu lösen sind und zu existenziellen Erschütterungen führen können. So war es bei der großen Weltwirtschaftskri-

Duldungsverhalten, wie es z.B. in der Arbeiterbewegung der USA nur allzu oft anzutreffen war und ist? Es wird jetzt schon immer fragwürdiger, ob es möglich sein wird, die bestehenden Gewerkschaften wieder in Kampforgane umzuwandeln. Wahr-

scheinlich müsste zumindest zum Teil etwas Neues entstehen.

Was die Linken in Deutschland angeht, so müssten sie auch endlich einsehen, daß die Vergangenheit der Arbeiterbewegung als Vergangenheit zu behandeln ist und nicht als Wunschvision für die Zukunft. Die meisten linksrevolutionären Gruppen sehen die Rudimente der Arbeiterbewegung in Deutschland immer noch zu sehr in Anlehnung an die Arbeiterbewegung der Weimarer

August Thalheimer

„Die Umkehrung kann nur erfolgen, wenn die atomisierte Arbeiter ein selbstbestimmendes und kollektiv handelndes Ganzes werden im Widerstand und Kampf gegen die allmächtige Staatsmaschine. Nur dieser Kampf kann die politischen Vorbedingungen schaffen für die klassenlose sozialistische Gesellschaft. Über die Formen die dieser Kampf annehmen wird, **wenn es dazu kommt**, lässt sich heute noch nichts bestimmen. Wir sagen ausdrücklich, wenn es dazu kommt. Eine Lösung des Widerspruchs ist auch der **Untergang** dieses ersten Versuches in großem Maßstab, den Horizont der kapitalistischen Gesellschaft zu überschreiten.“

aus: **Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**

Kampfzeit. Diese ist jedoch vor 70 Jahren, von den Nazis und der Reaktion besiegt, untergegangen. Man sollte sich endlich klarmachen, daß es leider keine unmittelbare Anknüpfung daran mehr geben kann. Geblieben sind geschichtliche Lehren und Reste von Traditionen, aus denen man schöpfen kann, soweit sie wertvoll waren. Wenn heute über „Übergangsforderungen“ diskutiert wird, so gibt es überhaupt keine Grundlagen dafür in den jetzt bestehenden Verhältnissen und Konstellationen. Die Arbeiterklasse ist z.B. gegenwärtig nicht einmal in der Lage, in der Defensive standzuhalten. Das zeigt sich auch bei den Unternehmervorstößen zur Verlängerung der Arbeitszeit, wodurch die Kapitalisten auch versuchen, der Tendenz zum Fall der Profitrate entgegenzuwirken.

Vergessen wir es auch nicht: Die „Stunde der Linken“ kann auch die „Stunde für die Rechten“ sein, für Populismus oder gar für Rechtsradikalismus. Das müsste politisch erst ausgekämpft werden, wobei viel vom Kräfteverhältnis abhängt.

Die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt?

Die Frage des revolutionären Subjekts ist in den letzten Jahren in der Linken kontrovers diskutiert worden. Für die Einen, wie für den Krisis-Kreis, ist die „Arbeiterklassenbewegung“ tot, weil sie vom heutigen miserablen Zustand einer saturierten Arbeiterklasse ohne Klassenbewußtsein in den entwickelten Industriestaaten ausgehen und sie sich keine Veränderbarkeit mehr vorstellen können. Wer es dann ernstlich sonst sein könnte, vermögen sie aber auch nicht anzugeben. Andere sagen, auch zu Recht, die Arbeiterklasse in diesen Ländern habe eine ungeheure Differenzierung durchgemacht. Ihre Zahl sei zurückgegangen, besonders die Zahl der einst besonders politisch aktiven Produktionsarbeiter; auch die Kernarbeiterschaft schmelze wie Butter in der Sonne. Der Angestellten- und Dienstleistungsbereich sei rasant gestiegen. Die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse habe dramatisch zugenommen. Der Prozess der Individualisierung habe auch vor der Arbeiterklasse nicht haltgemacht. Das sind in der Tat besondere Hemmnisse bei der Entwicklung von Klassenbewußtsein und Militanz, da diese Tendenzen weitergehen. Andererseits sind alle diese Schichten in Lohnabhängigkeit, stehen gleichermaßen unter dem Druck und dem Diktat des Kapitals, haben die gleiche Betroffenheit gegenüber Entwicklungen kapitalistischer Krisen oder regionaler wirtschaftlicher Schwierigkeiten, mitsamt den rigorosen Maßnahmen von Unternehmer- und Regierungsseite. Ob Angestellter oder Arbeiterin, ihre Interessen sind und bleiben gegensätzlich gegenüber den Bossen und Aktionären. Ich meine, man sollte den Begriff „Arbeiterklasse“ neu denken, umfassender, auch Schichten einbeziehen, die sozial mit dem ursprünglichen Arbeiter und seiner Lage, seinem Ausgebeutetsein verflochten sind. Ein weiteres Erschwer-

nis zur Bewußtwerdung und zum Einssein mit der Klasse besteht darin, daß die soziale Gleichheit der Lohnabhängigen – wie sie z.B. noch weitgehend zur Zeit der Weimarer Republik bestand – heute krassen Einkommensunterschieden gewichen ist. Der Grund für das konservative Verhalten auch breiter Schichten der Arbeiter und Angestellten, auch bei Wahlen, liegt in den entwickelten Ländern in einer relativen sozialen Zufriedenstellung, die der Kapitalismus dort trotz allem noch zu bieten vermochte. Gerade jetzt ist aber deutlich geworden, daß das nicht so bleibt und die Verschlechterungen um sich greifen. Was aber bereits fast alle betrifft sind die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und das Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit im Sog der Globalisierung. Mit der Drohung der Produktionsverlagerung geht eine soziale Erpressung Hand in Hand; ein Ende der Lohndumping-Spirale ist nicht abzusehen. Jenseits der Einkommensunterschiede gibt es also eine Gemeinsamkeit in der Bedrohung des Arbeitsplatzes, der Arbeitszeit und des Einkommensniveaus. Außerdem: wie lange werden die Langzeitarbeitslosen noch stillhalten?

Doch die Globalisierung hat auch einen anderen Effekt. In bisher kapitalistisch noch nicht oder wenig erschlossenen Ländern entsteht eine neue relevante Arbeiterklasse. Zumindest im industriellen Sektor wird mit der Zeit eine Tendenz zur Lohnangleichung in Bewegung kommen, kann unter Umständen dort eine neue Arbeiterbewegung entstehen. Im Gegensatz zu der Entwicklung in den Industriestaaten nimmt in der Dritten Welt die Arbeiterklasse längst an Zahl und an Bedeutung zu und sie ist in ihrer Struktur noch einheitlicher als in den hochentwickelten Staaten. Da sich die soziale Kluft zwischen erster, zweiter und dritter Welt noch vergrößert, nehmen auch die sozialen Bewegungen zu, die Bewegung der Landlosen, die Antiglobalisierungsbewegung usw. Doch die Arbeiterklasse vermochte sich bisher fast nirgends zu einer ernsthaften politischen Kraft zu formieren. Das am Boden liegende Argentinien war leider ein Beispiel dafür, daß sich, trotz Massenverelendung, keine Hoffnung auf eine sozialistische Alternative durchzusetzen

vermochte. Man sah sich unlöslich eingebunden in die kapitalistische Welt – ohne Ausweg. Ob in den Staaten Lateinamerikas oder in China oder Indien: Im Land selbst bilden sich immer mehr zwei Gesellschaften heraus. Auf einer Seite, der glänzenden sind entwickelte boomende Zentren auszumachen, auf der anderen Seite steht die Mehrzahl der Bevölkerung, die weiter im Elend der Provinz dahinvegetieren muß. Nahezu alle diese Länder sind zudem in das von den westlichen Großmächten dominierte Welthandelsgeflecht fest eingezurrt.

Manche Linke glaubten früher, aus der unterentwickelten Welt heraus könnten revolutionäre Anstöße auch hineinwirken in hochkapitalistische Länder. Nach dem Wegbrechen des Rückhalts Sowjetunion und im Zuge immer stärkerer globaler Verflechtungen und der Bildung regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse ist ein Ausbrechen „Dritter-Welt-Länder“ weder dauerhaft möglich, noch wahrscheinlich. Eine revolutionäre Entwicklung kann nur von einer einschneidenden Krise des Kapitalismus ausgehen, die weltweit existenziell spürbar ist und deren Kern in den hochindustrialisierten Ländern selbst liegt.

Wenn wir uns auch der Fragwürdigkeit bewußt sind, daß es durch verheerende Kriege zu neuen revolutionären Anläufen kommen könnte, obwohl wir das nicht in der Hand haben, so konzentriert sich alles auf die zweite Möglichkeit. Diese ist eine weltumspannende Wirtschaftskatastrophe des Kapitalismus ähnlich jener der dreißiger Jahre. Niemand kann voraussagen, ob es dazu kommt. Krisen begleiten die Entwicklung des Kapitalismus von Anfang an. Einst galt eine Periode von etwa alle sieben Jahre, dann verschiedene Intervalle. Manchmal wurde die Baisse überwunden als bloße Abfolge von Konjunktur und Krise, einhergehend mit Kriegen, größerer Kapitalvernichtung und entsprechender sozialer Verelendung der Massen. In den letzten Jahrzehnten haben manche Linke schon eine Endzeitkrise heraufziehen sehen, mit Asienkrise, Börsencrash, jahrelanger Stagnation in Japan und den finanziellen Zusammenbrüchen in lateinamerikanischen

Staaten. Sahra Wagenknecht sieht in ihrem neuesten Buch den Kapitalismus schon „im Koma“. Andere sprechen von der Theorie der langen Wellen. Trotz allem, die Verdichtung zur großen Weltkrise blieb bisher aus, viele Voraussagen sind nicht eingetroffen. Zwar betreiben alle entwickelten Länder eine enorme Schuldenpolitik, die nicht ewig fortgeführt werden kann. Sie kann sowohl im plötzlichen Fiasko enden oder man hofft, sie auf Kosten anderer Völker und auf Kosten des sozialen Niveaus im eigenen Land aufzuschieben. Kriegstreiberei und Rüstungspolitik, wie die der USA, sind dabei ein wichtiger Faktor.

Wichtige Fragen drängen sich auf. Die Weltwirtschaft wird zur Zeit stark positiv beeinflusst vom viele



Arbeitsuchende in China. Auf den Schrifttafeln preisen sie ihre Fähigkeiten an.

Jahre anhaltenden Boom in China und nun auch in Indien. Dabei wird so getan, als könnte das „ewig“ so weitergehen. Wieso die Widersprüche des Kapitalismus Länder wie China für immer aussparen sollten, hat noch niemand plausibel nachweisen können. Nach Aufstiegsphasen, verbunden mit riesigem Nachholbedarf, pflegte stets die Abfolge von Konjunktur und Krise einzusetzen. Eine Absatz- und Zahlungskrise in den großen asiatischen Ländern würde große Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben, besonders für die Exportländer, an erster Stelle für Deutschland; ebenso ein Platzen der Finanzblase in den USA und nicht nur dort.

Wie einst eine bayerische Räte-revolution isoliert keinen Bestand haben konnte, ist heute bei der weltweiten und EU-Verflechtung keine rein deutsche Revolution mehr möglich. Bei der Ähnlichkeit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der EU-Hauptländer müssten Bewegungen entstehen, die nicht nur auf defensiver Ab-

wehrhaltung beruhen, wie sie gewerkschaftliche Abwehrkämpfe darstellen oder Bewegungen, die auf Punktziele beschränkt sind, wie attac.

Kapitalistische Katastrophen über Nacht brächten schlechte Aussichten. Die Herausbildung von Bewegungen braucht Zeit. Klassenbewußtsein kann nur in Klassenkämpfen entstehen, vor allem in Streikwellen, die den Wirtschaftskreislauf sabotieren und die Profitmaximierung der Kapitalisten empfindlich stören. Bei der damit verbundenen Politisierung käme es darauf an, ob sich schon vorher sozialistische Kerne gebildet haben, die in der Lage sind, richtungsweisend einzugreifen. Die Hin- und Herbewegung auf die Herausbildung solcher Kerne als kleine Gruppe sieht die Gruppe Arbeiterstimme heute schon als ihre besondere Aufgabe an (als eine unter vielen), sollen künftige Bewegungen nicht versanden oder eine im System verbleibende Richtung einschlagen. Nicht nur die sozialen Kämpfe sind dabei voranzutreiben, auch das Geschichtsbewußtsein muß dem marxistischen Verständnis entsprechend gefördert werden.

Noch keine Reife der Bedingungen – doch die Widersprüche verschärfen sich

Das angesprochene vorrevolutionäre Szenarium ist freilich von der heutigen Wirklichkeit weit entfernt. Bei der jetzigen sozialen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland wird – trotz aller Abstriche – das kapitalistische System von den Massen noch nicht in Frage gestellt. Doch Abstieg statt Aufstieg beginnen sich in das Bewußtsein einzuprägen. Die bürgerliche Demokratie zersetzt sich. Die politische Macht der Regierenden schwindet in dem Maße, wie die Macht der großen multinationalen Konzerne zunimmt. Der Kapitalismus wird kenntlicher und man spricht wieder über ihn. Ansatzweise können wir entsprechend einwirken. Wir müssen uns weiter darum bemühen, daß die sozialistische Alternative, sei sie auch noch so diskreditiert, nicht im anhaltenden Sog der allgemeinen Rechtsentwicklung untergeht. Die Wochenzeitung *Freitag* berichtete Anfang Januar von einer Stu-

Fortsetzung von Seite 13

die über Jugendliche im Osten, in Sachsen. Darin kommt die ganze Enttäuschung über die westliche Gesellschaft zum Ausdruck:

„Nur noch zehn Prozent der heute 30 Jahre alten Ostdeutschen hoffen, daß das jetzige Gesellschaftssystem, so wie es ist, erhalten bleibt. Erstaunliche 40% hingegen halten einen reformierten, humanistischen Sozialismus wieder für eine Perspektive.“

Wir wissen, um was es geht und müssen unseren Teil dazu beitragen. Denn hat die sozialistische Revolution keine Zukunft, sind Barbarei und ökologische Katastrophen vorgezeichnet. Das Ausbleiben gegenwärtiger Erfolgserlebnisse darf nicht zum Maßstab unseres Denkens und Handelns werden. Weiterhin gilt: *„Nichts bleibt auf Dauer so, wie es war.“* Bedenken wir noch einmal: *„Die Summe des gesellschaftlichen Seins bestimmt das Bewußtsein.“* Ändert sich dieses Sein grundlegend – wie angesprochen –, kann sich auch das Bewußtsein wieder ändern. Auf diese Möglichkeit der Zukunft bauen wir und aus diesem Grund sind wir – entgegen aller gegenwärtigen Tendenzen und Machtverhältnisse – als Marxisten weiter politisch aktiv. So gesehen hängt auch diese Strategiedebatte nicht im luftleeren Raum.

H.S./Arbeiterstimme

In unserer letzten Nummer haben wir eine Erwiderung eines Vertreters des „Projekt Arbeiterpartei“ auf unseren Artikel „Eine neue Linkspartei“ (Arsti Winter 03) abgedruckt. Mittlerweile ist die diesbezügliche Entwicklung in Fluß gekommen und es haben sich mehrere größere Initiativen gebildet, die auf die Gründung einer neuen Linkspartei hinielen. Wenn die Entwicklung sich klarer herauskristallisiert, werden wir dazu eine Stellungnahme abgeben. Vorweg müssen wir aber vor Illusionen warnen, wenn von einem Potential von etwa 20 % der Wähler gesprochen wird und so getan wird, als wäre die Hürde von 5 % zu überspringen.

Das „Projekt Arbeiterpartei“ stellt die gesetzliche Einführung des Sechsturentages im EU-

Notizen über linke Organisationen

Die **DKP** kämpft um das Überleben ihrer Zeitung **UZ** als Wochenzeitung. Die Vertriebsauflage betrug im Januar 7324 Stück, das waren 285 Exemplare weniger als im Vorjahr. Die Abgänge sind größer als die Zugänge und die Kosten steigen. 15.000 € Spenden wurden für die UZ im Jahr 2003 aufgebracht. Doch problematisch ist, daß der Betrag weniger als die Hälfte vom letzten Jahr war. Die Redaktion wundert sich darüber, nachdem es doch „wieder mehr Bewegung“ in Deutschland gäbe. Sollte sie übersehen haben, daß diese Bewegungen keine Bewegungen einer Klassenbewußten Arbeiterschaft sind und mitnichten kommunistische Bewegungen?

Die „Marxistischen Blätter“,

nach eigenen Angaben „DKP-nah, aber kein DKP-Organ“, bestehen nun 40 Jahre. Nach schwierigen Jahren nach der Umbruchszeit konnte die Abonnentenzahl wieder auf 2.600 gesteigert werden. „Mittlerweile lebt fast jeder MB-Abonnent in Berlin und Ostdeutschland.“

Die KP-Japan

hat innerhalb von fünf Jahren die Hälfte ihrer Wähler verloren. Bei der

letzten Parlamentswahl kam sie auf 7,8 % (die Sozialdemokraten auf 5,1 %). Die KPJ hat jetzt 300.000 Mitglieder.

Spaniens „Vereinigte Linke“,

in der auch die KP vertreten ist war der große Verlierer der letzten Parlamentswahl. Sie erreicht nur noch 4,9 %. Statt neun Abgeordneten kann sie nun nur noch fünf nach Madrid entsenden. Ein Teil der Wähler ist zur „sozialdemokratischen“ PSOE abgewandert, um so den Sturz der konservativen, am Irakkrieg beteiligten Aznar-Regierung herbeizuführen, was auch gelungen ist.

Die tschechische KP

hat nun über 100.000 Mitglieder. Bei den Wahlen erhielt sie mit 18,5 % 41 Parlamentsmandate. Insgesamt kann sie mehr als 6.000 Volksvertreter aller Ebenen stellen. Der am 9. Mai erfolgten Gründung einer europäischen Linkspartei hat die KP Böhmens und Mährens eine Absage erteilt. Sie sieht in der de facto Sanktionierung der Europäischen Union eine reformistische Haltung und eine Billigung von deren neoliberaler Ausrichtung. Eine Finanzierung durch Brüssel käme für sie nicht in Frage.

In der Kommunistischen Partei Österreichs

werden die Zustände immer turbulenter; es droht ein Zerfall der KPÖ. Die einzelnen Fraktionen und Landesverbände haben schon im Grundsätzlichen verschiedene Auffassungen. Zudem ist die Partei nach den negativen Gerichtsentscheiden über angebliches SED-Vermögen finanziell schwer angeschlagen.

In Griechenland

konnte die **Kommunistische Partei (KKE)** am 7. März mit 430.000 Wählerstimmen ihren Anteil von 5,5 % auf nun 5,9 % leicht verbessern. Sie erhielt statt elf nun zwölf Mandate. Wahlsieger waren die Konservativen mit 45,4 %, was auf Kosten der bisher regierenden, verkommenen PASOK ging. Die Linksdemokraten „Synaspismos“ erhielten mit 3,2 % sechs Mandate.

Raum in den Mittelpunkt. So richtig es ist, daß Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitslosigkeit ein Stück eindämmen könnten, so wenig sind die Kräfte zu erkennen, die das durchzusetzen vermöchten. Im Gegenteil: Meist unter Druck werden immer noch Milliarden Überstunden geleistet und die Gewerkschaftsbewegung ist nicht einmal in der Lage, den fortdauernden Angriffen des Unternehmerlagers und der Länderregierungen zur Verlängerung der Arbeitszeit standzuhalten. Das liegt nicht allein an der Politik der Gewerkschaftsführungen, sondern vor allem an der Einstellung der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die gegenwärtig den Erhalt ihres Arbeitsplatzes über alles stellen. Realpolitik sollte also immer vom Kräfteverhältnis ausgehen.

Akteure gesellschaftlichen Wandels theoretisch nicht bestimmbar? Sozialistische Revolution und subjektiver Faktor in der gegenwärtigen Zukunft

Ich reklamiere kurz:

1. *Gesellschaftliche Gesetze setzen sich nur im Handeln der Menschen durch.*
2. *Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist das grundsätzliche Entwicklungsgesetz in der menschlichen Gesellschaft.*
3. *Daraus ergibt sich die Frage nach den objektiven-materiellen Bedingungen und dem subjektiven Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. Veränderung in der Gegenwart und Zukunft.*



Ich behaupte:

1. *Gegenwärtig ist eine Produktivkräfte-Entwicklung erreicht, die neue Produktionsverhältnisse verlangt (vielleicht erst historisch jetzt und heute – keine Kritik an Marxens revolutionärer Ungeduld, die menschlich ist). Ausdruck dafür ist der angehäuften Reichtum, aber noch offensichtlicher und dem Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entsprechend der Überfluß menschlicher Arbeitskraft eben unter diesen Verhältnissen. Die objektiv-materiellen Bedingungen sind gegeben.*
2. *Wenn wir über die Perspektiven der sozialistischen Revolution sprechen, so geht es heute wesentlich um die Frage nach der Reife des subjektiven Faktors für diesen historisch notwendigen und in unserer Zeit überfälligen Schritt.*

Das gegenwärtige Problem besteht aber nicht nur darin, die Reife des subjektiven Faktors zu bestimmen, sondern auch darin, daß die Rolle des Proletariats, als das nach Marx entscheidende Subjekt, in Frage gestellt wird.

Marxistisches Denken ist in erster Linie Analyse der Wirklichkeit und theoretische Verallgemeinerung bei ständiger Überprüfung in der Praxis.

Deshalb ist zu empfehlen, noch einmal zu rekapitulieren wie Marx und Engels die historische Mission der Arbeiterklasse begründet haben. Mit Hilfe solchen Herangehens wäre dann auch die Gegenwart zu befragen.

Ich möchte nun trotz aller Skizzenhaftigkeit einen größeren Bogen schlagen, um die Tiefe der marxischen Gedanken wenigstens aufblitzen zu lassen. Dies ist, m. E. notwendig, um zu zeigen, wie die sogenannten Modernisierer Ost wie West und gerade nach den konterrevolutionären Ereignissen der Jahre 89/90, von dem Verschwinden der Arbeiterklasse schwadronieren und dabei nicht bemerken,

wie sie die Erscheinung für das Wesen nehmen.

Ausgangspunkt für Marx und Engels ist die Spezifik des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, der zur Vergegenständlichung menschlicher Wesenskräfte führt, der künstlichen Umwelt. Dies ermöglicht und verlangt im Prozess der Generationsfolgen bewusst die Kontinuität zu wahren (Unterschied zur Tierwelt). Es kann hier von einer Erziehung der Menschen untereinander gesprochen werden, die zum Ziel hat, den erreichten Stand des Stoffwechsels mit der Natur und die Nutzung der geschaffenen künstlichen Umwelt durch die jeweils folgende Generation zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Übertragung des Wissens und Könnens auf die heranwachsende Generation ist der Gegenstand der Pädagogik. Er soll hier nicht weiter betrachtet werden.

Die „Erziehung“ der Generationen ist aber Bestandteil einer umfassenderen Problemstellung. Es ist die Tatsache, dass die Menschen im praktischen Lebensprozess die Umstände

ihres Seins verändern und diese veränderten Umstände auf sie zurück wirken. In diesem Sinn führt diese Wechselwirkung von menschlicher Tätigkeit und der damit verbundenen Veränderungen der Umstände objektiv zur Selbstveränderung der Gattung. (vgl. „Feuerbachthesen“, MEW, Bd. 3, S. 5f.)

„Der Mensch steht in jeder Etappe seiner geschichtlichen Entwicklung vor uns als sein eigenes Geschöpf, als das Resultat der vorausgegangenen Tätigkeit der ganzen Gattung; sein Wesen ist das ständig sich erneuernde und erweiternde Produkt seiner eigenen, sich quantitativ und qualitativ immer breiter entfalteten Arbeit“. (Alfred Kurella, *Das Eigene und das Fremde*, Dietz Verlag Berlin 1981, S. 129)

Ausgehend von der Bedeutung der Arbeit als „Schöpfer des Menschen“ (siehe praktischer Lebensprozess) ergibt sich, dass der entscheidende Beitrag zur Veränderung der Umstände durch die Kräfte der Gesellschaft geleistet wird, die am direktesten mit den **fortgeschrittensten** Produktionsmitteln verbunden sind. Nur auf der Grundlage dieses Verhältnisses ergibt sich eine Praxis, die gegenständlich die Umstände verändert, d.h. die künstliche Umwelt auf höherer Qualität reproduziert.

Von diesem objektiv dialektisch materialistischen Prozess her zeigt Marx dann, wie die Arbeitskraft, eben weil sie mit den fortgeschrittensten Produktionsmitteln verbunden ist, dazu berufen ist die Fesseln für diese Produktivkräfte zu sprengen, was nur ein anderes Wort für Revolution ist.

Doch was für die Gattung Mensch gilt, gilt auch für die „Teilmenge“ Arbeitskraft.

Im Prozeß der Veränderung der Umstände macht auch das Proletariat eine Selbstveränderung durch. Den historischen Rahmen hat Marx hinreichend umrissen: Die Arbeiterklasse vollzieht eine Entwicklung von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich und von da aus zur herrschenden Klasse, die sich selbst als Klasse aufhebt.

Das heißt, es muss jeweils die Frage neben den objektiven Voraussetzungen auch die nach den subjektiven Qualitäten zur Erfüllung dieser historischen Aufgabe im jeweiligen Stadium konkret historisch beantwortet werden.

Dieser Prozeß ist nur als Selbstveränderung des Proletariats im Prozess der Durchsetzung der modernen Produktivkräfte zu verstehen, die in ihrer stofflichen Seite die Bedingungen zur Herausbildung notwendiger subjektiver Qualitäten objektiv ermöglichen. Diese sind Organisiertheit und Disziplin. Das heißt, aus der Stellung des Proletariats im Produktionsprozess folgt objektiv die Ausbildung von Eigenschaften dieser Klasse, die sie befähigt eigenständig um den gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen. Marx verweist mit Recht darauf: „*Es (das Proletariat – d. Verf.) macht nicht vergebens die harte, aber stählerne Schule der Arbeit durch. Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.*“ (MEW, Bd. 2 S. 38) Hier wird ganz realistisch auf zweite Seiten in der Entwicklung des Proletariats zur geschichtsbildenden Kraft verwiesen. Zum einen das Herausbilden von Eigenschaften im Arbeitsprozeß und zum anderen im Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Aus der in den „*Feuerbachthesen*“ und der „*Dt. Ideologie*“ erstmalig ausgesprochenen Erkenntnis von der Selbstveränderung des Proletariats im Prozess seiner Veränderung der Umstände ergibt sich, daß sich die subjektiven Qualitäten des Proletariats in erster Linie in der revolutionären Praxis ausprägen“ (Ekkehard Sauerermann: *Revolutionäre Erziehung und*

revolutionäre Bewegung, Dietz Verlag Berlin 1985, S. 155). Die eigenen Erfahrungen, welche die Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sammelt und ihre subjektiven Qualitäten sind aber noch nicht ausreichend ihre historische Aufgabe zu erfüllen.

Notwendig ist auch ein bestimmter Grad von Bewußtheit über seine Subjektrolle im historischem Prozess. Erst in der Verbindung mit der wissenschaftlichen Theorie, die Zielklarheit und eine Strategie und Taktik des Kampfes ermöglicht, erreicht das Proletariat die Qualität als Klasse, die notwendig ist, Geburts-



Franz Mehring

helfer der neuen Gesellschaft zu sein. Dies Qualität kann sie nur über ihre ureigenste Partei erreichen.

Hier zwei Anmerkungen, die diskutiert werden müssen:

1. Welche subjektiven Qualitäten sind für das Proletariat als Klasse notwendig, um zur herrschenden Klasse aufzusteigen? Gehört da nicht auch ein bestimmtes geistig-kulturelles Niveau dazu, das möglicherweise erst heute im Computerzeitalter erreicht werden kann? Ist nur so zu vermeiden, daß das Proletariat nicht durch eine Parteilite, die sich sehr schnell als herrschende Kraft deformieren kann, kommandiert wird? (s. *kritische Gedanken von Rosa Luxemburg zur Parteitheorie*).
2. Die herrschenden kommunistischen Parteien im Frühsozialismus haben m.E. gerade die Ausprägung der subjektiven Qualitäten der Arbeiterklasse als herrschende Klasse vernachlässigt, weil sie die sozialistische Demokratie als eines der

wichtigsten Praxisfelder im Sozialismus einschränkten (s. Pkt. 1) bzw. die historisch notwendige Einschränkung der Demokratie für einen bestimmten Zeitraum (Lenin) als generellen Politikstil betrachteten.

Im Bewußtsein der Kraft und Möglichkeit der Arbeiterklasse schreibt Franz Mehring zur Jahrhundertwende 1899 die fast hymnischen Worte: „*Überreich war dieses Jahrhundert an Fortschritt auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, an Fortschritten, die selbst die kühnsten Geister nicht einmal ahnten, als es zuerst aus der Zeiten Schoß hervorgraute, aber sie alle übertrugte, wie eine Krone des Baumes seinen Stamm und seine Wurzeln, der proletarische Emanzipationskampf als die nicht mehr mythische, sondern tatsächliche und wahrhaftige Erlösung des Menschengeschlechts*“ (Franz Mehring, *Die Neue Zeit*, Jg. 1899/1900, erster Band S. 385-388). Die Kämpfe, Siege und Niederlagen der Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert gaben ihm Recht – und nicht nur ihm, sondern eben auch der marxistischen Theorie. Doch eine weitere Stelle im gleichen Artikel von Franz Mehring klingt uns heute wie eine Vorahnung im Ohr: „*...eher mag man glauben, dass sich die Rotschilts zu mittelalterlichen Schutzjuden oder die Krupps zu hörigen Handwerkern zurückentwickeln werden, als dass sich die moderne Arbeiterklasse mit jener Rolle gutbehauster, gutgekleideter und gutgemästeter Sklaven bescheiden wird, die ihre bürgerlichen Gönner ihr etwa einräumen möchten, nachdem sie eingesehen haben, dass die bürgerliche Herrlichkeit noch billiger nun schon gar nicht zu erhalten sein möchte.*“ (Franz Mehring a.a.O.) Wenn wir uns den Blick für die Wirklichkeit nicht verstellen wollen, müssen wir uns gegenwärtig eingestehen, dass es scheinbar so gekommen ist. 1989/90 gingen viele Arbeiter spontan auf die Straße, weil sie der Meinung waren, wieder Herren ihrer selbst zu werden. Dass sie aber daran mitwirkten wieder gutgemästete Sklaven des modernen Finanzkapitals zu werden, haben sie nicht bedacht.

Das wirft die Frage auf: Hat Marx hier geirrt, wie es seine Kritiker behaupten?

Die Kritik aus dem Lager der Antimarxisten disqualifiziert sich von selbst. Komplizierter ist es die Kritiker etwas genauer anzuschauen, die

den Marxismus retten wollen, in dem sie ihn von seinem revolutionären Gehalt befreien. So formuliert z. B. Jürgen Habermas: *„Die Analyse blieb auf Erscheinungen fixiert, die sich innerhalb des Horizonts der Arbeitsgesellschaft erschließen. Mit der Wahl dieses Paradigmas geht ein enger Begriff von Praxis in Führung, so dass der industriellen Arbeit und der Entfaltung technischer Produktivkräfte a priori eine unzweideutige emanzipatorische Rolle zu wächst. Die Organisationsformen, die sich mit der Konzentration der Arbeitskräfte in den Fabriken herausbilden, sollen zugleich die Infrastruktur für den solidarischen Zusammenschluss, die Bewusstseinsbildung und die revolutionäre Tätigkeit der Produzenten bilden. Mit diesem produktivistischen Ansatz wird aber der Blick gleichermaßen von den Ambivalenzen fortschreitender Naturbeherrschung wie von den sozialintegrativen Kräften diesseits und jenseits der Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit abgelenkt.“* (Habermas, Jürgen; *Nachholende Rev. und linker Revisionsbedarf*, 1990 in: *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*, Reclam-Verlag, 1990, S. 256). Hier dokumentieren sich in konzentrierter Form viele Angriffe sozialreformistischer Schattierungen auf das marxische Denken. Diese sind auch eine wesentliche theoretische Quelle der Verfasser des Parteiprogramms der PDS. Als erstes wird Marx eine reduktionistische Sicht auf die Wirklichkeit und seines Praxisbegriffes unterstellt. Wie ich bereits aufzeigte, ist aber die Rolle der Arbeit bei der Entfaltung menschlicher Wesenskräfte viel umfangreicher. Zweitens erfolgte die Herausarbeitung der Rolle des modernen Proletariats über eine konkret historische Analyse und Marx wäre wohl der Letzte gewesen, der sich einer weiteren Analyse entsprechend den Bedingungen zum Ende des 20. Jahrhundert verwehrt hätte. Dies folgt zwingend aus der historisch dialektischen Methode. Die Frage ist nur, ob sich nicht eine andere Schlussfolgerung als die Negierung der historischen Rolle der Arbeiterklasse ergibt, wenn man den Grundwiderspruch der gegenwärtigen Gesellschaft berücksichtigt. Doch diese Herangehensweise ist nicht die der Moderne, wo man sich in abgehobenen zivilisatorischen Errungenschaften sonnt.

Ein Manko soll also die Fixierung auf Erscheinungen der Arbeitsgesellschaft sein. Man kann ja alles andere als die Arbeitswelt als das sozial bestimmende betrachten, nur das Abnehmen der Arbeit, das Entstehen der Massenarbeitslosigkeit ist kein Ausdruck der Überwindung der Arbeitsgesellschaft schlecht hin, sondern einer Arbeitsgesellschaft, die nur das an Arbeit anerkennt, was das Kapital vermehrt. Dies bestätigt eben die Erkenntnis im *„Kommunistischen Manifest“*: *„Sie (die Bourgeoisie – d. Verf.) ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz*



F. Engels

selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden.“ (MEW, Bd. 4)

Die Massenarbeitslosigkeit ist demzufolge in erster Linie den Produktionsverhältnissen mit ihrem Kern, den Eigentumsverhältnissen und nicht dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte geschuldet.

Nehmen wir die Analyse von Robert Kurz zur Arbeiterklasse: *„Der Begriff der Arbeiterklasse erweist sich als nicht mehr tragfähig, um den sozialen Gegensatz auszudrücken: Der reife Kapitalismus zersetzt seine sozialen Funktionsträger.“*

Als Beispiele zählt er auf:

- Scheinselbständigkeit und Elendsunternehmertum (Selbstaussbeutung)
- Lohnarbeit mit Kapitalistenfunktion (Management)
- Soziale Ausgrenzung (Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand)

- Finanzkapitalistische Beteiligung (Betriebsaktien, Betriebsbeteiligung)
- Aktienbesitz generell
- Flexibilisierung der Arbeitswelt

Dagegen Marx: *„Unter Proletariat ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der „Kapital“ produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des „Monsieurs Kapital“ ... überflüssig ist“* (MEW, Bd. 23, S. 642). Daran hat sich eben auch in der Gegenwart nichts geändert. Die Spezifizierungen von Robert Kurz widerlegen eben nicht das Wesen der Arbeiterklasse.

Angesichts von Hunger und Elend von Milliarden von Menschen ist es zynisch davon zu sprechen, dass die Arbeit nicht mehr als Erwerbsarbeit ausreichend ist.

Selbst wenn wir für die Menschen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die These des Mangels an Arbeit akzeptieren würden, ist immer noch die Frage berechtigt, warum die Arbeitszeit (im Sinne der marxischen *„posibl times“*) bzw. die Lebensarbeitszeit nicht verkürzt wird?

Diesen Fragen weichen die Vertreter der Moderne aus, indem sie die Arbeitsgesellschaft abstrakt hinwegretuschieren und der Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung, nicht mehr als solcher ihren Positionen zugrunde gelegt wird. Damit entfällt für sie die Frage, wer auf der progressiven Seite des Grundwiderspruchs sich befindet und wer die bestimmende gesellschaftliche Kraft seiner Lösung ist.

Nicht die Arbeiterklasse als lohnabhängige Klasse ist verschwunden bzw. verschwindet, sondern durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte wurde und wird immer mehr der fordistische Charakter des Arbeitsprozesses überwunden.

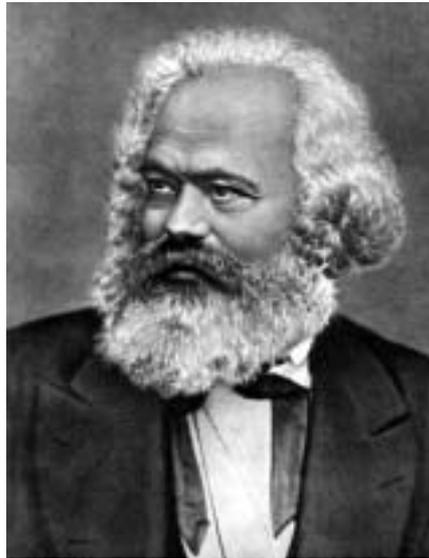
Es sollte auch nicht vergessen werden: Entsprechend dem Wert, den eine Arbeitskraft heute pro Arbeitsstunde schafft, konnte die Arbeiterklasse – nicht ohne Kämpfe – aus dem Jammertal der absoluten Armut in den bürgerlichen mit sozialen Errungenschaften ausgestatteten Staat emporgehoben werden. Aber das

bleiben letztendlich Almosen vom Tisch der Kapitaleigner, auch wenn es der einzelne Arbeiter oft anders empfindet. Schlaglichtartig wird das deutlich, wenn z.B. der scheidende Vorstandsvorsitzende von Mannesmann nach der Übernahme durch Vodafone 60 Mill. DM Abfindung erhält u. a. Bsp. Was bekommt ein Werkstätiger, wenn er seine Arbeit verliert? Wie müssen die Werkstätigen kämpfen, um im Tarifkampf zwei bis drei Prozent mehr zu erhalten! Auch der angestrebte Ausbau des Niedriglohnsektors ist ein deutliches Beispiel.

Den Werkstätigen helfen eben nicht die von der kapitalistischen Produktionsweise abgehobenen zivilisatorischen Errungenschaften. Notwendig ist eine klare Analyse der Entwicklungstendenzen und Veränderungen wie sich die subjektiven Qualitäten der Arbeiterklasse unter den stofflichen Veränderungen der Produktivkräfte (z.B. den modernen Kommunikations- und Automationsmitteln) entwickeln bzw. verändert haben. Nebenbei bemerkt gehört der Arbeitslose nicht zum „Lumpenproletariat“. Er ist ein Unterprivilegierter und als dauerhafte Massenerscheinung des gegenwärtigen Kapitalismus eine ernst zu nehmende Kraft des widerständigen Potentials in der Gesellschaft. Die Partei muß hier, wenn sie wirklich links, wenn sie sozialistisch sein will, konsequent darüber nachdenken wie sie beitragen kann diese potentielle Kraft zu aktivieren. Sie muss aber auch berücksichtigen, dass bei aller Differenziertheit der Arbeiterklasse die Qualität der Klasse durch den Teil bestimmt wird, der eben mit den modernsten Produktivkräften verbunden ist. Denn dieser repräsentiert die Entwicklungstendenzen der Klasse.

Bemerkenswert ist der Ansatz für eine Klassenanalyse von Gen. Prof. Ingo Wagner in der Gegenwart. Er schreibt: „Zur Lohnarbeiterklasse gehören immer mehr die geistige Arbeit leistenden Werkstätigen ..., die unmittelbar im Produktionsprozeß beschäftigt sind. Selbst bei dem Industriearbeiter, der heute noch nicht ganz verschwunden ist, wächst der Anteil intellektueller Arbeiten progressiv. Diese soziologische Tatsache rückt ... den Begriff der Arbeiterklasse im Sinne von Lohnarbeiterklasse auf die Ebene des ‚gesellschaftlichen Gesamtarbeiters.‘ (vgl.. MEW Bd. 23, S.

537). „Hier ist Marx weiterzudenken!“ Und weiter im Zitat: „Aus dieser Sicht kann nur der gesellschaftliche Gesamtarbeiter Schöpfer und Gestalter einer künftigen sozialistischen Gesellschaft sein.“ (Ingo Wagner, Für einen neuen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, Marxistisches Forum, Heft 23, S. 27f., GNN-Verlag 1999). Damit haben wir aber keine „diffusen Kräfte“ des gesellschaftlichen Wandels, die in der Moderne ankommen müssen, sondern bei aller Differenziertheit das gesellschaftliche Subjekt, das den him-



K. Marx

menschreidenden Widerspruch zwischen arm und reich durch die Veränderung der sozialen Verhältnisse, insbesondere der Eigentumsverhältnisse, im Interesse der menschlichen Gattung lösen muss.

Mit diesem Herangehen, der Beachtung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, werden viele Annahmen im marxischen Denken erst heute real.

Zu nennen ist z.B. die Erkenntnis der Rolle der Volksmassen als bewusster Schöpfer der Geschichte. Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus ist durch diese Qualität des subjektiven Faktors in einem Maße potentiell identisch wie nie zuvor in der Geschichte.

Aufgabe der Partei müsste es demnach sein nachzudenken und programmatisch zu erfassen, wie unter diesen historischen Gegebenheiten die subjektiven Qualitäten des gesellschaftlichen Gesamtlohnarbeiters als Totengräber des Kapitalismus

zu fördern sind. Dazu ist eine Strategie und Taktik zu entwickeln, die diesen Herausforderungen gerecht wird. Das schließt Reformen ein, die sich aber am Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung messen lassen müssen. Sie müssen die Bewusstheit und die Wirkungsbedingungen der Lohnabhängigen in ihrer ganzen Differenziertheit im praktisch politischen Kampf fördern.

Wenn ich z.B. an die Globalisierung des Finanzkapitals denke, wird deutlich, welche riesige Aufgabe vor den sozialistischen und kommunistischen Parteien steht. Denn „erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“. (MEW, Bd. 9, S. 226). Ungebremste Ausbeutung und neue Kriege im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung (was nur ein anderes Wort für die Internationalisierung der Produktivkräfte bei Marx ist) belegen das unausweichlich.

Objektiv ist also der subjektive Faktor für eine revolutionäre Perspektive vorhanden, wenn die Analyse da ansetzt, wo nach wie vor der gesellschaftliche Reichtum geschaffen wird, wenn das Wesen nicht mit den Erscheinungen verwechselt wird – **die Arbeiterklasse!**

Siegfried Kretschmar

PDS-Marxistisches Forum Leipzig

Anzeige

SoZ Sozialistische Hefte
für Theorie und Praxis

Senderteil der SoZ – Sozialistische Zeitung – 44–52 Seiten – 3 EUR

**Nr. 6 (Mai 2004):
Bewegung braucht Strategien**

Beate Brandel über das Verhältnis von Bewegung und politischer Formierung
Bodo Bruns über die Hochverratigkeit einer (sozialistischen) Revolution
Christine Zeller über die Perspektiven gesellschaftlicher Bewegung
Alex Callinicos (über) die neuen revolutionären Situationen
Angela Kiele über die Grundlagen eines neuen Übergangspolitikers
Werner Ickert und Christoph Linker stellen dem die Umwandlung des Reiches
John B. Foster über die herrschende Umweltkrise

**Nr. 5 (Dezember 2003):
Neuer Antikapitalismus in Europa?**

François Sureau über die Rückkehr der radikalen Linken in Europa – Henning Böse über italienische Filippine Cossutta – Bernhard Scheidel über die radikale Linke in Frankreich – Alex Callinicos über die Chancen sozialistischer Revolutionspolitik – Klaus Dörger über programmatische Grundlagen einer neuen sozialistischen Linken – Autor:in: Perry Anderson über Eric Hobsbawm

Bestellung an: (gegen Vorkasse)
SoZ Verlag, Oskarstr. 75–77 • 50674 Köln • Fax (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97 • redaktion@soz.ples.de • www.soz.ples.de

Bildung (noch) für alle?

In dem in der Arsti Nr. 137 (Herbst 2002) veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Pisa – oder die Schiefelage der Bildungspolitik“ stellt die Verfasserin die Frage „Haben unsere Kinder ein Recht auf Bildung?“ und verweist auf den Art 12 Abs 1 des Grundgesetzes, der die freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte garantiert.

Im Zusammenhang mit Art 3 Abs 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) begründet sie sogar „ein Recht auf gute Bildung für alle.“

Als Hindernis sieht sie „das ungerechte dreigliedrige Schulsystem“ und fordert „es durch Gesamtschulen“ zu ersetzen.

Dem gemeinsamen Unterricht bis zur 10. Klasse attestiert sie, er gleiche „soziale Unterschiede durch eine individuelle Förderung aus“.

Des weiteren sieht sie im Gesamtschulsystem „für alle Schüler die gleiche Ausgangsbasis, unabhängig von der materiellen Situation der Eltern.“

Den Grund dafür, dass das Gesamtschulsystem in Deutschland nicht eingeführt wird, macht sie „am politischen Willen der verantwortlichen Politiker“ fest, „die keine grundsätzliche Schulreform anstreben.“ Wenn ich mich im Folgenden kritisch mit den zitierten Einschätzungen auseinandersetze, möchte ich vorausschicken, dass der Artikel insgesamt die Situation im Bildungsbereich zutreffend beschreibt.

Als juristischer Laie möchte ich über die im Artikel vorgenommene verfassungsrechtliche Interpretation des Grundgesetzes kein Urteil abgeben.

Ein Recht auf Bildung bzw. ein Recht auf gute Bildung (was immer mensch darunter verstehen mag) zu vörderst auf der Grundlage der Verfassung eines bürgerlichen Staates einzufordern, wird zu kurz greifen. Einen abstrakten Bildungsbegriff gab es nie und wird es in Zukunft nicht geben.

Es ergibt meiner Meinung nach wenig Sinn, das bestehende geglie-

derte Schulsystem als „ungerecht“ zu denunzieren und als gerechte Alternative das Gesamtschulsystem dagegen zu stellen. Hier wird mit einer moralischen Kategorie gearbeitet, die zur Aufhellung des Sachverhalts nur wenig beitragen kann.



Demo „Sozialabbau ist Geil“, 8. Oktober 2003, München.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass fast alle entwickelten kapitalistischen Staaten über ein Gesamtschulsystem verfügen und somit dieses Schulsystem nicht im Widerspruch steht zu einer Klassengesellschaft also diese auch reproduziert. Wenngleich ein integriertes Bildungswesen mit Sicherheit als historischer Fortschritt zu werten ist.

Dass bei Gesamtschulen „für alle Schüler die gleiche Ausgangsbasis“ bestünde, „unabhängig von der materiellen Situation der Eltern“, ist so nicht nachvollziehbar. Wenn die Verfasserin des Artikels damit auf eine günstigere Ausgangsposition von Kindern aus vorher benachteiligten Schichten hinweisen wollte, ist das zu unter-schreiben.

Für gänzlich falsch halte ich ihre Einschätzung, wenn sie unterstellt,

eine grundsätzliche Schulreform würde in Deutschland „am politischen Willen der verantwortlichen Politiker scheitern.“

Zum einen sind auch hierzulande PolitikerInnen nicht autonom handelnde Subjekte. Was aber in der Konsequenz schwerwiegendere Folgen hat: Die verantwortlichen Politiker und all die Kräfte in der Gesellschaft, die die herrschenden Interessen definieren und organisieren, sind bereits seit langem dabei weit mehr als eine grundsätzliche Schul- bzw. Bildungsreform auf den Weg zu bringen.

Systematischer Umbau des Bildungswesens

Spätestens seit den achtziger Jahren treiben sie systematisch den Umbau des gesamten Bildungswesens voran. Aus einem vorwiegend staatlich regulierten Bildungswesen soll ein Bildungsmarkt mit Dienstleistungsagenturen entstehen.

Wenn heute der Begriff Bildungsreform verwendet wird, geschieht das im Kontext des Umbaus sozialer Sicherungssysteme, wobei nach Jürgen Klausenitzer der Bildungsbereich als „last frontier“ gilt. Er begründet diese Einschätzung:

„Während die Schlacht gegen alles, was im Lichte eines diffusen Modernisierungsbedarfs als rückständig gilt, im Bereich der Renten-, der Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung oder in der Sozialhilfe bereits in vollem Gange ist, ist der Prozess der realen Subsumtion unter die Erfordernisse des Kapitalverhältnisses im Bildungsbereich noch wenig fortgeschritten.“

Dis gilt jedoch nicht für den Weiterbildungsbereich, der inzwischen nach Teilnehmern und Geld der größte Bildungsbereich ist. Er ist in wesentlichen Teilen privatisiert und damit marktkonform organisiert.

Da Bildungsreform als Teil des Umbaus des sozialen Sicherungssystems zur Kostensenkung beitragen soll, scheiden Alternativen aus, die zwar zu mehr und besserer Bildung

der künftigen oder bereits Lohnabhängigen führten, aber eben zu einem Preis, den die herrschenden Kräfte nicht mehr akzeptieren.

Wenn etwa das in der PISA-Studie besonders erfolgreiche Finnland nach dem Motto handelt „Jedes Kind ist wichtig, niemand wird zurückgelassen“, führt das zu den bekannten hervorragenden Ergebnissen an der Spitze wie in der Breite, bedarf aber einer Unterstützung, wie sie markt-anarchisch nicht organisiert werden kann. Die strukturelle Voraussetzung des Erfolgsmodells ist ein integriertes Schul- und Bildungswesen.

Deutsche Bildungspolitik könnte sich an Finnland orientieren, das läge nahe.

Aber warum wird das abgelehnt und zwar rigoros? Dafür gibt es mehrere Gründe. So hatte Finnland sein Bildungswesen in den 70er/80er Jahren konsequent in Richtung Integration umgebaut. Es war die Zeit, in der auch in der BRD eine heftige Auseinandersetzung um die Strukturen im Bildungswesen geführt worden war.

Ausschlaggebend für das Scheitern der Reformbestrebungen war das Umschwenken der Sozialdemokratie in der Frage, ob die Gesamtschule die bisherigen Schularten ablösen oder zu einer zusätzlichen Schulart werden sollte.

Von Anfang an war die Sozialdemokratie in dieser entscheidenden bildungspolitischen Frage schwankend. Da man sich nicht für eine konsequente Reform entscheiden konnte und immer wieder Zugeständnisse machte, gelang es konservativen Kräften der Union, die Hegemonie in der Bildungspolitik vollends zurück zu gewinnen. In Ländern, wo sozialdemokratische Regierungen Reformschritte eingeleitet hatten, wurden diese nach jeweiligen Regierungswechseln rückgängig gemacht. Zum Teil erledigten dies auch sozialdemokratische Landesregierungen selber.

Die Totenglocke für ein integriertes Bildungssystem hatte endgültig geschlagen, als nach 1990 anlässlich der Auslöschung der DDR das fortschrittlichste Bildungssystem auf deutschem Boden fast restlos zerschlagen und das selbst für entwickelte bürgerliche Verhältnisse rück-

ständige gegliederte Bildungssystem der BRD dem Anschlussgebiet übergestülpt wurde.

Inzwischen ist die Debatte um Bildungsstrukturen zwar nicht beendet, aber bis auf weiteres kräftemäßig entschieden.

Neue ideologische Risse

Nach Pisa hat die Bildungsgewerkschaft GEW wieder Aufwind



verspürt und die alte Gesamtschulidee mit dem Slogan „Eine Schule für alle“ aufpoliert und verstärkt thematisiert. Überraschenderweise fordert mittlerweile die organisierte baden-württembergische Handwerker-schaft die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit auf 9 Jahre und die schleswig-holsteinische SPD hat kürzlich die alte Gesamtschule (vorsichtig) angedacht. Was die Handwerker betrifft, zeigen sich erste ideologische Risse zwischen einzelnen Kapitalfraktionen. Die Hauptschüler, die durch Anstieg einer Schülerpopulation mit verstärktem Migrationshintergrund immer deutlichere Qualifikationsmängel aufweisen, können vor allem im technischen Bereich nicht mehr mithalten.

„Dem Handwerk fehlen nicht nur Nachwuchskräfte, sondern vor allem Leistungseliten.“ („Positionen des Handwerks 2002“, S. 10)

Realschulabsolventen drängen kaum in die Handwerksbetriebe.

„Wer einen höheren Abschluss als den der Hauptschule gemacht hat, fühlt sich also zu Höherem als zu einer gewerblich-technischen Ausbildung berufen.“ (PdH, S.25.)

So ist in der sich zuspitzenden Lehrstellenmisere die Ausbildungsbereitschaft beim Handwerk noch am ausgeprägtesten, wobei es die Schulabgänger vor allem in industrielle Großbetriebe und in den Dienstleistungsbereich zieht. Das nervt die bisher treuesten Verteidiger des gegliederten Schulwesens. Sie sehen sich als eindeutige Verlierer eines überholten Bildungssystems – und das nicht nur in Baden-Württemberg.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hatte schon 2001 Zweifel geäußert „ob die Gliederung in Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen richtig“ sei. (S.39)

Natürlich fordert die Handwerker-schaft eine Bildungsreform, die auf die Interessen der kleinen und mittleren Kapitalisten ausgerichtet ist.

Für die Durchsetzung einer Bildungsreform im Interesse der Mehrheit, also der Lohnabhängigen fehlen zur Zeit wesentliche Voraussetzungen. Jahrzehntelanges ideologisches Trommelfeuer von rechts hat zu einer Verwirrung darüber geführt, was das Erkennen, das Formulieren und die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen betrifft.

Da verhält auch ein in Form eines Kommentars gefasster Appell in der *Süddeutschen Zeitung*, der den Sachverhalt so deutlich wie selten benennt:

„Die Kultusminister, egal welcher politischen Couleur, halten eisern fest am selektiven Schulsystem, das seine Schüler schlecht lesen und schreiben lehrt, ungerecht behandelt und allenfalls nach unten durchreicht.“ (Marco Finetti in der SZ v. 13.9.03)

Ein weiterer Grund für die fehlende massenhafte Bereitschaft, für eine Bildungsreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und in Richtung eines möglichst hohen Niveaus der Bildung für alle einzutreten, ist in der Akzeptanz der staatlichen Finanzierungskrise zu suchen.

Sie wird als gegeben hingenommen, aber nicht auf ihre Ursachen hinterfragt.

Geht dem Staat wirklich die Knete aus?

Durch die rasante Entwicklung der Produktivkräfte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (3. industr. Revolution, Mikroelektronik) sind einerseits immer höhere Anforderungen an Bildung und Ausbildung gestellt worden. Die Anforderungen werden aber zunehmend orientiert auf schnelle Verwertbarkeit des Bildungsfaktors.

Der Druck der Verwertungsinteressen zielt vorwiegend auf Qualifizierung, also auf Brauchbarkeit. Letztlich geht es um den möglichst aktuellen ökonomischen Nutzen der auf Qualifikation reduzierten Bildung.

Die höheren Anforderungen an Bildung und Ausbildung böten gute Argumente für den Ausbau des Bildungswesens auf breiter Grundlage. Die Entwicklung der Produktivkräfte bringt aber noch eine weitere Erscheinung hervor.

Sie macht vermehrt menschliche Arbeitskraft überflüssig und führt unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zur Massenarbeitslosigkeit, was wiederum zur Frage veranlasst: Warum soll für alle eine gute Bildung gewährleistet werden, wenn nur ein Teil der so qualifizierten Arbeitskraft später nachgefragt wird?

Durch die zunehmende Freisetzung menschlicher Arbeitskraft verliert der Staat Lohnempfänger, die er besteuern kann und muss zusätzlich Arbeitslosigkeit finanzieren. Verschärfung könnte diese Entwicklung erfahren durch entsprechende Schritte der Arbeitszeitverkürzung.

„Denn so wenig wie eine Waffe daran schuld ist, dass ein Schüler Lehrer erschießt, so wenig ist eine Maschine daran schuld, dass Arbeitskräfte arbeitslos werden.“ (R.Roth, S.213)

Aber bekanntermaßen geht die Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung, was zu einer weiteren Verschärfung der staatlichen Finanzierungskrise führt, wobei ein Ende nicht in Sicht ist.

Somit ist an einen flächendeckenden Ausbau des Bildungswesens

nicht zu denken. Vielmehr heißt die realistische Perspektive für die Bildungshaushalte Umverteilung zugunsten der Qualifikationen, die für die Stärkung des „Standorts“ als zukunftsweisend eingeschätzt werden.

„Die als Orchideenfächer angesehenen Kultur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften werden ausgedünnt bis zur Unsichtbarkeit; ebenso große Teile der ‚zweckfreien‘ Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften. Einseitig gefördert werden dagegen die ‚Verwertbarkeitsfächer‘ oder was man dafür hält. Informatik, Ingenieurwesen, BWL etc. Das Ideal ist der ‚unternehmerische Wissenschaftler‘, die nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten organisierte Schule oder das in ein Profitunternehmen verwandelte Wissenschaftsprojekt.“ (Kurz, ND v. 9.1.04)

Ebenso wie in Zeiten kapitalistischer Krise der Druck auf die Arbeiterklasse verstärkt wird, verschärft sich auch die Lage derer, die sich in allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen auf den späteren Verkauf ihrer Arbeitskraft vorbereiten.

Durch Verschärfung der Selektion versucht man SchülerInnen in bestimmte Schularten einzupassen. Dass dies oft scheitert, ist ein anderes Kapitel.

Die Schulzeit insgesamt wird verkürzt und damit die Lernzeit verdichtet.

Dabei entstehende Konflikte sollen durch Verschärfung der Disziplinarordnung unterbunden werden.

Durch die Festsetzung bundesweiter Bildungsstandards, die schulartenbezogen formuliert werden und durch zentrale Tests wird das bestehende gegliederte Schulsystem national angeglichen und vereinheitlicht.

Tests tragen auch zur Disziplinierung der Bildungseinrichtungen bei. Testergebnisse lassen Rückschlüsse auf die einzelne Schule zu. Im Ranking (Konkurrenz) orientieren die zukünftigen Dienstleister in Sachen Bildung auf möglichst „gute“ Ergebnisse. Hier erübrigen sich staatlicher Zwang, Kontrolle, Aufsicht. Es reicht, die Ergebnisse der einzelnen Schulen zu veröffentlichen. In der Konsequenz orientiert sich das pädagogische Personal auf die Kernaufgaben, die sich in den Testergebnissen ausweisen lassen.

Engpässe im Staatshaushalt, ein Ist-Zustand im Bildungswesen, der Kritiker von allen Seiten auf den Plan ruft, ideologische Borniertheit, die sich auf tradierten Antikommunismus berufen kann und integrative Bildungsformen aus diesem Blickwinkel pauschal ablehnt: eine Gemengelage, die das Tor öffnet für neue Konzepte, die aber bei genauem Hinsehen nicht so neu sind.

„Derselbe Prozess, der einen Überschuss an Arbeitskräften erzeugt... erzeugt auch einen Überschuss an Kapital, das zwanghaft nach Anlagemöglichkeiten sucht.“ (R.Roth, 239) Und dieses überschüssige Kapital „überflutet wie Hochwasser alle Äußerungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Es flutet in staatliche Betriebe und reißt sie über Privatisierungen an sich, es dringt in Sozialwohnungen ein, in Schwimmbäder, in Krankenhäuser, Sportvereine und Schulen und setzt sich in ihnen mehr und mehr fest.“ (S. 247)

Bildung im Rahmen eines weltweiten Dienstleistungsmarktes

Und Anlagemöglichkeiten werden erschlossen in bisher staatlich regulierten Sektoren. In einigen OECD-Ländern wurde diese Politik schon seit Anfang der 80er Jahre begonnen. In Ländern wie England, Australien, Neuseeland und USA ist das Bildungswesen marktförmig umgestaltet. Handelte es sich am Anfang um nationale Konzepte, führt mittlerweile die WTO Regie. Im Rahmen von GATS (General Agreement on Trade in Services) werden schrittweise die Voraussetzungen für einen Dienstleistungsweltmarkt geschaffen.

Vorreiter Hamburg und Bremen

Wer immer sich mit der neoliberalen Zurichtung des Bildungswesens beschäftigt, wird zuvorderst bei Hamburg und Bremen fündig.

Wenn es um die Drosselung der Bildungsetats geht, sind die beiden ehemals in sozialdemokratischer Hand befindlichen Stadtstaaten seit längerem kreativ und grenzüberschreitend.

In Hamburg wurde im Sommer 2002 die Öffentlichkeit über das Vor-

haben informiert, die Berufsschulen in die Trägerschaft der Handelskammer zu überstellen. Dabei sollten die Berufsschulen „das Einfallstor darstellen, durch das man langfristig einen Angriff auf das gesamte Schulsystem fahren kann“ (arpo 3/02, S.14)

Mit einem FDP-Kultusminister in Person des Konteradmirals a.D. Lange hatte die Handelskammer leichtes Spiel. Für die künftigen Betreiber der zu 17 Berufsbildungszentren zu vereinigenden bisherigen 48 Berufsschulen soll das unternehmerische Risiko gering sein, da der Schulträger von der Stadt finanziert und sämtliche finanziellen Risiken weiterhin von der Stadt übernommen werden sollen.

Wie immer nach der Hamburgwahl das Vorhaben umgesetzt wird, handelt es sich um den ersten „Rückzug eines Staates aus der öffentlichen Verantwortung in einem ganzen Schulbereich bei gleichzeitiger voller Finanzierung. Das wäre eine Vorwegnahme von GATS.“ (H. Bethge, ZW-Schule 4/03, S.74)

In dasselbe Horn wie in Hamburg stößt man in Bremen.

Der Bremer Senator für Bildung und Wissenschaft Willi Lemke, Ex-Manager des SV Werder Bremen, äußerte sich im Oktober unmissverständlich:

„Radikale Umsteuerung ist notwendig, um mit begrenzten Mitteln optimale Ergebnisse zu erzielen... deshalb soll eine Gesellschaft für Bildungsinfraktuktur in der Rechtsform einer GmbH gegründet werden – als Pilot und Vorbild für den Bildungsbereich insgesamt...“ Und weiter führte er aus, um jeden Zweifel über die Zielrichtung des Vorhabens auszuräumen:

„Damit wird die Öffnung für ein flexibles und leistungsbezogenes Erbringen von Dienstleistungen und marktorientierter Entlohnungsstrukturen ermöglicht und erreicht.“

Im Klartext heißt das: Der gesamte Bildungsbereich wird schrittweise in ein Privatunternehmen überführt. Hindernisse wie etwa ein mehrheitlich verbeamtetes Personal werden beseitigt. Da LehrerInnen und Lehrer in Deutschland im europäischen Vergleich besoldungsmäßig mit an der Spitze stehen, gilt es, „marktwirtschaftliche Entlohnungsstrukturen“ zu entwickeln. Bei Bahn und Post wurde das Problem auch

gelöst. Man wird auf entsprechende Erfahrungen zurückgreifen.

Da die Stadtstaaten überschaubarer als Flächenstaaten sind und inzwischen alle Parlamentsparteien Privatisierungskonzepten aufgeschlossen gegenüberstehen, dürfte das Vorhaben der beiden Stadtstaaten trotz heftiger Proteste von Betroffenen erfolgreich (?) weitergeführt werden.

Die Übertragung auf Flächenstaaten ist noch mit Schwierigkeiten verbunden.

Klausenitzer kommt in seinem Versuch, am Beispiel von Hessen und Nordrhein-Westfalen Entwicklungen



zu verallgemeinern, zu einem interessanten Ergebnis.

Für ihn wird „der Prozess des Wandels insgesamt ungefähr eine Generation (von LehrerInnen) in Anspruch nehmen...“

Er beruft sich dabei auf die OECD, die 1995 festgestellt hatte: „This kind of reform takes time.“

Dieser Zeitraum sei notwendig „um eine Generation von Lehrern, deren berufliche Sozialisation im Zeichen der Bildungsreform der siebziger Jahre und deren Vorstellungen stand, ohne großen Aufwand loszuwerden.“ (KI „Anmerk. Zur Disk, Links-netz 1/03)

Bayern auf den bildungspolitischen Pfaden des Kapitals

Als der bayerische Ministerpräsident Stoiber am 6. November 2003 in einer Regierungserklärung umfassende Einsparungen auch im Bildungsbereich ankündigte, wollten die Kritiker in seiner Argumentation einen eklatanten Widerspruch erkennen.

Denn seine bildungspolitischen Sparschwerpunkte hatte er eingebettet in folgendem Versprechen: „Wir investieren in exzellente Bildung auf internationalem Niveau.“ Er ging sogar noch einen Schritt weiter und verkündete vollmundig: „Bayern soll mit seinen Schulen in zehn Jahren unter den ersten fünf Spitzenländern in der Welt-rangliste stehen.“

Selbst in der konservativen FAZ vom 11. Dezember wurde Stoibers Ankündigung als „bildungspolitische Quadratur des Kreises“ bezeichnet.

Bei allen Widersprüchen, die in der Regierungserklärung vorhanden sein mögen, wäre eine Unterstellung sicher unberechtigt. Dass nämlich kein Konzept erkennbar sei.

Hinter Stoibers Ausführungen steht vielmehr das Konzept des schlanken Staates und der schrittweisen Privatisierung des Bildungswesens.

„Aufgaben, die der Staat nicht selbst erledigen muss, werden... abgebaut oder auf Private übertragen.“

Das Konzept, das hinter der Regierungserklärung steht, wird erkennbar, wenn man die Prognosestudie vom Herbst 2003 „Bildung neu denken! Das Zukunftskonzept“ als Grundlage nimmt. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Vereinigung der Bay. Wirtschaft und der Prognos AG. Die Lobbyorganisation des in Bayern ansässigen Kapitals präsentiert ein Bildungskonzept, das zunehmend Eingang findet in die Planungen von Kabinett und Ministerium. Mit der Ankündigung der Einführung des G8 und der Möglichkeit der früheren Einschulung „früher in die Schule und früher in den Beruf“ greift Stoiber eine zentrale Forderung der Kapitallobby auf, die sich den Schulbeginn bereits mit 4 Jahren vorstellen kann. Nach Prognos wird für eine ökonomischere Nutzung der Bildungseinrichtung plädiert. Im Blickpunkt stehen dabei der Ganztagsunterricht, Betreuungsmöglichkeiten bis 18.00 Uhr und zusätzlicher Ferienunterricht.

In der beruflichen Ausbildung kann sich die organisierte Bayerische Wirtschaft eine Vergütung nicht mehr vorstellen. Dafür plädiert sie für einen sozialen Arbeitsdienst, den sie als „zivils Pflichtjahr für alle Jugendlichen“ bezeichnet.

Das Studium soll – und da ist die Umsetzung weit fortgeschritten – in BA/MA-Studiengänge gegliedert werden. Ziel ist die Verkürzung und Straffung des Studiums.

Die Prognos-Studie atmet den Geist betrieblich durchrationalisierter Abläufe und orientiert sich an einem normierten Menschentyp, den man so definieren könnte: „Gebildet ist, wer den Zwang zur lebenslangen Nachjustierung seiner Selbst als Ware Arbeitskraft völlig verinnerlicht.“ (Ribolits 169)

Eine auf Mündigkeit ausgerichtete Erziehung bzw. Bildung ist mit dem Prognos-Konzept nicht vereinbar. Vielmehr geht es um unmündige Intelligenz, die eine entfremdete Existenz als alternativlos betrachtet und somit konfliktfrei funktional ist.

Wenn heute bereits anlässlich einer Kundgebung gegen Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst jüngere Lehrkräfte die Frage stellen, ob sie sich überhaupt an so einer Kundgebung beteiligen dürften, ob ihnen das erlaubt sei, lassen sie schon jetzt die Persönlichkeitsstruktur erkennen, die bei Prognos angelegt ist.

Robert Kurz bezeichnet diesen anvisierten Menschentypus als „reduzierten Funktionsidioten“.

Seine Hoffnung, „Die systematische Förderung von reduzierten Funktionsidioten könnte bestens geeignet sein, den Kapitalismus vollends zu ruinieren“ hat etwas Bestechendes. (ND, 9.1.04) Als Strategie für die Linke dürfte die Hoffnung zu kurz greifen.

Bildung als Ware oder Vermarktlichung

In einer Zeit, in der im fortschrittlichen Diskurs (von Attac bis GEW) inzwischen viele vor der Gefahr der Ökonomisierung der Bildung warnen („Bildung darf nicht zur Ware werden“), gibt es vereinzelt Stimmen, die die Veränderungen grundsätzlicher hinterfragen.

Einer davon ist der österreichische Erziehungswissenschaftler und Berufsbildungsforscher Erich Ribolits, der in der Zeitschrift „Streifzuege“, Ausgabe 2/03, die provokante Frage stellte: „Warum sollte eigentlich gerade Bildung nicht zur Ware werden?“

Für ihn ist „Bildung nicht erst im Neoliberalismus zur Ware geworden“, sie sei es „tendenziell, seit der Besuch von Schulen und Universitäten nicht

mehr nur einer privilegierten Minderheit vorbehalten war, sondern zum Aufstiegsvehikel im Kampf um vorteilhafte Positionen geworden war.“

Auch sei der Kapitalismus „von allem Anfang an im Dilemma gefangen“ gewesen, „die Brauchbarkeit der Menschen für den wirtschaftlichen Verwertungsprozess voranzutreiben und zugleich dafür Sorge tragen zu müssen, dass dieser Prozess nicht in befreiende Erkenntnis“ umschlage. Was derzeit passiere, sei „nicht die Umdeutung von Bildung zur Ware“ – die sei längst vollzogen –, heute finde „die Vermarktlichung des Bildungswesens statt.“ Ausgehend von einer UNESCO-Schätzung, die das Volumen des Bildungsmarktes auf rund 2 Billionen Dollar beziffert, wobei derzeit gerade mal 20% privat abgeschöpft würden, solle nun „die Organisation allen Lernens dem Markt anheim gestellt werden.“

Ribolits folgert daraus, dass „die derzeitigen Entwicklungen in Richtung Vermarktlichung im Bildungsbereich (..) der Logik der Marktgesellschaft“ entsprechen.

„Die Forderung, dass Bildung nicht ökonomisiert werden darf, macht (für ihn) nur Sinn im Zusammenhang mit einer Kritik des Marktsystems als Ganzem.“ Er geht aber noch einen Schritt weiter: „Wer allerdings A zum Marktsystem sagt, der muss wohl auch B zu einer weiteren Vermarktlichung des Bildungswesens sagen!“ An dieser Stelle dürften sich die Geister scheiden. Geht da Ribolits in seiner professoralen Rigidität nicht zu weit? Unabhängig davon, ob die Losung „Bildung darf nicht zur Ware werden“ einer strengen Prüfung standhalten kann, kann ich doch in der politischen Mobilisierung nicht die Ablehnung des Marktsystems als Voraussetzung für die Beteiligung verlangen. Mit Leuten, die in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Frage der Vermarktlichung Bewusstsein entwickelt haben, wird der Doppelcharakter der Bildung auch unter bürgerlich-staatlicher Aufsicht leichter zu begreifen sein.

Ein Blick in die Zukunft

Wenn es nach den Vorstellungen von einflussreichen Medienkonzernen wie etwa der Bertelsmann – Stiftung, die auch als Deutschlands heimliches Kultusministerium be-

zeichnet wird, geht, sähe die Bildungslandschaft in 20 bis 30 Jahren wie folgt aus:

Aus der öffentlichen Pflichtschule ist der Bildungsmarkt geworden.

Im Vorschulbereich tummeln sich nach US-Vorbild Firmen, die vor allem zahlungskräftige Eltern im Visier haben. Sie werben damit, dass sie Kindern gezielt Voraussetzungen ermöglichen, die für die Schulkarriere wichtig sind.

Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft gibt es weiterhin, der Anteil an privaten Grundschulen mit besonderen pädagogischen Angeboten hat deutlich zugenommen.

In den Jahrgangsstufen 5 bis 10 gibt es kein allgemeinbildendes Pflichtschulsystem mehr. Es ist ersetzt durch den offenen Bildungsmarkt. Eltern bekommen vom Staat Bildungsgutscheine, die die Grundversorgung abdecken. Es gibt Anwesenheitsschulen, die ohne Zuzahlung besucht werden können. Wer dieser Billigvariante entkommen will, muss entsprechend zuzahlen.

Ähnliches gilt für die gymnasiale Oberstufe. Das Abitur berechtigt zur Aufnahmeprüfung an eine Uni, die privat oder halb-privat betrieben wird.

Inzwischen haben sich einige Unis zu ausgesprochenen Elite-Hochschulen entwickelt. Entsprechende Studiengebühren und die weitestgehende Übernahme durch transnationale Konzerne wie Siemens und Daimler-Chrysler sorgen für angenehme „Arbeitsbedingungen“. Der Abschluss an einer der deutschen Harvards erweist sich als exzellenter Türöffner für einen hochdotierten Job.

Die 750.000 Lehrkräfte haben sich vom Beamtenverhältnis emanzipiert und verdingen sich vorwiegend mit Jahresverträgen, ein Teil davon als eine Art Ich-AG als Bildungsunternehmer.

Prof. Tillmann, der vergleichbare Szenarien entwickelt, meint zu dieser Perspektive: „Ich gestehe, bei dieser Vision läuft es mir kalt über den Rücken.“

Er sieht Gewinner und Verlierer, wobei die Zuordnung (vorsichtig formuliert) „stärker als heute durch soziale und ethnische Herkunft bestimmt“ wird.

Wenn es die nächsten Jahre und Jahrzehnte in etwa beim derzeitigen Stand des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses bleibt oder sich dieses Verhältnis noch ungünstiger für die lohnabhängige Klasse entwickeln sollte, ist das eben beschriebene Szenario realistisch.

Selbst auf die Gefahr hin, dass sich die Kapitalisten längerfristig selber Schaden zufügen, werden sie die Gunst einer historischen Chance nutzen und zugreifen, wo immer das möglich ist.

Die bildungsgewerkschaftliche Linke und die Perspektive

Die gewerkschaftliche Linke befindet sich in einer nicht ganz unkomplizierten Situation. Trotz Ablehnung des existierenden Bildungssystems muss sie dieses gegen weitere Verschlechterungen verteidigen, ohne den Ist-Zustand zu beschönigen. Oder anders ausgedrückt:

Das Bildungssystem beinhaltet auch historische Errungenschaften, die vor allem in Zeiten der Krise und des politischen Roll-Back in Gefahr sind, beseitigt zu werden. Die Lernmittelfreiheit, die kostenlose Schülerbeförderung und das gebührenfreie Studium sind drei der wenigen sozialen Komponenten, die jetzt wie nie vorher in Gefahr sind. Alle drei Bereiche existieren noch mit Einschränkungen. Sind sie erst beseitigt, werden sich die Folgen deutlich bemerkbar machen.

Die Linke muss darüber aufklären, welche Konsequenzen mit dem systematischen Herausbrechen sozialer Elemente aus dem bestehenden Bildungswesen verbunden sind.

Es gilt diesen Prozess einzuordnen in eine Entwicklung hin zum marktförmigen Bildungswesen. Die Einzelmaßnahmen sind für die Beteiligten in der Regel nicht im Gesamtzusammenhang in ihrer Bedeutung zu erkennen. Selbst gewerkschaftliches Bewusstsein reicht dazu nicht aus. Der Aufschrei im Zusammenhang mit den angekündigten Sparmaßnahmen der bay. Staatsregierung ist nach wenigen Monaten verstummt.

In diesem Zusammenhang ist es unumgänglich, die Verschlechterungen im Bildungswesen in den Kon-

text der anderen Maßnahmen zum Abbau der sozialen Errungenschaften zu stellen.

Wenn man die immer wieder aufflackernden Proteste im Bildungsbereich genauer analysiert, wird man feststellen, dass sich die von Einzelmaßnahmen Betroffenen wehren, eine Bündelung des Protestes aber nicht in dem Ausmaß erreicht wird, dass die Verantwortlichen die Verschlechterungen zurücknehmen müssten. Häufig drücken diese Aktionen Verbitterung und Wut aus, wenn aber das vorhandene Quantum an Wut verbraucht ist, findet man sich mit der neuen Situation ab.

Nur selten sind von einer Maßnahme alle im Bildungsbereich betroffen. Oft sind bei angekündigten Verschlechterungen Kompromisse schon miteingeplant. Soweit Beschäftigte des Bildungsbereichs in Beamtenverbänden organisiert sind, ist ihnen ein konsequenter Abwehrkampf von Haus aus nicht möglich, da immer die Drohung im Hintergrund steht, den Status zu verlieren. Für diesen Status wird letztlich jede Schweinerei akzeptiert, zunehmend auch zähneknirschend (Bsp G8 Proteste in Bayern).

Wenn anlässlich der von der bayerischen Staatsregierung angekündigten Verlängerung der Wochenarbeitszeit von etwa 100 000 betroffenen Lehrerinnen und Lehrern nur 1000 bereit waren, für wenige Stunden demonstrativ die Arbeit ruhen zu lassen, drückt dieses Zahlenverhältnis sehr plastisch aus, wie wenig entwickelt das Bewusstsein der Beschäftigtengruppe ist. Aber auch in anderen Bundesländern, wo Arbeitsniederlegungen schon öfters von der GEW organisiert worden waren, blieben erkennbare Erfolge aus und werden die Aktionen vom sich verschlechternden Alltag eingeholt.

Bei der Mobilisierung von Eltern kommt erschwerend dazu, dass Eltern durch das gegliederte Schulwesen und durch ihre jeweilige Klassen- und Schichtzugehörigkeit Spaltungen in ihrer Interessenlage ausgesetzt sind. Punktuell kommt es zu Übereinstimmungen, die aber begrenzt sind.

Gewerkschaftliche Linke im Bildungsbereich sind gut beraten, wenn sie sich beim viel beschworenen

Bündnis von Beschäftigten und Eltern vor Illusionen hüten. Die Erwartungen an das öffentliche Bildungswesen sind bei vielen, die mit ihm bereits konfrontiert waren, nicht mehr hoch.

Negative Alltagserfahrungen, erlebtes Scheitern, Dominanz der Auslesefunktion in den Schulen und Frustrationen in schlecht ausgestatteten Massenunis tragen nicht dazu bei, das öffentliche Bildungswesen gegen weitere Verschlechterungen zu verteidigen.

Häufig wird die Lösung von Problemen im bereits existierenden Bildungsmarkt individuell gesucht. Paukstudios, Privatschulen und diverses Trainingsmaterial aus Schulbuchverlagen dienen sich den Hilfesuchenden an. Sie zu akzeptieren ist in der Regel teuer, aber im Einzelfall realistischer als eine unsichere Hoffnung auf schnelle Lösung der Missstände.

An den Unis sieht die Situation nicht wesentlich besser aus. Kommt es zu größeren Protestaktionen gegen die unbefriedigende Studiensituation, darf nicht übersehen werden, dass sich viele Studierende vom Protest fernhalten. Bei der Ablehnung der Einführung von Studiengebühren dürfen die Studierenden nicht aus dem Blickfeld geraten, die sich durchaus diese Gebühren leisten können und davon profitierten, wenn die durch Gebühren verschärfte Selektion zu einer personellen Entlastung der Hochschulen führten. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich propagiere hier nicht den politischen Defätismus. Widerstand und Protest sind in ihrer Bedeutung nicht zu vernachlässigen, sie dienen aber in erster Linie dazu, Erfahrungen zu sammeln und Einsichten in die Funktionsweise einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu vermitteln. Daraus kann politisches Bewusstsein und evtl. sogar Klassenbewusstsein entstehen.

Durch illusionäre Einschätzungen, die sich von Wunschvorstellungen leiten lassen, entsteht keine tragfähige Perspektive. Resignation folgt in der Regel auf Enttäuschungen, die wiederum eine Täuschung zur Grundlage haben. Eine gründliche Analyse kann davor schützen. Das gilt auch für den Bildungsbereich.

Als letzter Teil der Veranstaltung referierte am Sonntag Vormittag ein kurdischer Genosse aus Landshut über die Entwicklung der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen seit der Verhaftung Abdullah Öcalans im Jahre 1999.

Aktuelle Entwicklungen in der kurdischen Bewegung

Der Referent stellte dar, daß die PKK als Organisation aufgelöst wurde, nachdem sich Öcalan seit seiner Inhaftierung wieder an die Öffentlichkeit (bzw. an die Mitglieder seiner Organisation) wenden konnte. Die nachfolgende Partei bzw. „Sammlung“ KADEK, die sich vom bewaffneten Kampf losgesagt hatte und sich als „demokratisches Bündnis“ verstand, wurde ebenfalls aufgelöst und durch die Kulturorganisation KONGRA-GEL ersetzt. Auch diese steht inzwischen vor ihrer Auflösung und soll durch eine wirklich demokratische Organisation ersetzt werden, die nun wieder unter dem Namen PKK firmieren soll. Im Gespräch ist, dass die DEHAP nachfolgerpartei der HADEP aufgelöst werden soll, damit ein „nicht pro-kurdisch“ sondern „türkische“ Partei gegründet werden kann. Bürgermeisterwahl in der Türkei im diesen Jahr nicht mehr selbständig angetreten war, sondern nur noch unter dem Dach der sozialdemokratischen Partei SHP und dort auch kaum mehr politische-kurdische Kandidaten präsentiert hatte, sondern hauptsächlich türkische (um die „Versöhnung mit dem türkischen Volk“ zu demonstrieren) und daraufhin eine schwere Niederlage erlitten hatte. Diesen organisatorischen Schwenks und Neugründungen entsprechen politische Kehrtwendungen am laufenden Band.

Seit der Verhaftung Öcalans hat folgender Wandel stattgefunden: Nicht nur der bewaffnete Kampf wurde aufgegeben; es findet kein Kampf gegen den türkischen Staat mehr statt, sondern es wird der Kampf für Ökologie, Frauenrechte und Demokratie propagiert. Der Staat wird als ein neutraler Machthaber angesehen, in dessen Rahmen eine demokratische Auseinandersetzung stattzufinden hat. Kämpfen muß man nur noch gegen die Oligarchen, und zwar deswegen, weil sie die Demokratisierung in der Türkei behindern. Der Imperialismus wird als solcher nicht mehr benannt, z. B. im Zusammenhang mit dem militärischen Einschreiten gegen die Taliban oder Saddam Hussein. Die KADEK wurde aufgelöst, weil sie als leninistische Kaderorganisation nicht mehr in die heutige Zeit paßt. Eine Autonomie für die Kurden wird nicht mehr gefordert; man ist gegen den Nationalismus (z. B. der Kurden im Irak: dieser sei schlecht, da er nur als Grund für Angriffe auf die Kurden dienen könne). Öcalan und seine wechselnden Organisationen stellten sich positiv zum Kemalismus: dieser sei eine moderne Bewegung. Für Ausschreitungen seien die Kurden selber verantwortlich; die Kemalisten (in Gestalt des Militärs) seien von den Kurden dazu gezwungen worden. Die Unterdrückung der Kurden war notwendig, weil so ein wildes Volk erst

auf das Niveau der Türken gebracht werden mußte, um für die Demokratisierung fähig zu sein!

Öcalan gibt den Türken Ratschläge, wie sie noch mächtiger werden können (z. B. in Hinsicht auf ein großtürkisches Reich, d. h. eine Vereinigung der türkischen Völker bis hinein nach China).

All diese Wendungen und Windungen stammen von Abdullah Öcalan selbst und werden etwa seit der Zeit der 7. Konferenz der PKK durch junge und politisch unerfahrene Anwälte, die damals die politisch gestählten, wenn auch nicht unbedingt auf seiner Linie liegenden erfahrenen Juristen ersetzten, seiner Anhängerschaft überbracht. Die jeweiligen Führungen der Organisationen, die immer wieder durch neue, noch unerfahrenere ersetzt werden, bemühen sich dann nach Kräften, die Ergüsse des Meisters seinen Jüngern auszulegen und zu erklären. Abweichler werden politisch kaltgestellt, indem sie für verrückt erklärt werden, zu Verrätern oder für persönlich unfähig und minderwertig.

Seit neuestem erklärte Öcalan die o.g. Anwälte zu seinen persönlichen Emissären in verschiedenen Teilen Europas und mit verschiedenen Aufgabenbereichen, d. h. sie haben absolute Weisungsbefugnis auch allen alten, erfahrenen Kadern gegenüber.

Mahmut Gergerli

Nachtrag zur Debatte linker Gruppen Ende Januar in Leverkusen

In der neuesten Ausgabe (3 – 04) der, der DKP nahestehenden „Marxistischen Blätter“ (45127 Essen, Hoffnungsstr. 18), sind unter dem Titel „Übergänge zum Sozialismus“ – „Streit unter den Linken“ die Texte der dort gehaltenen Referate abgedruckt. Auch der Initiator des Treffens Robert Steigerwald (DKP), ist unter der Überschrift „Das ist nicht nur Vergangenheit“ mit aufschlußreichen Ausführungen vertreten. Er behandelt

darin auch die KPO-Politik und kommt dabei zu einer wichtigen Zusammenfassung. So schreibt er u.a. auf Seite 75:

„Ist es möglich aus heutiger Sicht etwas Wertendes über die damaligen Auseinandersetzungen zu sagen, kann also festgestellt werden, dass es hier nicht nur um Vergangenheit ging und geht? Ich möchte zusammenfassend meinen:

1. Die Kritik der sogenannten Rechten an der Politik, die von der

Komintern und der KPD in der Endphase der Weimarer Republik betrieben wurde, war im wesentlichen berechtigt. Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern bewegten sich in etwa auf der Linie dieser Kritik, ohne jedoch zu untersuchen woraus sich die begangenen Fehler ergaben, was die Gefahr in sich birgt, unanalysierte Fehler zu wiederholen.“

Leserbrief zur ‚Zwischenbilanz des Sozialabbaus‘, *Arbeiterstimme* 143

Pessimismus im Denken – Optimismus im Handeln

Zur „Zwischenbilanz des Sozialabbaus“ möchte ich folgende Hinweise beisteuern:

„Hartz II-Gesetz“:

Mit Recht wies der „Frankfurter Rundschau“-Redakteur R. Bunzenthal in einem Wirtschaftskommentar auf die „hohen Mitnahmeeffekte“ im Kontext der MiniJobs hin (vgl. FR, 19.11.2003, S. 11 – „Wenig neue Arbeitsplätze durch Mini-Jobs“ und „Mitnehmer“-Kommentar). Der Einnahmeverzicht geht nicht nur zu Lasten der versicherten Solidargemeinschaft. Mit der pauschalen Lohnsteuer von lediglich 2 % verzichtet der Staat auch noch auf erhebliche Lohnsteuersummen. Im „Midi-Job“ (400 – 800 Euro) wird dem Arbeitnehmer ermöglicht, im sog. „Gleitzonen“-Bereich auf Arbeitnehmer Beiträge in die gesetzliche Sozialversicherung zu verzichten; natürlich mit dem Ergebnis geminderter Ansprüche in der Arbeitslosen und Rentenversicherung. Auf derselben Linie liegend ist die seit 2002 mögliche „Gehaltsumwandlung“ gemäß § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz zu sehen. „Privatistisch“ (in Ermangelung kollektiv gangbarer Wege) kann ein Arbeitnehmer Teile seiner Lohnsteuer und sozialversicherungspflichtigen Lohnes durch Einzahlungen in eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds (= private Anbieter) der Lohnsteuer und beispielsweise der Rentenkasse entziehen. Die privaten Anbieter (= Großversicherer) freut's. Ob die Arbeitnehmer Freude an dieser „Operation“ haben werden, wird die Zukunft zeigen. Denn häufig wird verschwiegen, dass z.B. die nach langen Bindungszeiten ausbezahlten monatlichen Renten oder eine Einmalzahlung durch die sog. „nachgelagerte Besteuerung“ zu 100 % versteuert werden. Nicht in den Blick genommen, sind hier die bösen Überraschungen, die uns die Finanzmärkte bieten können (Kursstürze etc.). Eine in der Zu-



kunft etwaig mögliche Inflation ist dabei ebenso verdrängt worden. Ab 2004 können diese Beträge auch der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden.

Die geschilderten – in Gesetz gegossenen – Regierungs-Maßnahmen entwerten allesamt, die im Wege der Umlage solidarisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung. Die von der Regierung gesetzlich geförderte Flucht aus der gesetzlichen Sozialversicherung wird das Vertrauen der auf diese Struktur Angewiesenen weiter sinken lassen. Die „kleinen Leute“ aber können sich einen „Abschied“ von der gesetzlichen Versicherung nicht leisten. Viele Arbeitnehmer-Haushalte (vor allem mit Kindern) können zudem eine private Zusatzversorgung nicht finanzieren.

Mit den „Mini-Jobs“ ist ein riesiger Niedriglohnpreissektor entstanden, der im Kontext einer noch weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit preissenkend auf die „Normalarbeitsverhältnisse“ wirkt. Die Weiterungen, die eine durch Aufnahme osteuropäischer Staaten in die EU verursachte Wanderung von Arbeitskräften hat, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die alte Kampflosigkeit der Arbeitenden auf die „alte“ Form der „Globalisierung“ – „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ – wird durch eine erneuerte soziale Praxis gefüllt werden müssen.

„Hartz IV-Gesetz“

Die sozialbewusste politische Linke hat die geänderte Gesetzgebung wohl richtig eingeordnet. Die dann 2005 mehr als 2 Millionen durch „Arbeitslosengeld II“ alimentierten Dauerarbeitslosen (plus der

Familienangehörigen – hier sind besonders die Kinder zu erwähnen) werden materiell auf erbärmlichste Verhältnisse (unter Preisgabe aller privater Zukunftssicherungen wie Lebensversicherungen etc.) niedergedrückt. Die rasant steigende Zahl von Sperrzeiten bei

den Zahlungen von ALG/ALH zeigt hierbei die Tendenz an. Der Druck auch noch jeden angebotenen Arbeitsplatz zu jedem Preis nehmen zu müssen wird enorm steigen und den Preis der „Ware Arbeitskraft“ wohl in allen Bereichen der Beschäftigung senken. Materielle Not, schiere Existenzangst und die Zahl der „Wohnungs- und Obdachlosen“ wird dramatisch zunehmen. Mangels kollektiver Auswege und Suchbewegungen wird die Verzweiflung und Ausweglosigkeit sich erst einmal gegen die Ehefrauen, Kinder, AmtsmitarbeiterInnen (Sozial und Arbeitsamt) in aggressiver und roher Weise äußern. Nicht ganz abwegig ist das Ableiten von Aggressionen auch gegen Sündenböcke, die noch zu allen (Not)Zeiten gefunden wurden. Armut wird massenhafter anzutreffen sein und auch auf vielfache Art die eigene Existenz berühren. Ist mangels des Vorhandenseins von „Klassenbewußtsein“ dieser Ausblick zu düster geschildert? Auf jeden Fall stellt sich die Frage: Wie wird eine marginalisierte und kleine politische Linke wie auch immer gearteten sozialen Protest befördern und unterstützen? Wo könnte sich sozialer Protest äußern? Wird er an die Frühphase der Arbeiterbewegung erinnern? Welchen Platz werden die neuen Techniken (Internet, Handy/SMS, etc.) in der Organisation sozialen Protestes einnehmen? Was ist zu tun und welche Konsequenzen sind zu ziehen?

Sozialabbau versus positive Rechtsregelungen

Obwohl in Hessen Ende Oktober und Mitte November 2003 ein-

drucksvolle und bunte Protestdemonstrationen gegen die Kahl-schlagspolitik der CDULandesregierung in der Landeshauptstadt Wiesbaden stattfanden, konnte der Abbau „freiwilliger sozialer Leistungen“ nicht verhindert werden. Wir erleben in Hessen gegenwärtig einen „stillen“ Tod zahlreicher Sozialinitiativen, die bisher durch Landesmittel alimentiert wurden. Gemeinnützige Vereine müssen Insolvenz anmelden. Zahlreiche MitarbeiterInnen wurden entlassen, um die Vereine (vorerst) noch zu retten. Durch diese Politik ist der Weg zu weiteren Sozialkürzungen geebnet worden.

Weiterer Sozialabbau wird vor allem in den Strukturen der (gesetzlichen) Jugendhilfe stattfinden. Hier sind allerdings gesetzliche Grenzen, die das „Kinder und Jugendhilfegesetz“, KJHG setzt, noch einzureissen. Wird das vergleichsweise fortschrittliche KJHG so geändert, dass Anspruchsgrundlagen von Familien, Kindern und Jugendlichen einfach gestrichen werden? Oder wird (zudem) der Druck auf die (Spitzen)Verbände der Wohlfahrtspflege – wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie etc. – so erhöht, dass die Verbände „von sich aus“ die Sozialstandards zu Lasten der Anspruchsberechtigten senken werden? Alle für die Städte und Gemeinden zu erbringenden Leistungen werden öffentlich ausgeschrieben und der billigste Anbieter erhält den Zuschlag?

Als Hessenkind und in der Verfassungsrechtstradition von Wolfgang Abendroth Stehender umtreibt mich auch, ob angesichts der Absenkung aller Sozialstandards die gute, alte Hessische Verfassung mit ihren klaren und weitreichenden Sozialrechten einer Totalrevision unterzogen wird. Wie kann heute eine so mustergültige Verfassung (sie ist übrigens auch beispielgebend für eine künftige EUVerfassung!) gegen demokratiefeindliche Angriffe verteidigt werden? Die ab Artikel 27 niedergelegten sozialen und wirtschaftlichen Rechte können in einer Situation weiterhelfen, in der alle erreichten Standards auf niedrigstem EU-Niveau angeglichen werden. Ich erwähne hier nur wenige Artikel: Artikel 28: „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit...“

Artikel 29: „... Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären. Die Aussperrung ist rechtswidrig.“

Artikel 30: „Die Arbeitsbedingungen müssen so beschaffen sein, dass sie die Gesundheit, die Würde, das Familienleben und die kulturellen Ansprüche des Arbeitnehmers sichern...“

-Artikel 31: „Der Achtstundentag ist die gesetzliche Regel. Sonntag und gesetzliche Feiertage sind arbeitsfrei.“

Artikel 33: „Das Arbeitsentgelt muß der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen...“

Artikel 44: „Das Genossenschaftswesen ist zu fördern.“ (z.B. für kollektive Sicherungssysteme? – TEW)

Artikel 47: „Das Vermögen und das Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer



Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert...“

Artikel 59: „In allen öffentlichen Grund Mitteln, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich...“

Steuerrechtsänderungen 2004

Durch Änderung des § 8b Körperschaftsteuer-Gesetz haben die Groß-Versicherungen erreicht, dass entgegen der Kernregelung, Verluste bei Kapitalsanteilsveräußerungen körperschaftsteuermindernd geltend gemacht werden können. Durch die Absenkung des Eingangs und mehr noch des Spitzensteuersatzes werden alle Gebietskörperschaften planmäßig weiter unter finanziellen Druck gesetzt. Der „Druckausgleich“ der Städte und Gemeinden erfolgt über die Erhöhung von Gebühren und/oder über den Abbau sozialer Leistungen. Das wird planmäßig auch 2005 durch eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes in 2005 auf historisch niedrige 42 % bewirkt. Obwohl das Vermögensteuer-Gesetz

nach wie vor gültig ist, wird eine grundgesetzkonform gestaltete Vermögensteuer nicht erhoben. Diese „stille“ Subvention bzw. dieser staatliche Einnahmeverzicht begünstigt die wirklich Reichen und ist glatter Verfassungsbruch, weil das Bundesverfassungsgericht seit 1995 (!) der Bundesregierung aufgibt, das Vermögensteuer-Gesetz in der Behandlung der Vermögensarten verfassungskonform zu gestalten. Der Subventionsabbau (Absenkung der in Ansatz zu bringenden Werbungskosten, Kürzung von (Spar)Zulagen, Absenkung des Sparer-Freibetrages) und in Form der durch die Gebietskörperschaften geminderten Sozialtransfers jeglicher Art, trifft in aller Härte die Arbeitenden. Korrespondierend zur Reduktion der sozial gerechteren direkten Steuern, werden die sozial gesehen ungerechten indirekten Steuern erhöht. Die Tabaksteuer (plus der anteilig darauf entfallenden Umsatzsteuer) wird in mehreren Schritten erhöht. Auf dieser Linie steht die immer von interessierter Seite geäußerte Forderung nach Erhöhung der Mehrwertsteuer. Mit wechselnder Argumentation wird deren Erhöhung gefordert. Angeblich z.B., um sie EU-normtauglich zu erhöhen oder aus „sozialen“ Gründen. Die Tendenz des Umbaus des Steuersystems hin zu indirekten Steuern muss festgestellt werden. Diese ist arbeitnehmerfeindlich, weil die Arbeitenden und die Bezieher von Transfereinkommen überwiegend ihr Geld für Güter und Dienstleistungen verausgaben müssen, die mit Mehrwertsteuer belastet ist.

Zum Schluß wage ich trotzdem einen optimistischen Ausblick: Frei nach Goethe wird – wo die Not groß ist – das Rettende auch sein. Und: Der Sozialstaat muss kämpferisch gegen eine durch und durch verdorbene SPD verteidigt werden (einer SPD, die sich auf „neoliberaler“ Basis inhaltlich und mitgliedermäßig selbst erneuert?). Mit dem Pessimismus im Denken muss sich ein Optimismus im Handeln verbinden, das hilft weiter!

Beste Grüße aus dem Hessenland!

*Thomas EwaldWehner
Nidderau, den 31.03.2004*

Europawahl : Verdi für Augen zu und ankreuzeln?

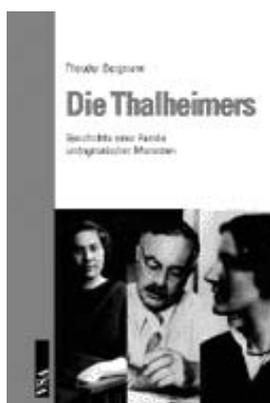
In *PUBLIK*, der Mitgliederzeitschrift der Dienstleistungsgewerkschaft verdi, sollen die Kolleginnen und Kollegen nicht unberaten bleiben. Die aktuelle Ausgabe rückt die Europawahl in den Blickpunkt und will Hilfestellung geben. Die Befürchtung: „Von der wahrscheinlich geringen Wahlbeteiligung profitieren die Konservativen“. Das jedenfalls meint die Kollegin Gauper, Mitarbeiterin beim Bundesvorstand. Das EU-Parlament sei „zur Zeit konservativ bestimmt“ und es sei notwendig, die Kräfte zu stärken, „die sich für politische Vertiefung und soziale Ausgestaltung einsetzen. Denn eine Mehrheit der konservativen Parteien im Europäischen Parlament für weitere fünf Jahre würde keine Oppositionskraft zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten darstellen.“ Was will uns die Kollegin damit sagen?

In ihren Worten ausgedrückt, würde eine Mehrheit der nicht konservativen Parteien eine Oppositionskraft zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik ... darstellen. Warum

sagt sie aber das nicht? Warum redet sie nicht Klartext? Vielleicht ahnt sie die Falle, in die sie geraten könnte. Sie darf die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament nicht benennen, schließlich könnte jemand auf den Gedanken kommen und nachfragen, warum einerseits die sozialdemokratische Bundesregierung in enger Abstimmung mit anderen sozialdemokratischen Regierungen eine neoliberale Politik betreibt, und die auf dieser Grundlage Politik betreibenden Abgeordneten im EU-Parlament eine Oppositionskraft verkörpern sollen. Sie sind weit weg davon, und das weiß die Kollegin. Das wissen auch viele Mitglieder von verdi, die bisher bei Wahlen ihre Stimme der Sozialdemokratie oder der Ökopartei geschenkt(!) haben und dafür mit verschärftem Sozialabbau und Lohnraub bedacht wurden. Verdi versucht derzeit den Spagat. Einerseits wird mit attac angebandelt und der sozialdemokratischen Familie mit Vertrauensentzug gedroht. Zumindest die verdi-Spitze belässt es bei überschaubaren Drohbärden.

Die Botschaft, die der aktuellen *PUBLIK*-Ausgabe zu entnehmen ist, heißt: „Wohlstand, heute, morgen, übermorgen“. Sie kommt von SPD-Münchener, dem in Form eines Interviews ausführlich Gelegenheit gegeben wird, darzustellen, warum „wir .. als SPD die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (vertreten)“. Natürlich werden dem Parteichef vom Interviewer sehr kritische Fragen gestellt. Aber anschließend an das Interview – und optisch deutlich hervorgehoben – wird mit den Unionsparteien, die „versuchen, den Agenda-Kurs der rot-grünen Regierungskoalition noch zu übertreffen“, abgerechnet. Überschrift: „Die verschärfte ‚Super-Agenda‘ der Union“. Mal unterstellt, dass solche Artikel von einer relevanten Zahl von Mitgliedern gelesen werden – vieles spricht nicht dafür – kann die Botschaft nur lauten: *Schlimm ist, was uns unsere (new)sozialdemokratischen bzw. rosa-grünen Freunde zumuten, aber von der christdemokratischen/christsozialen Seite erwartet uns noch viel größeres Ungemach. Deshalb Augen zu und ankreuzeln!*

he



Die Thalheimers

Die Geschichte einer Familie ist das Buch eher am Rande. Ihr von Samuel Thalheimer

begründeter, 1904 von dem Dorf Affaltrach (heute Teil von Ober-sulm) nach Öhringen umgezogener, zahlenmäßig stärkerer bürgerlicher Zweig, der beim Holocaust schwere Opfer erlitt, wird nur skizzenhaft behandelt. Anders der von Samuels Bruder Moritz, Weingärtner, Inhaber eines Bettengeschäfts und Immobilienhändler, begründete sozialistische Zweig. 1892 übersiedelte er mit den

Seinen, darunter Sohn August und Bertha, die ältere von zwei Töchtern, erst nach Winnenden, dann – auch um der Arbeiterbewegung näher zu sein – nach Stuttgart-Bad Cannstatt. Die Familie hatte besten Kontakt zu Clara Zetkin. Moritz unterstützte, politisch und finanziell, die linken Sozialdemokraten um Friedrich Westmeyer.

Umfassender als über ihn berichtet Bergmann über Bertha, die gleich Vater und Bruder hochgradig bildungsbegeistert war und als erste Frau ihres Milieus Sozialdemokratin wurde. In Berlin fand sie Zugang zum geistig führenden Kreis der Partei um Karl Kautsky und Rosa Luxemburg. Mit Rosas und Claras Hilfe schrieb sie erste Artikel für die sozialdemokra-

tische Presse, hielt aber vor allem Vorträge. Im ersten Weltkrieg war sie für die Westmeyer-Gruppe sowie die „Gruppe Internationale“ aktiv, vertrat die Genossen in Zimmerwald und Kienthal, wirkte mit ihrer Schwägerin Cläre bis zu Verhaftung, Prozess und Gefängnis 1916-1918 für den illegalen Spartakusbund. Nach dem KPD-Ausschluss ein Jahrzehnt später war sie bei der KPDO. Die Nazis verschleppten sie nach Theresienstadt. Ab 1945 gehörte sie kurzzeitig nochmals der KPD, dann der Gruppe Arbeiterpolitik an.

Das wesentlich auf gedrucktem, z. T. auch neu erschlossenem archivalischem Material basierende Buch ist in erster Linie eine Biographie August Thalheimers (1884-1948). Es setzt mit dessen Studentenzeit 1902-1909 in München, Oxford, London und Berlin ein, während der er sich u. a. mit Medizin, Ethnologie, Philo-

logie, Philosophie und Ökonomie befasste und über die Sprachen Mikronesiens promovierte. Den Anschluss bildete Pressearbeit für die Göppinger „Freie Volkszeitung“, Zetkins „Gleichheit“, den Braunschweiger „Volksfreund“, welchen er bis zum erzwungenen Abgang ins Militär 1916 zum führenden Organ der Parteiopposition gestaltete, für das Mitteilungsblatt des linksstehenden Stuttgarter sozialdemokratischen Vereins, danach die „Rote Fahne“ des Arbeiter- und Soldatenrats von Württemberg. Damals, und mit Unterbrechungen immer wieder, war der hoch begabte Publizist vornehmlich auf drei Feldern tätig, mit Übersichten über aktuelle deutsche und internationale Politik, Analysen und programmatischen Dokumenten. Die Resultate enthalten oft treffende Voraussagen und sind weiterhin lesenswert.

Thalheimer gehörte zur „Gruppe Internationale“, zu den Gründern des Spartakusbundes Anfang 1916, seiner Zentrale im November und der KPD Ende Dezember 1918. Als bedeutendster Schüler Rosa Luxemburgs wurde er nach ihrer und Karl Liebknechts Ermordung Chefredakteur der zentralen Parteizeitung „Die rote Fahne“ und des KPD-Theorieorgans „Die Internationale“ sowie der führende Theoretiker der Partei. Er vollbrachte große Leistungen, beging aber auch Fehler. Einerseits registrierte er schon Anfang 1919 den Abschwung der revolutionären Welle in Deutschland und übte 1920 am sowjetischen Polenfeldzug Kritik, insofern dieser darauf gerichtet war, die Revolution mittels Roter Armee zu exportieren. (S. 79 bzw. 81). Andererseits zählte er 1921 gleich Paul Frölich und Heinrich Brandler zu denen in der Parteizentrale, die – angefeuert von Emissären der KI – von SPD-Seite inszenierte Polizeiprovokationen in der Provinz Sachsen zum Anlass für bewaffnete kommunistische Gegenwehr nahmen. Bei dieser Märzaktion tappten Arbeiter Konterrevolutionären in die Falle und hatten schwere Verluste. Thalheimer steuerte zur Aktion die leider nicht näher beschriebene „Offensivtheorie“ bei. Er meinte nach der Niederlage, die Märzaktion habe „auf die Partei wie ein Stahlbad gewirkt. Alles Versumpfte ist entweder aufgescheucht

oder weggescheucht worden... Wir brauchen schwerlich mit einer längeren Kampfpause zu rechnen.“ (S. 84) In Moskau wurde ihm, Frölich und Wilhelm Koenen am 15. 6. eine Abreibung durch Lenin zuteil. Danach beschäftigten sich beim III. KI-Kongress Lenin und Trotzki generell mit „Offensivtheoretikern“ in der Weltbewegung. Sie verwarfen Gewaltaktionen einer Minorität und verfochten für die Zeit revolutionärer Ebbe die Einheitsfronttaktik zu dem Zweck, die Mehrheit der Proletarier, besonders sozialdemokratisch gesinnte, zu gewinnen. Bergmann erwähnt all das so, als habe die Abreibung nichts mit den Vorgängen beim Kongress zu tun. (S. 85 und 88) Thalheimer zog analog zu Brandler aus dem begangenen Fehler ernste Lehren. Er wurde zum Verfechter der Einheitsfronttaktik.

1923 mit seinen schweren politischen Krisen und dem mörderischen Höhepunkt der Inflation war für Deutschland und die KPD ein Schicksalsjahr. Diese steuerte zunächst einen von Thalheimer propagierten Kurs der Tagesforderungen und Übergangslösungen und brachte damit große Teile der organisierten Arbeiterschaft hinter sich. Andererseits wirkten ultralinke Kader um Ruth Fischer und Arkadi Maslow auf Sturz der „rechten“ Brandler/Thalheimer-Führung und auf sofortige proletarische Revolution hin. Sie bekamen Oberwasser, als KI-Präsident Sinowjew und andere russische Führer, darunter Trotzki, in Moskau gegen anfänglichen Widerstand des KPD-Vorsitzenden Brandler den Beschluss zum „deutschen Oktober“ durchsetzten und dazu den 9. 11. 1923 anvisierten. Die anschließenden Ereignisse in Deutschland – Einmarsch der Reichswehr in das von Kommunisten und Sozialdemokraten regierte Sachsen und Thüringen, Ablehnung des sofortigen Generalstreiks hiergegen durch die Chemnitzer Konferenz der Arbeitervertreter am 21. 10., Vertagung des geheimen Aufstandsbeschlusses der KPD durch Brandler, seine Aufhebung durch die engere Parteizentrale und der abortive Hamburger Aufstand –, dies und manches darauf Folgende wird in der Besprechung *Die abgesagte Revolution* z. T. eingehender behandelt. Verschärfte Hetze der ultralin-

ken Führer gegen die Parteispitze bei gleichzeitiger Moskauer Suche nach Sündenböcken für gemeinsam verursachte Niederlagen führte zur Absetzung Brandlers und Thalheimers. Sie wurden in Moskau „kominterniert“ und 1925 einem Verfahren zu dem Zweck unterzogen, sie aus der Bewegung auszuschließen. In Deutschland machten nach zahlreichen Mitgliederverlusten Fischer/Maslow Pleite, worauf die KPD sich kurzzeitig wieder konsolidierte. Bergmann, der darüber rapportiert, geht dann auf den Pakt der Stalin-Fraktion mit dem Thälmann-Flügel der KPD Ende Februar 1928 zum Vernichtungskrieg gegen die „Rechten“ ein, die eine neue verhängnisvolle Entwicklung in der ganzen KI, vor allem ihrer deutschen und russischen Sektion, einleitete.

Mit Thalheimers Arbeiten aus jener Zeit belegt der Verfasser, dass dieser, damals genau wie Brandler von KPD wie KPR (B) isoliert, wesentliche wissenschaftliche Probleme behandelte. Er schrieb die erste Version seiner Faschismustheorie, die der Legende vom „Sozialfaschismus“ als Hauptfeind entgegenstand, aber auch Artikel zu Spinoza und Einstein. Bergmann schildert das Ringen um eine Ausreisemöglichkeit aus der UdSSR, bei dem erst Thalheimer, dann Brandler gewann. Für Ersteren war nun der Moment gekommen, stalinistischen Gegnern den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Er tat das mit den Worten: „Mein Ziel ist es, den Sautall der Partei zu reinigen... Die wahre revolutionäre und kommunistische Disziplin liegt nicht in dem blinden Gehorsam gegenüber einer Leitung, die die Axt legt an die Wurzeln unserer Partei, sondern in dem unerschrockenen, opferfreudigen Kampf wider die Verderber der Partei.“ (S. 121)

Schwierig war auch die Situation, die Brandler, Thalheimer und ihre Genossen während der Rausschmiss- und Verleumdungskampagnen der Thälmann-Partei gegen sie vor und nach Konstituierung der KPD-Opposition Ende 1928 meisterten. In „Gegen den Strom“, der Zeitung „Arbeiterpolitik“ und mehreren Broschüren erörterte Thalheimer Probleme aktueller Politik, besonders des Kampfes gegen den überbordenden deutschen Faschismus und für die immer dring-

licher werdende Arbeitereinheit, aber auch historische Vorgänge wie die von 1923. Dank vollständigen Versagens von SPD und KPD gegenüber Hitler trafen seine düsteren Prognosen zu. Die 1932 geäußerte Ansicht, das Bürgertum unterwerfe sich der faschistischen Diktatur, die Reichswehrgeneralität mit Hindenburg sei vor dem Nationalsozialismus auf dem Rückzug (S. 140), korrigierte er 1934 durch den Satz: „Der Befestigung des politischen Monopols der NSDAP stand als Pendant gegenüber die volle gesellschaftliche Herrschaft des Kapitals, von der die Nazis völlig abhängig waren.“ (S. 154)

Der Autor stellt das zweite und dritte Exil Thalheimers und Brandlers in Frankreich und auf Kuba dar, das strapaziös und oft durch drückende Not gekennzeichnet gewesen ist. Von Genossen in Deutschland, zeitweilig auch in anderen Ländern abgeschnitten, hat der kommunistische Theoretiker unermüdlich weitergewirkt. Eine Herausforderung war die nach langem ultralinkem Abenteuerertum erst in Frankreich und Spanien, dann in der ganzen Komintern durchgesetzte Volksfrontpolitik, mit der zusammen sich die UdSSR um ein Bündnis mit den Westmächten gegen Hitler bemühte. „Der Fehler“, so Thalheimer im April 1936, „besteht darin, dass man den Glauben erweckte, die demokratische Staatsform und die bürgerliche Demokratie bildeten ein Bollwerk gegen den Faschismus, falls auch das Proletariat auf seine revolutionären Ziele zeitweilig verzichtet und sich darauf beschränkt, seine Gegenwartsinteressen zu vertreten. Die Praxis beweist, dass die bürgerlichen Koalitions- und Volksfrontgenossen kein Bollwerk gegen den Faschismus sind, und dass sie den Kampf für die Tagesinteressen der Werktätigen nicht tolerieren, sondern alle demokratischen Spielregeln preisgeben, wenn ihre kapitalistischen Eigeninteressen verletzt werden.“ (S. 159) Zum Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel schrieb er: „Der Sieg der Arbeiter und Bauern Spaniens ist nur möglich als Sieg der sozialistischen Revolution in Spanien.“ (S. 163)

Die zweite große Herausforderung war neben der verstärkten Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs die von der Stalinbürokratie ausgehende, welche sich in den

Moskauer Schauprozessen manifestierte. Nachdem der erste in einer IVKO-Erklärung zwar teilweise gerügt, aber auch als „Akt der berechtigten Abwehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott“ gerechtfertigt worden war, wirkte besonders Thalheimer auf eine realistische Beurteilung hin. Der dritte Prozess, in dem Angeklagter Krestinski Folter als Grund für die „Geständnisse“ der Angeklagten zur Sprache brachte, wurde in der „Internationalen Korrespondenz“ treffend als Zeugnis dafür bezeichnet, dass es falsch sei „anzunehmen, die Stalinclique könnte noch zu den Grundsätzen des Kommunismus zurückkehren... Dem Kommunismus gehört die Zukunft. Aber diese Zukunft kann ihm nur durch einen entschiedenen Kampf gegen den stalinschen Verrat gesichert werden.“ In der dänischen sozialistischen Studentenzeitung „Clar-té“ gab Thalheimer eine Ehrenerklärung für den ermordeten Kampfgenossen Bucharin ab. (S. 166 ff.)

In Havanna verfasste er weiter Aufsätze zur marxistischen Theorie, von denen nach Bergmanns Zeugnis die meisten leider verloren gingen. Erhalten blieb ein Essay mit dem Titel, „Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst“, in dem er auf den Stalinismus zurückkam. Er billigte diesem zu, dass nur „die immer mehr steigende und alle Ansätze der demokratischen Selbsttätigkeit der Werktätigen verschlingende Zwangsgewalt... der Aufgabe der ursprünglichen Akkumulation“ unter russischen Bedingungen habe gerecht werden können, stellte aber fest, der Widerspruch zwischen Werktätigen und Bürokratie sei nur lösbar, „wenn die atomisierten Arbeiter ein selbstbestimmendes und kollektiv handelndes Ganzes werden im Widerstand und Kampf gegen die allmächtige Staatsmaschinerie. Nur dieser Kampf kann die politischen Vorbedingungen schaffen für die klassenlose sozialistische Gesellschaft. Eine mögliche Lösung der Widersprüche wäre aber „auch der Untergang dieses ersten Versuches im großen Maßstab, den Horizont der kapitalistischen Gesellschaft zu überschreiten“. (S. 207 f.)

Der Verfasser würdigt die von Thalheimer nach dem zweiten Weltkrieg veröffentlichten „Politischen

Übersichten“, die Broschüren zu den Potsdamer Beschlüssen 1945 und zu „Grundlinien der Weltpolitik“ 1946 und die gemeinsam mit Brandler aufgeworfenen „Neun Fragen“, die weiterverbreitet wurden, aber ungedruckt blieben. Von der meiner Meinung nach fragwürdigen These einer „Stalinschen Methode sozialistischer Ausdehnung“ abgesehen – wann hat diese Methode jemals Sozialismus erbracht? – legte er mit seiner differenzierten Kritik an allen Besatzungsregimes und den Grundsatzentscheidungen der drei bzw. vier Mächte sowie mit Gegenforderungen entsprechend dem Friedensplan der Lenin-Partei von 1917 ein tragfähiges sozialistisches Gegenkonzept vor.

Thalheimer starb am 18. 9. 1948. Dies wohl auch deshalb, weil er aus Geldmangel einen Besuch beim Arzt versäumt hatte und nun eines Orkans wegen keiner zu ihm kam. 1963 strich ihn die Sowjetunion aus der Liste verbotener Autoren. DDR und SED brauchten länger. Vom hier unerwähnt bleibenden „Biographischen Lexikon“ des Jahres 1970 abgesehen, das internen Gerangels wegen verspätet ausgeliefert wurde, brauchte es nach Bergmann bis kurz vor Toreschluss 1989, bevor die KPDO und ihre Führer sachlich in Artikeln gewürdigt wurden. (S. 217)

Der Autor hat mit dieser Biographie eine seiner besten Arbeiten vorgelegt. Er stellt nicht nur Thalheimers Lebensweg auf bisher detaillierteste Weise dar, sondern auch dessen theoretische Schriften. Diese bergen Wesenselemente eines demokratischen Kommunismus, der auf Gewinnung und Mitarbeit der Mehrheit aller arbeitenden Menschen orientiert ist. Sie sind über Zeitbezogenheiten hinaus aktuell und wichtig. Kritikwürdig erscheinen Fehler bei der Datierung und z. B. das Ausbleiben von Belegen für die unterschiedliche Einschätzung Thalheimers durch Lenin und Trotzki.

Bruno Mander

Theodor Bergmann: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten. VSA-Verlag, Hamburg 2004, 255 Seiten, 20,40 €



Streitschrift wider rechte PDS-Ideologie

Das traurige Ende einer einst sozialistischen Partei

Ingo Wagner vom Marxistischen Forum hat zu Niedergang und Verfall der PDS auf ideologisch-programmatischem Gebiet einen wichtigen Beitrag verfasst. In wesentlich von der „jungen Welt“ publizierten bzw. später für vorliegende Streitschrift geschriebenen Kommentaren belegt er, dass PDS-Spitzenkräfte jahrelang bemüht waren, ihre Partei in ein systemkonformes Gebilde umzuwandeln, das nur dem Namen nach noch demokratisch-sozialistisch ist. Den Hauptanteil am Vorantreiben dieser Entwicklung hatten die drei Bundesvorsitzenden Gysi, Bisky und Zimmer sowie die Ideologen Dieter Klein, André und Michael Brie. Die PDS sollte nach ihren Intentionen nicht nur „endlich in der Bundesrepublik ankommen“, sondern zugleich auch den Platz einnehmen, den vorher die zum Neoliberalismus abgedriftete SPD inne hatte, außerdem möglichst mit dieser koalieren. Im Chemnitzer PDS-Programm vom 26. 10. 2003 sieht Wagner den Schlusspunkt einer Evolution zur „kleinbürgerlichen Partei des Sozialreformismus sozialdemokratischer Prägung sui generis“, d. h. eigener Art, welche faktisch sogar hinter Bernstein zurückbleibt, der immerhin noch Sozialismus wollte. (S. 10, 134, 136) Wer die verheerende „rot-rote“ Koalitionspolitik besonders in Berlin kennt, fragt sich, ob daran auch nur Sozialreformistisches sei. Wagner selbst hatte sich nach dem Dresdner Parteitag 2001 von der PDS verabschiedet, als durch Vorentscheid für den Brie-Klein-Brie-Entwurf als einzigen Diskussionsgegenstand der Programmdebatte deren trauriges Ende vorab feststand.

Mit zahlreichen Zitaten belegt der Autor, dass die genannten Ideologen und Führer – in der DDR sämtlich Anhänger des „Marxismus-Leninismus“ – das 1993 verabschiedete sozialistische Kompromissprogramm

der PDS bald durch ein ganz anderes ersetzen wollten. Der hierfür entwickelten Konstruktion legten sie das formal klassenindifferente, in Wahrheit bürgerliche Moderne-Konzept zugrunde. Eine frühere Form davon hatte einst Friedrich Engels veranlasst, festzustellen: „Als ob das ‚Moderne‘ jemals ‚in den Begriff erhoben werden‘ könne! Als ob eine so vage, gehaltlose, unbestimmte Phrase, die von oberflächlichen Köpfen in gewisser Weise überall vorgeschoben wurde, jemals eine philosophische Kategorie werden könne.“ (S. 110) Anstatt den Kapitalismus mit Marx als in sich widerspruchsvolle Totalität anzuerkennen, spalteten die selbsternannten „Modernisierer“ und „Reformer“ der PDS ihn künstlich in einander gegenüberstehende Begriffe wie „kapitalistisch“, „modern“ und „zivilisatorisch“, in sogenannte Basiselemente wie „Staat“, „Markt“ und „Rechtsstaat“ (S. 74, 111) und lösten diese von der ökonomischen Grundlage und den Klassenverhältnissen ab. Gleichzeitig entdeckten sie in der BRD „sozialistische Elemente“, so die perdu gehende angebliche Humanität ihres Gesundheitswesens (S. 81), priesen den wurmstichig gewordenen Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft und erklärten alles Lobenswerte zum quasi überkapitalistischen Wertesystem mit „Freiheitsgütern“. Andererseits verdammten sie – z. T. geschichtsverfälschend durch Übernahme der Propaganda des kalten Krieges – intensiv und penetrant „Realsozialismus“ und DDR, vornehmlich die Vereinigung KPD-SPD und den Mauerbau.

Formell huldigten indes auch sie Karl Marx, besonders dem Wort von der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Doch unterschlugen sie das Faktum, dass hiermit die kommunistische Gesellschaft gemeint war, nicht die bürgerliche mit ihrem Privateigentum. In Nachahmung Kurt Schu-

machers (eine Tatsache, die Wagner offenbar entgangen ist) werteten die PDS-„Modernisierer“ den „Sozialismus als Tagesaufgabe“. (S. 27 ff.) Er beginne „nicht... erst jenseits des Kapitalismus und nach gründlicher Revolution, sondern er ist Ziel und innerhalb der kapitalistischen Moderne sich entfaltende Bewegung zugleich“. (S. 45, 119) Die „Transformation der kapitalistischen Gesellschaft“ in eine sozialistische beginne schon heute, wobei nicht die Eigentumsverhältnisse umzustürzen wären, sondern nur „die Profitdominanz zurückzudrängen“ sei, dann würde die bürgerliche zur sozialistischen Moderne. Darüber, wie Inhaber und Besitzer von Kapital zum Verzicht auf Teile ihres Profits und hieraus resultierende Privilegien veranlasst werden sollen, schwiegen die „Modernisierer“ beharrlich, es sei denn, man halte allgemeine Reden über „stärkeren zivilgesellschaftlichen staatlichen politischen Einfluss und... progressiven Werte- und Normenwandel“ (S. 78) für die Benennung praktikabler Mittel. Marxistisches Instrumentarium anzuwenden scheint ihnen nicht sinnvoll zu sein, ist doch laut Gregor Gysi stattdessen „für die PDS der Sozialismus offenkundig das, was für die CSU die katholische Kirche und für Bündnis 90/Die Grünen die ‚grüne Seele‘ ist“. (S. 49, 62) Michael Brie zufolge – einem Denker, der gern über aller Realität auf Wolken schwebt – wird das Werk von Marx „in der originären Gestalt jetzt endgültig als gescheitert angesehen“. Sein Kern habe „sich selbst ad absurdum geführt“, sein „Paradigma der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse“ müsse aufgebrochen und verlassen werden. Werkzeug zur Analyse „der fortgeschrittenen Industriegesellschaften... sind die Modernetheorien“. (S. 120) Basta!

1999 gab Gysi folgende Parole aus: „Die Vision für das 21. Jahrhundert: Moderne und Sozialismus verbinden!... Es geht um die Umge-

staltung der Moderne.“ Ein Jahr später war das eben genannte Modewort so fadenscheinig und vielen Mitgliedern verhasst geworden, dass die PDS-Spitze es fallen ließ. Der Inhalt dessen, was als parteioffizielle Ideologie und Politik erwünscht war, änderte sich nicht. Das stellt Wagner zu Recht entgegen Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf fest, die das Moderne-Konzept für aufgegeben erklärten. (S. 29) Es fragt sich allerdings, ob seine eigene, das ganze Buch durchziehende These, Produkt der „Reformer“ sei ein Moderner Sozialismus, der Weisheit letzter Schluss ist - nach seiner eigenen Erkenntnis ist dieser weder sozialistisch noch modern. (S. 36) Der „kleinbürgerliche Sozialreformismus sozialdemokratischer Herkunft“ (so u. a. S. 51) als geheimes Markenzeichen der PDS wird inzwischen auch immer fragwürdiger.

Beim Vorstellen des Brie-Klein-Brie-Programmwerfs von 2001 ließ M. Brie überraschend verlauten, mit ihm wäre man „so nahe bei Marx wie kein kommunistisches und sozialdemokratisches Programm seit dem Kommunistischen Manifest“, näher also denn das Erfurter und Rosa Luxemburgs erstes KPD-Programm. Bei seiner Verabschiedung als Professor der Humboldt-Universität hatte Brie zuvor u. a. Adam Smith, John Maynard Keynes, Max Weber, Anthony Giddens und Jürgen Habermas als jene bezeichnet, die „neue paradigmatische Zugänge zu den Problemen unserer Zeit“ eröffnet hätten. In einem von ihm und den Bries geschriebenen Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 28. 8. 2001 fügte er den genannten bürgerlichen Leit-Koryphäen Popper hinzu, der weiland die von Marx analysierte Kapitalgesellschaft für nie da gewesen erklärt hatte. Das Programmatik-Trio stellte fest, sein Entwurf wäre „ganz im Sinne der Philosophie der offenen Gesellschaft, wie sie von Karl R. Popper formuliert wurde“. (S. 66, 114)

Als politischen Beweggrund für den erstrebten programmatischen Wandel gab Gysi schon im Februar 2000 den folgenden an: „Es geht um einen Reformdruck für eine Mitte-Links-Option... Das ist die Kernfrage für 2002. Deshalb muss sich die PDS rechtzeitig vor dem nächsten Wahl-

kampf politisch ausrichten.“ (S. 69 f.) Mit dem Programm klappte dies vielfältiger Widerstände wegen damals nicht. Die praktische „Ausrichtung“ auf Bündnisse mit und Dienstleistungen für Schröders SPD war um so nachhaltiger und wirkte sich bei der Bundestagswahl von 2002 für die PDS verheerend aus. Die Parteirechte hat das nicht daran gehindert, ihren Feldzug gegen linke Kritiker in der eigenen Organisation und zur Säuberung der Programmatik von Marxismus und Sozialismus fortzusetzen und dabei illegale Mittel bis zum Putsch gegen die gewählte Vorstandsmehrheit anzuwenden.

Es muss hier auf ein Negativum in Wagners sonst meist vortrefflicher Schrift verwiesen werden. Zusätzlich zu mancher überflüssigen Wiederholung läuft darin vieles sachlich und zeitlich durcheinander, wobei sich mitunter ein Aspekt hier, der dazugehörige zweite aber an anderer Stelle findet. Daher dürfte es manchem schwer fallen, beim Lesen ein exaktes Bild über den Ablauf des Geschehens zu gewinnen. Ich halte dies Bild für wesentlich und habe daher beim Nacherzählen herausragende Punkte neu sortiert, teilweise auch stärker akzentuiert wiedergegeben.

Zum Resultat der Entwicklungen hin zum Chemnitzer Programm bemerkt der Verfasser: „Ja, die PDS-Führung hat mit diesem Kurs insgesamt etwas vollbracht, was niemand in der alten Bundesrepublik hätte bewerkstelligen können: Sie hat einerseits das noch vorhandene anti-kapitalistische, sozialistische Bewusstsein vieler ehemaliger Bürger der DDR deformiert, ‚anpassungsfähig‘ gemacht – und andererseits wirklich Linke ins Abseits gestellt.“ Potentiell zeige sie sich als „konterrevolutionäre Kraft in Permanenz“. (S. 138 bzw. 140)

Die Vorgeschichte des Geschehens ist Wagners schwache Seite. Er weist zwar darauf hin, dass Brie-Klein-Brie, Bisky und Gysi schon zu DDR-Zeiten politisch-programmatisch tätig waren, kommt aber nicht auf den von Czichon/Marohn in „Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf“, Köln 1999, mitgeteilten pikanten Vorgang zu sprechen, dass kein anderer als der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED den

Startschuss zu Forschungen über dialektische Widersprüche im DDR-„Realsozialismus“ und zur Ausarbeitung einer „Konzeption des modernen Sozialismus“ abgab. Beim 7. ZK-Plenum Anfang Dezember 1988 beauftragte Honecker die Gesellschaftswissenschaftler hiermit, und zwar mit Blick auf den dann ausgefallenen XII. SED-Parteitag 1990, der 1988 als Reformparteitag gedacht war. An Universitäten und Instituten entstanden entsprechende Arbeitsgruppen, als wichtigste Kleins Projektgruppe „Modernen Sozialismus“ an der Berliner Humboldt-Universität, welche ihre Denkschrift am 9. 10. 1989 einreichte. Da dem Zentralkomitee und dessen Apparat inzwischen das Wasser bis zum Hals stand und sie in der angespannten Situation absolut reformunwillig waren, interessierte sie das Memo ebenso wenig wie alle anderen einschlägigen Materialien. Diese wurden im Panzerschrank eingesargt. Die Mitglieder der Gruppe hatten unterdes Gelegenheit, sich mit einschlägigen ideologisch-programmatischen Problemen zu befassen, sie mit Honeckers Segen zu diskutieren und ihre Vorschläge zu Papier zu bringen. Ihre teils richtigen, teils falschen und modernistischen Thesen brachten sie in die sich zur PDS mauernde SED ein.

Während Wagner diesen Vorgang unerwähnt lässt, übernimmt er Czichon/Marohns Legende vom Verrat der Gysi & Co. 1989 an Partei und Staat. Auch er verliert kein Wort darüber, dass niemand anders als die SED-Führung um Krenz den entscheidenden Schlag gegen die DDR führte, indem sie deren Westgrenzen bedingungslos öffnete. Die „Verräter“ verteidigten inzwischen den an Leib und Leben bedrohten Staat. Dem von ihm zum Parteiputschisten deklarierten Gysi sagt der Verfasser nach, noch vor Gründung der PDS deren Richtungswechsel hin zur Sozialdemokratisierung herbeigeführt zu haben. (S. 156 f.) Genauso unzutreffend ist die zustimmend von ihm zitierte These Georg Fülberths, keiner werde „behaupten können, der Partei des Demokratischen Sozialismus sei seit 1990 das Leben besonders schwer gemacht worden. Im Gegenteil: wichtige Machtfaktoren der alten BRD haben ihr ganz schön geholfen.“ (S.

156) Das gilt nur dann, wenn fanatische Hetze wider die PDS, vor allem Gysi, und der Versuch, ihr durch Sperrung aller finanziellen Mittel das Lebenslicht auszublasen, Hilfsaktionen sind.

Im Hinblick auf den späteren Verfall der Partei übt Wagner nicht nur an der innerparteilichen Rechten, sondern auch an der Linken harte Kritik. Die marxistische Linke, schreibt er, habe sich „durch bloße taktisch-politische und theoretische Zugeständnisse in die Rolle drängen“ lassen, „als Feigenblatt der reformsozialistischen Parteiführung zu fungieren“. (S. 144) Einschließlich des Geraer Dialogs habe sie den Übergang zum „Modernen Sozialismus“ unterschätzt. Das Marxistische Forum habe sich vornehmlich auf Abwehr konzentriert, die Kommunistische Plattform durch Ablehnung jeder neuen Programmatik theoretische Auseinandersetzungen mit der Führung ver-

hindert. Niemand habe den Mut gehabt, sich ihr unter Einkalkulierung des vollständigen Bruchs entschieden zu widersetzen. Die KPF wolle weiter innerparteilich agieren. Beim Suchen nach angeblich noch vorhandenen Widerstandsmöglichkeiten werde sie „früher oder später im Sumpf dieser Partei verenden“. (S. 168 ff.)

Der Verfasser hat darin Recht, dass die PDS als sozialistische Kraft endgültig passé, die Herausbildung eines neuen linken Faktors dringlich ist, und dass der Pseudo-„Sozialismus der Moderne“ das Gegenkonzept einer radikalen, historisch langfristigen Kapitalismusreform erfordert. Als dessen Eckpunkte kämen „Zielvorhaben in Betracht, die... auf den notwendigen Übergang zum Sozialismus und auch auf künftige existentielle Momente einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft verweisen. Das sind die grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft, die Optimierung der ökologischen Nachhaltigkeit, ein Optimum an Menschenrechtsverwirklichung, Eingriffe in das monopolkapitalistische Eigentum, Umformung der kapitalistischen Regulationsweise.“ (S. 59)

Eine neue Linkspartei hält der Autor für momentan unwahrscheinlich. Nach meiner Meinung sollte dieses Ziel nach den erlittenen Erfahrungen mit allen Parteien, besonders den

linken, deren Niedergang, Wandlung und Verfall besser nicht angesteuert werden. Entscheidend ist der außerparlamentarische Kampf. In Parlamente lässt es sich durch Wählerinitiativen gelangen. Überhaupt nicht empfehlenswert ist Wagners „historischer Imperativ“ einer starken einheitlichen Partei, „die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht“. (S. 147) Diesen Ismus hat J. W. Stalin erfunden. Was dabei herauskam, dürfte hinreichend bekannt sein. Unzutreffend ist die Einschätzung des Autors, „eine Reihe von Ländern (China, Kuba u. a.)“ halte „trotz aller Schwierigkeit an ihrem sozialistischen Weg“ fest – sie, vor allem das bürokratisch regierte China, gehen diesen Weg eben nicht. Illusionär ist seine Ansicht: „das Reifen der kommunistischen Zukunft im Schoß des Kapitalismus schreitet als Prozess sozialer Revolution rasch voran“. (S. 116 f.) Dieser Prozess ist nicht erkennbar. Er dürfte lange auf sich warten lassen. Einer Meinung bin ich mit Wagner darin, dass auf den Prozess hingearbeitet werden muss.

Fred Wilm

Ingo Wagner: Eine Partei gibt sich auf. Theoretisch-politische Glossen zum Niedergang der Partei des Demokratischen Sozialismus. edition ost, Berlin 2004, 191 Seiten, 9,90 €

PDS – Austritt



Am 21.5.2004 ist Winfrid Wolf, PDS-Bundestagsabgeordneter von 1994 – 2002, aus der PDS ausgetreten.

Ein Auszug aus seiner längeren Erklärung:

„...Die PDS, die einmal eine Hoffnung für Zehntausende Sozialistinnen und Sozialisten auf ein konsequentes Engagement gegen Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriegstreiberei darstellte, ist heute zum Hindernis bei der Entwicklung von emanzipatorischem Bewusstsein geworden. Sie ist in Programmatik und Praxis im negativen Sinn in der kapitalistischen Gesellschaft „angekommen“ – indem sie dort, wo sie mitregiert, die Bereicherung weniger mitbetreibt und den Raubzug bei den Millionen sozial Schwachen mitorganisiert. ...“

Anzeige

NEU ERSCHIENEN



DIN A4, 52 Seiten + CD
Preis: 3,50 Euro

Aus dem Inhalt:

- ▶ Chronologie der Proteste gegen die „Sicherheitskonferenz 04“
- ▶ Erklärung der Roten Hilfe und von Polizeigewalt Betroffener
- ▶ Im Vorfeld der Sicherheitskonferenz 2004
- ▶ Ausnahmezustand in München
- ▶ Eskalationsstrategie: Polizeiübergriffe bei den Protestversammlungen
- ▶ Dem großen Bruder in die Augen geschaut: Überwachungsstrategien gegen Protest

zu beziehen über:

Rote Hilfe e.V. Literaturvertrieb
PF 6444, 24125 Kiel
Tel. und Fax: 0431/75141
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

1923: Die abgesagte Revolution

1923 war in Deutschlands Geschichte ein wichtiges und schwieriges Jahr. Herausragende Begebenheiten waren Frankreichs Einmarsch ins Ruhrgebiet, der passive Widerstand hiergegen, Höhenrausch und Ende der Inflation, die gering Verdienende in abgrundtiefes Elend stürzte, der erste Anlauf des Faschismus zur Macht und der Versuch der Kommunisten zum Aufstand gegen die Kapitalherrschaft, mit dessen Scheitern die revolutionäre Nachkriegskrise endete. Vor allem ihm gelten die Sammlung bisher meist unveröffentlichter Dokumente, wozu Forscher aus vier Ländern seit 1991 Akten in Moskauer Archiven erschlossen haben, und die Chroniken. Ihre Funde und weitere Materialien belegen, dass 1923 auch ein wichtiges, bitteres Jahr in der Geschichte von Kommunistischer Internationale und russischer KP war, wobei die Führung letzterer, in der Hoffnung auf dringend notwendige Fortschritte zur Weltrevolution, einen „deutschen Oktober“ nach 1917 gelieferten Vorbild anordnete. Die Manöverkritik nach erlittenem Fehlschlag stand mit im Zeichen schwerer Konflikte zwischen der auf innerparteiliche Demokratie drängenden Gruppe um Trotzki und der „Troika“ aus Sinowjew, Kamenev und Stalin, die entgegengesetzte Standpunkte vertrat.

Aufsätze von Hermann Weber, dem früheren Leiter des Kominternarchivs Firsov und dem französischen Trotzki-Forscher Pierre Broué fassen die Vorgänge zusammen und kommentieren sie. Karsten Rudolph stellt den bedeutendsten linkssozialdemokratischen Partner deutscher Kommunisten, Sachsens Ministerpräsident Zeigner, vor.

Der erste Teil der Sammlung enthält für die Zeit vom 2. 7. bis 21. 8. 1923 neun Dokumente. Er gilt der tiefgehenden sozialen und politischen Krise in Deutschland und den daraus von Kommunisten gezogenen Schlüssen. KPD-Vorsitzender Brandler orientierte vorangegangenen Parteibeschlüssen gemäß auf Kampf gegen sozialen Notstand und Faschismus, die Bildung Proletarischer Hundertschaften und einer Arbeiterregierung,

die noch keine proletarische Diktatur wäre. Kominternpräsident Sinowjew und in der KPD die „Berliner Linke“ um Ruth Fischer drangen auf Beschleunigung der Ereignisse mit dem Ziel des bewaffneten Aufstands. RKP-Generalsekretär Stalin, gleichfalls Gegner jeden Zusammengehens mit Sozialdemokraten, warnte vor zu forschem Vorgehen, ließ sich später allerdings dazu hinreißen, in der „Roten Fahne“ vom 10. 10. die „kommende Revolution in Deutschland“ als wichtigstes Weltereignis unserer Tage und das KPD-Zentralorgan als Leuchtturm zu feiern, der „dem deutschen Proletariat... geholfen hat, wieder zum Führer des Proletariats in Europa zu werden“. (S. 212)

Der zweite, zehn Dokumente bergende Teil beginnt mit der internen Debatte des bolschewistischen Politbüros über Deutschland ab 21. 8. Sie hatte tags darauf einen Beschluss zur Folge, wonach „das deutsche Proletariat unmittelbar vor entscheidenden Kämpfen um die Macht“ stehe und die KI dem Rechnung tragen müsse. (S. 130f.) Ebenfalls unter „Streng geheim“ wurden die Vorbereitung der werktätigen Massen Russlands auf kommende Ereignisse, die Mobilisierung der Roten Armee (weil bei Revolution in Deutschland Krieg durch Frankreich möglich war), diplomatische Maßnahmen und wirtschaftliche Hilfe für deutsche Arbeiter festgelegt. Die Ausarbeitung oblag einer Kommission des Politbüros aus Sinowjew, Stalin, Kriegskommissar Trotzki, Radek und dem Volkskommissar des Äußeren Tschitscherin, zu der im September Tscheka-Chef Derschinski, Pjatakow und Sokolnikow stießen. Eine im Buch fehlende Anmerkung scheint mir wichtig zu sein: Selbstverständlich bedeutete all das, dazu die Entsendung russischer Berater und Unterstützung für die KPD auch zum Waffenkauf, Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Landes. Doch lassen sich Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht auf die Situation von 1923 anwenden, die einem durch konterrevolutionär-imperialistische Kräfte verursachten internationalen Bürgerkrieg ähnlich sah. Heute werden die Prinzi-

pien und das Völkerrecht vor allem von den USA mit Füßen getreten.

Der dritte Teil über die Zeit 21. 9.-20. 10. vermeldet den Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und den Aufmarsch der Reichswehr nicht gegen das aufsässige rechtsregierte Bayern, sondern wider die sozialdemokratischen Regierungen Sachsens und Thüringens, denen nun kommunistische Minister angehörten. Viele der 21 Dokumente belegen das Vorantreiben von Revolutionsvorbereitungen durch Politbüro und ZK der RKP (B). Am 22. 9. wurden einschlägige Thesen Sinowjews bestätigt, danach die russische Beschlusslage KPD-Vertretern übermittelt, am 4. 10. vom RKP-Politbüro der fünfte Jahrestag der deutschen Novemberrevolution zum Orientierungsdatum für den bewaffneten Aufstand erklärt. (S. 152 ff., 179 f. und 195) Der gegen Brandlers Einspruch festgelegte Beitritt zur Regierung Zeigner sollte dem (unerreichten) Zweck dienen, Arbeiter mit Polizei Waffen auszustatten. Partnern aus der linken SPD gegenüber hatte Sinowjews Parole zu gelten, sie „politisch zu erledigen, zu diskreditieren“. (S. 201) Stalin schlug die Bildung von Sowjets als Revolutionsorgane vor, was unter deutschen Bedingungen Nonsense war und Brandler wie Trotzki ablehnten. (S. 182) Der KPD-Vorsitzende gab im Hinblick auf den geplanten Aufstand schließlich die Erklärung ab, dass, wenn die Reichsregierung durch eine neue revolutionäre Welle hinweggefegt würde, „der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse ernsthafter Widerstand nicht entgegengesetzt werden kann“. (S. 43) Firsovs Ansicht, dies stehe früheren Auffassungen Brandlers entgegen, trifft nicht zu. Der Revolutionseuphorie unter führenden Bolschewiki widersprach dessen Bestandsaufnahme vom 14. 10., nach Rückkehr von Beratungen in Moskau, die besagt: „Katastrophal schlecht steht es mit der Bewaffnung. Nur für Sachsen, Thüringen und Mitteldeutschland ist in den letzten Tagen eine kleine Besserung eingetreten. In Berlin steht es gleichfalls katastrophal... Katastrophal ist auch die (sow-

jetische) Sabotage in bezug auf die Getreidelieferung“ für deutsche Arbeiter. (S. 217) RKP-Vertreter Losowski ergänzte diese Liste ungünstiger Bedingungen für eine Revolution dadurch, dass die politische Aufstandsvorbereitung ungenügend und der Partei die Presse zerschlagen worden sei. (S. 219) Edo Fimmen, Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation, gab in einem Brief an Sinowjew zu bedenken: Während die deutschen Arbeiter noch keine Geschlossenheit erreicht hätten und unbewaffnet seien, habe die Bourgeoisie ihre frühere Desorganisation überwunden und 800000 Gewehre. Der weißgardistische Ring um die revolutionären Teile Deutschlands dürfte stark genug sein, um „das Proletariat einfach auszuhungern“. Eine proletarische Revolution in diesem Land würde der Bourgeoisie aller Länder das Signal zur Einheitsfront geben. Die Rote Armee wäre im günstigsten Fall stark genug, um Russland zu verteidigen, nicht aber um rechtzeitig nach Deutschland zu gelangen. (S. 231 f.)

Im vierten Teil wird mit zwanzig weiteren Schriftstücken über Vorgänge vom 20. 10. bis 5. 11. 1923 berichtet. Gravierend waren der Reichswehreinmarsch am 21./22. 10. in Sachsen, später in Thüringen, das Scheitern des von Brandler auf der Chemnitzer Betriebsräte- und Arbeiterkonferenz am 21. 10. gestellten Antrags, gegen den Einmarsch zum Generalstreik aufzurufen, und der am 22. 10. entgegen Weisungen der Parteizentrale begonnene, in der Nacht vom 23./24. 10. abgebrochene Aufstand einer kleinen Schar kommunistischer Kämpfer in Hamburg. Brandlers Antrag in Chemnitz sollte nach Auffassung der KPD-Spitze der Test sein, ob ein Versuch zur proletarischen Revolution mit Aussicht auf Erfolg gewagt werden könne. Da dieser Versuch fehlschlug, sagte der KPD-Vorsitzende den Aufstand ab, weil er isoliert nur mit einem Blutbad für die Partei enden können. RKP-Berater und Parteiführung billigten den Entscheid. Die jahrzehntelang in Moskauer Archiven eingesargten Tatsachen darüber sind deshalb interessant, weil sie heute immer noch aufgetischte Legenden über Brandlers angeblichen Verrat am Proletariat widerlegen. In voller Blüte standen diese Legenden in dem DEFA-Film „Ernst Thälmann

– Sohn seiner Klasse“ von 1954. Sie wurden im SED- und FDJ-Lehrjahr gepredigt und dienten bei Parteiverfahren gegen ältere Genossen als ideologischer Schlagstock.

Der fünfte Teil umfasst 158 Textseiten und 42 Dokumente aus der Zeit vom 6. 11. 1923 bis 19. 1. 1924. Er enthält wesentliche innerkommunistische Erörterungen und Manöverkritik. Andere Vorgänge – der Hitlerputsch am 8./9. 11. 1923 in München, der Teilabzug französischer Besatzungstruppen, das Ende der Inflation mit Rentenmark und Still-Legung der Druckerpresse Mitte November, der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Außerkraftsetzung des gesetzlichen Achtstundentags - treten in den Hintergrund.

Nach gescheitertem Revolutionsstart und Hamburger Putsch war die KPD längere Zeit aktionsunfähig. Hierzu trugen die „Berliner Linken“ bei, die einerseits stürmisch den sofortigen Aufstand verlangten, andererseits weder Demonstrationen noch Flugblattverteilung oder Streiks organisierten. Die Zentrale wurde von den Beratern Radek, Pjatakow, Krestinski und Schmidt, der „Vierergruppe“, unterstützt, die Anfang November den 40:13-Beschluss des KPD-Zentralausschusses zur Rechtfertigung des Oktoberrückzugs herbeiführen half und ihre Thesen zur Beurteilung der Ereignisse durchsetzte. Letzgenannte sind nicht im Wortlaut wiedergegeben. Zitiert an anderer Stelle zufolge konstatierten sie fälschlich den Sieg des Faschismus über die „Novemberrepublik“, bezeichneten die Sozialdemokratie als bankrott und forderten weiteres unermüdliches Wirken für die Diktatur des Proletariats. (S. 317 und 339 f.) Zugleich traten „Vierergruppe“ und Mehrheit der KPD-Zentrale für realistische Tagespolitik und gegen „krampfhaftes Anschubsen“ zur Entscheidungsschlacht ein. „Es ist völlig klar“, so Radek und Pjatakow, „dass... auf die führende Gruppe des ZK, auf Brandler gesetzt werden muss. Man muss Berlin den Händen von Ruth Fischer und Konsorten entreißen.“ Zwei Adressaten des Briefes, Sinowjew und Stalin, waren entgegengesetzter Ansicht. Hieraus erklärt sich das Bemühen der KI-Spitze, die Gruppe bzw. mindestens Pjatakow nach Moskau zurückzubeordern, was aber die Berater verhinderten.

Der Kominternpräsident legte am 3. 11. einen Arbeitsplan vor, in dem es hieß, man müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, was am Beschluss zum „deutschen Oktober“ richtig oder falsch war, dazu auch eine KPD-Partei konferenz einberufen. Während das nicht eingehalten wurde, lautete die Vorgabe, die Lage sei weiter „objektiv revolutionär“ und der Aufstand nun auf Basis von Betriebszellen vorzubereiten. „Man muss ein für allemal begreifen, dass die Taktik der Einheitsfront für die Komintern nur ein strategisches Manöver im Kampf gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie, nur eine Argumentationsmethode... war und bleiben wird“. (S. 314 ff.) Am 5. 11. bestätigte das Exekutivkomitee (EKKI) einen ihm von RKP-Politbüro aufgetragenen Geschlossenen Brief an die KPD-Zentrale. Darin bekräftigte es die „Weiter so“-Parole und forderte, den Aufstand nunmehr offen zu propagieren. Die Kampagne gegen die SPD wurde durch Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit deren Vorstand und der Gewerkschaftsspitze forciert, schärfster Kampf gegen linke Sozialdemokraten zur „Hauptaufgabe der Zeit“ erklärt. (S. 323) Jeden Anflug zur Kritik an eigenen Fehlleistungen beim „deutschen Oktober“ vermeidend, ritt die Exekutive massive Attacken wider die KPD-Führung unter Brandler: Diese habe im Sommer den Stand der Revolutionsvorbereitungen übertrieben dargestellt, beim Mitregieren in Dresden und während der Chemnitzer Konferenz versagt. Statt mit dem EKKI den Regierungsbeitritt als bloßes Manöver anzusehen, habe sie sich einer Blockbildung mit der „linken“ Sozialdemokratie schuldig gemacht und es „glücklich fertig gebracht, die Teilhaberschaft in der sächsischen Regierung in eine banale parlamentarische Kombination zu verwandeln. Das Ergebnis war unsere politische Niederlage.“ Hinsichtlich der Chemnitzer Konferenz fragte die KI-Exekutive allen Ernstes, wie es kommen konnte, „dass wir... nicht eine feste Mehrheit hatten“. (S. 320 f.) Dieselbe Argumentation stand in einer weiteren Fassung von Sinowjews Thesen, die an der KPD vorbei am 27. 12. vom RKP-Politbüro verabschiedet wurde. Trotzki hatte vor der Annahme gewarnt, weil die Aussagen zur Einheitsfronttaktik teils äußerst abstrakt, teils unwahr sei-

en, die Kritik am sächsischen Experiment „himmelschreiend falsch“, die Thesen insgesamt für die deutsche Partei wie für die KI gefährlich. (S. 397) Radek verwies ob der angeblich schlechten Informiertheit der Komintern im Sommer darauf, dass sie Hunderte von Informationsquellen hatte. Die Abwälzung des Infomangels auf Brandler hieß die Schuld einem Unschuldigen zuschieben. (S. 433) Der KPD-Vorsitzende selbst bekannte, die Bewaffnungsfrage zu rosig dargestellt zu haben, das aber auf Grund der Angaben russischer Experten über Waffenkäufe, die später nicht vorgenommen, sondern z. T. der rechten SPD überlassen wurden. (S. 359)

Die Kampagne von RKP und Komintern, unter der die KPD-Zentrale litt, verlieh den Pseudolinken in der Partei Auftrieb. Eine einheitliche Stellungnahme zum Geschlossenen Brief kam nicht zustande. Zu Verhandlungen in Moskau wurden Vertreter aller Gruppen – der Zentrale, der Mitte und der „Linken“ – entsandt, ohne Direktiven für ihr Verhalten. In der Sowjethauptstadt tat sich viele Tage lang nichts, weil die „Troika“ mit dem Kampf gegen die Linke Opposition um Trotzki beschäftigt war. Später wurde das Versprechen gleichberechtigter Verhandlungen mit den deutschen Kommunisten bekräftigt, aber nicht gehalten. Ein Thesenentwurf Radeks, Trozki und Pjatakows zur deutschen Frage, der Wilhelm Pieck zufolge weitgehend dem der KPD-Zentrale gleichkam, hier leider nur im Auszug veröffentlicht ist, fiel unter den Tisch. Sinowjew und Stalin verfolgten inzwischen schon das Ziel, die Brandler-Führung durch ein Konglomerat aus Parteizentrum und „Berliner Linken“ abzulösen.

Am 14./15. 1. 1924 tagte das Zentralkomitee der RKP (B). Sinowjews Referat ist nicht dokumentiert, wohl aber eine Rede Radeks zum ausgebliebenen „deutschen Oktober“ und Stalins Konterattacke, in dem er R. vorwarf, im Faschismus den Hauptfeind der Revolution in Deutschland zu sehen und für Mobilisierung aller Kräfte, auch der Sozialdemokraten, dagegen zu sein. (S. 448) Radek sagte voraus, beim Ausbleiben großer geschichtlicher Veränderungen werde die neue „Führungsspitze, die Sie jetzt in der deutschen Partei schaffen wollen, die Partei verschleifen“. Sollte

aber in der KI alles vom russischen Politbüro ausgehandelt werden, werde das Kominternpräsidium vernichtet. (S. 441) Das ZK entsprach den Wünschen der „Troika“. Es segnete Sinowjews Thesen ab und desavouierte Radek. Anschließend trat vom 16. bis 19. 1. das EKKI-Präsidium zusammen, das eine dem Sinowjew-Entwurf entsprechende Resolution „Die Lehren der deutschen Ereignisse“ beschloss. Damit beendete es eine Debatte mit der KPD, die im entscheidenden Moment verhindert worden war. Der Chef der KI sprach die Erwartung aus, das Zentrum in der KPD werde mit der Parteilinken „gegen die opportunistischen Fehler der Rechten“ zusammengehen. (S. 437) Zur SPD hieß es in der Resolution: „Die leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie sind im gegenwärtigen Moment nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske... Die KPD lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der Führung der SPD ab, sondern auch mit den ‚linken‘ Führern, bis diese... mit der konterrevolutionären Bande, welche in dem Parteivorstand der SPD sitzt, brechen.“ (S. 465) Hier warf die spätere Sozialfaschismuskonzeption ihre Schatten voraus.

Fast keinen Niederschlag haben im vorliegenden Werk Gespräche gefunden, die das EKKI vom 8. bis 21. 1. 1924 mit Vertretern der drei KPD-Gruppen führte. Anträge Piecks, im Beschluss festzuhalten, dass der Oktoberrückzug notwendig war, und auch an Fehlern der „Linken“ Kritik zu üben, wurden abgeschmettert. Der Beschluss entsprach der Linie Stalins und Sinowjews, mit der Geschichte verfälscht wurde.

Am 19. 2. 1924 übernahm der KPD-Parteiausschuss die neue Oktoberlegende. Die bisherige Zentrale wurde auftragsgemäß durch eine Mitte-Links-Führung ersetzt. In kürzester Frist büßte die Partei hochgradig an Ansehen in der Arbeiterklasse ein. Binnen Monaten verlor sie 50 Prozent der Mitgliedschaft.

Manfred Behrend

Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Hg. von Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babicenko, Fridrich I. Firsov und Aleksandr Ju. Vatlin. Reihe Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Band 3. Aufbau-Verlag, Berlin 2003, 479 Seiten, 40 €

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neoliberales Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus

• Oktober 1923: Eine Legende wird 80
Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.

- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
- PDS - Triumph der „Reformlinken“
- GATS - Weltrecht des Kapitals
- Der Putsch in Chile vor 30 Jahren

• China - gestern und heute
Nr. 140 Sommer 2003, 40 S.

- Die alte Sozialdemokratie ist tot
- Steht die PDS vor dem Aus?
- Nach dem Irakkrieg
- Der bittere Weg der POUM
- Um den 17. Juni 1953

Nr. 139. 32. Jg. Frühjahr 2003, 40 S.

- Faustrecht (zum Krieg gegen den Irak)
- Verwirrung der Linken im Fall Nordkorea
- Rechte Anpassungspolitik der PDS
- Gesundheitsreform
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Nr. 138. 31. Jg., Winter 2002, 40 S.

- Aufmarsch der USA gegen den Irak
- PDS: Wahlkampfdebakel und Parteitag
- Innenpolitik nach der Bundestagswahl
- Wohin steuern die Gewerkschaften?
- Arbeitslosigkeit – was tun?
- Georg Elser (Rezension)

Nr. 137: 31. Jg., Herbst 2002, 40 S.

- Keine Stimme den Kriegsparteien
- Linke Anpassung an bestehende Verhältnisse
- Wege und Holzwege (Klassenkampfaspekte)
- Zur Mehdorns Bahnreform
- Nachdruck zum Nahostkonflikt

Register: 1981 – 1989, 1971 – 1975, 1976 – 1981; zum Preis von je einem €

Bestellungen bitte an:
Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Nachdruck aus: ak 484
vom 19.5.2004:

Ein Land zerfällt

Ohne Rückzug der Besatzungsmächte kein Frieden im Irak

Natürlich sind die allermeisten IrakerInnen froh, dass das Saddam-Hussein-Regime gestürzt wurde. Aber sie lehnen die Besatzung ab. Denn sie wären von Beginn an in der Lage gewesen, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen, Sicherheit zu gewährleisten und für politische Institutionen zu sorgen. Genau das wurde ihnen verwehrt, und durch die Auflösung der staatlichen Institutionen verschlechtern sich die Voraussetzungen weiter. Dies und die dilettantische Sicherheitspolitik der Besatzungsmächte hat erst dazu geführt, dass die Gesellschaft zerfällt und der Irak in verschiedene umkämpfte Gebiete und kämpfende Gruppen fraktioniert wurde.

Auf Grund falscher Beratung, falscher Information und ihrer eigenen Arroganz war das Bild der Besatzungskräfte vom Irak von Beginn an falsch. So nahmen sie irrtümlich an, die Baath-Partei würde die Gesellschaft politisch, ökonomisch und kulturell völlig bestimmen. Als sie dann in den Irak einmarschierten, stellten sie fest, dass es diese Baath-Partei so gar nicht gibt, sondern einen Zusammenhalt von Cliquen und Clans, von Tribalmächten und technokratischen Eliten. Nachdem sie die vermeintlich von Baathisten beherrschten Staatsapparate aufgelöst hatten, merkten sie, dass sie einen verheerenderen Fehler begangen hatten - und holten einen Teil der alten Kräfte zurück.

Wenn sie jetzt fürchten, der Irak könnte als schiitischer Staat mit dem Iran, Syrien oder Libanon eine Achse bilden, dann wirft das erneut ein bezeichnendes Licht auf ihre falschen Vorstellungen. Denn die Darstellung der imperialen Medien, die den Irak nach Schiiten, Sunniten, Arabern und Kurden fraktionieren, war von Anfang an ideologisch. Es ist eine Inszenierung, dass es so etwas wie eine beherrschende theokratische Tendenz im Irak gäbe und eine islamische Republik nach dem Muster des Iran entstehen könnte. Diese Inszenierung wirkt wie eine Zensur insofern, als sie die tatsächlichen Konflikte verdrängt; und sie ist imperialistisch, weil die Verhält-

nisse als unzivilisiert, gewaltförmig und apolitisch dargestellt und wahrgenommen werden, was wie eine Rechtfertigung für weitere imperiale Kriege und Besatzung wirkt.

„Demokratie“ als Kontrollregime

Die Konflikte im Irak sind nicht primär ethnisch oder religiös, sondern politisch. Wenn jetzt zunehmend bestimmte Geistliche als Repräsentanten der sogenannten Zivilgesellschaft eine gewisse Rolle spielen und als Vermittler auftreten, dann stecken dahinter konkrete politische Interessen. Es ist der konservativ-liberale Teil des Provisorischen Regierungsrates, der durch die Aufwertung konservativer schiitischer und sunnitischer Institutionen versucht, die von ihm gewünschte politische Kultur zu verankern. Dies ist zugleich eine Strategie gegen die Linke und ihre Vorstellungen von einer irakischen Gesellschaft.

So ist zum Beispiel die UUI, die Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak, politisch aktiv und wirksam. Weil die Mehrheit der IrakerInnen arbeitslos ist und mittelfristig auch bleiben wird, gewinnt sie an Bedeutung und wird deshalb von den Konservativen gefürchtet. Die Bush-Administration ihrerseits stellt mit Hilfe der American Federation of Labor (AFL-CIO) 15 Millionen Dollar zur Verfügung, um eine dem „Staat“ nahe stehende Gewerkschaft im Irak zu gründen, gegen autonome und unabhängige Formen der Vertretung der Arbeitenden und der Arbeitslosen. Und die irakischen Konservativen versuchen, die linken und säkularen Bewegungen zu marginalisieren und zu diskreditieren, sie als unislamisch, unschiitisch, unsunnitisch zu brandmarken.

Die Besatzungsmächte wollen also mittelfristig die Kontrolle über das Land und deren Bevölkerung behalten. Die zu diesem Zweck installierte „Demokratie“ ist ein Kontrollregime, das mittels lokaler demokratischer Eliten die zerfallenen Gesellschaften in die imperiale Weltordnung integrieren soll. In diesem Sinne stellt die Fraktionie-

rung und Kantonisierung des Irak einen ersten Schritt in Richtung Privatisierung von Macht und gesellschaftlichem Eigentum dar, der dem Staat seine ökonomische Basis entzieht und sie für neoliberale Akkumulationsstrategien zur Verfügung stellt.

Diese Tendenz bedeutet, global gesehen, einen Werttransfer aus dem Süden in den Norden, eine Marginalisierung der enteigneten Bevölkerungsmehrheit und führt zur Bildung von Wohlstandsoasen lokaler und regionaler korrupter Eliten, was wiederum zu weiterer Instabilität führt und neue Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen herauf beschwört. Im Irak erfordert diese Situation zwangsläufig die physische Anwesenheit der Besatzungsmächte: eine sich selbst erfüllende Prophezeiung!

Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen. Die im März von dem provisorischen Regierungsrat im Irak unterschriebene provisorische Verfassung, das so genannte „Law of Administration for the State of Iraq“, macht in seinem liberalen Tenor deutlich, welchen gigantischen Zeitraum die Materialisierung einer solchen Umstrukturierung des Staates beanspruchen wird und welche diversen Konfliktstoffe vorprogrammiert sind.

Zum Zweiten gibt es in der Verfassung, im Artikel 2 der „Fundamental Principles“, einen Zusatz („annex“), der genauso verbindlich sein wird wie die Verfassung. Es handelt sich dabei um ein Abkommen, das zwischen dem irakischen Provisorischen Regierungsrat und den Besatzungsmächten vor der „Wahl“ einer Übergangsregierung unterschrieben sein wird, wonach die Stationierung der Besatzungstruppen institutionell verankert wird. Sie werden lediglich aus den Großstädten zurückgezogen und in militärisch wie ökonomisch strategischen Zonen stationiert. Das Machtvakuum in den Großstädten wird womöglich durch die Stationierung von NATO-Truppen gefüllt. Die Hoffnung, dass sich die Lage dadurch entspannen könnte, ist absurd. Denn wenn die IrakerInnen die Besatzungsmächte ablehnen, dann erst recht die NATO.

Ahnungslose „Nahostexperten“

Schon jetzt sind mehrere Länder in den Irak klandestin „einmarschiert“, es gibt verschiedene Geheimdienste, die dort operieren und experimentieren, nicht nur aus der BRD, sondern auch aus Russland, Frankreich, Israel, der Türkei, dem Iran etc.; hinzu kommen auch private Sicherheitskräfte, vor allem aus den USA. Der Irak ist zu einem Experimentierfeld für das Sicherheitsgeschäft und zum Trainingscamp für imperiale Söldner geworden.

Um der Erfolgsstory ein Happy End zu geben, soll die UNO, die seit Januar 2004 schrittweise in das kriegsrische Abenteuer eingebunden wird, abermals ihren Segen aussprechen.

Durch „Wahlen“ streben die USA jetzt eine Restrukturierung der Verhältnisse im Irak an. Sie erhoffen sich durch eine Übertragung der „Macht“, dass eine Regierung, die angeblich von der Mehrheit gewählt wäre, mehr Legitimität hätte und für Ruhe und Frieden im Land sorgen könnte. Denn die provisorische Regierung wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Die Rolle der USA ist ambivalent: Das Timing der Wahl der provisorischen Regierung ist an den Wahlkampf in den USA in den nächsten Monaten gekoppelt. Die Bush-Administration muss gewisse Erfolgsgeschichten während der heißen Wahlperiode von Juli bis Oktober verkaufen, um etwa behaupten zu können: „Der Irak befindet sich in einem demokratischen Prozess, wir haben unsere Versprechen eingelöst.“

Wenn, wie vorgesehen, bis Juni 2004 eine Übergangsregierung gewählt wird und diese Übergangsregierung dieselbe ist wie der jetzige provisorische Regierungsrat, wäre das auch für die Besatzungsmächte eine Katastrophe. Man wird deshalb darauf achten, dass auch neue Gesichter auftauchen, die mehr Neutralität vermitteln und dieser Regierung stärkere Legitimität verleihen sollen.

Andererseits soll es auch keinen wirklichen Wechsel geben. So zeichnete sich bereits seit Februar ab, dass der jetzige Provisorische Regierungsrat in erweiterter Form die Übergangsregierung bilden soll. Denn dies wird nun als die beste Voraussetzung gesehen, die Interessen der USA und der Besatzungsmächte abzusichern: die Erhaltung von Militärbasen im Irak und die

Kontrolle der Ölfelder. Andererseits aber wird durch die Erweiterung der Regierung die Einbindung der UNO und damit die Einbettung von Gegnern dieses Krieges innerhalb der NATO bewerkstelligt.

Die für Ende Juni 2004 vorgesehenen Wahlen einer Übergangsregierung werden wahrscheinlich nicht stattfinden, d.h. es wird keine allgemeine, unabhängige oder „nationale“ Versammlung geben, die als ein provisorisches Parlament fungieren und aus ihrer Mitte eine Übergangsregierung wählen könnte. Vielmehr wird es, wie beim ersten Verwaltungs- und später dem provisorischen Regierungsrat, eine Nominierung geben, die vom Provisorischen Regierungsrat, den USA und der UNO vorgenommen wird.

Im Provisorischen Regierungsrat sind die konservativ-liberalen Kräfte bestimmend. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft haben sich neue Gruppen gebildet, alte Gruppen und Infrastrukturen wurden ansatzweise reaktiviert, die Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis im Regierungsrat haben werden.

Der Regierungsrat war und kann nie homogen sein, außer in den Vorstellungen von „Nahostexperten“, die mittels ihres neo-orientalistischen Wahrnehmungsmusters politische Verhältnisse dort als quasi Stammesangelegenheiten betrachten.

Es gab immer Meinungsunterschiede, unterschiedliche Positionen und Regierungskonzepte innerhalb des Rates, in dem die konservativ-liberale Mehrheit die Dinge bestimmt hat. Und weil innerhalb des Provisorischen Regierungsrats verschiedene Vorstellungen existieren über die Lösung des Konflikts und die weitere Entwicklung des Irak, entfalten sich in ihm nun auch immer stärker die Widersprüche.

Ein aussichtsreicher Kandidat für den Präsidentenposten in diesem Szenario ist der jetzige Planungs- und Entwicklungsminister des Rates Mahdi Al-Hafidh, selbst ein früherer Mitarbeiter der UNO und ein Mitglied der „Unabhängigen Demokraten“. Hafez genießt als „aufgeklärter“ Neoliberaler gegenüber dem Mann des Pentagons und dem Vorsitzenden der INC, Ahmed Chalabi, sowohl die Unterstützung der Weltbank, des internationalen Währungsfonds, der WTO als auch der Außen- und Wirtschaftsministerien der USA. Dieser Mann sorgte in den letz-

ten Monaten und Wochen durch sein Modell des „Ausverkaufs“ des Irak auf den „freien“ Märkten für heftige Debatten und Kritik. Er will im Gegensatz zu den Forderungen der IrakerInnen und unzähliger internationaler Organisationen, die aus guten politischen und ökonomischen Gründen die komplette Streichung der Schulden des Iraks fordern, lediglich einen Schuldenerlass.

Okkupation schafft Chaos

Es sieht so aus, als habe sich eine antiamerikanische Kraft entwickelt, die alles tut, um die Pläne der USA für eine Übergangsregierung durchkreuzen. Genau da, wo bisher Ruhe war - in Naseriya, in Kurdistan und in Basrah - wird angegriffen. Auch andere Besatzungskräfte, die Engländer, die Italiener, die Polen, die eigentlich zurückhaltender arbeiten und in den Städten nicht so viel Präsenz zeigen wie die US-Truppen in Bagdad, sind jetzt Ziel der Angriffe. Die Alliierten wissen nicht, wer hinter den Anschlägen steckt. Sie haben einen Riesenfehler gemacht, als sie die irakischen Sicherheitsapparate auflösten, so dass ein Sicherheitsvakuum entstand.

Die Radikalisierung und die gewaltsamen Kämpfe im Irak sind nicht irgendwelchen Fanatikern oder politischen Amokläufern zu zuschreiben; vielmehr schuf die Okkupation eine Situation, die einen Nährboden für solche Untaten bietet: Nicht der Rückzug der Besatzungstruppen würde also eine solche schreckliche Situation hervorrufen - als gäbe es momentan keine Unsicherheit, kein Chaos und keine Gewalt -, sondern umgekehrt.

Insofern gilt: Je früher sich die Besatzungsmächte zurückziehen bzw. dazu gezwungen werden, desto wahrscheinlicher wird es zu einer Befriedung der Situation im Irak kommen.

Sabah Alnasseri

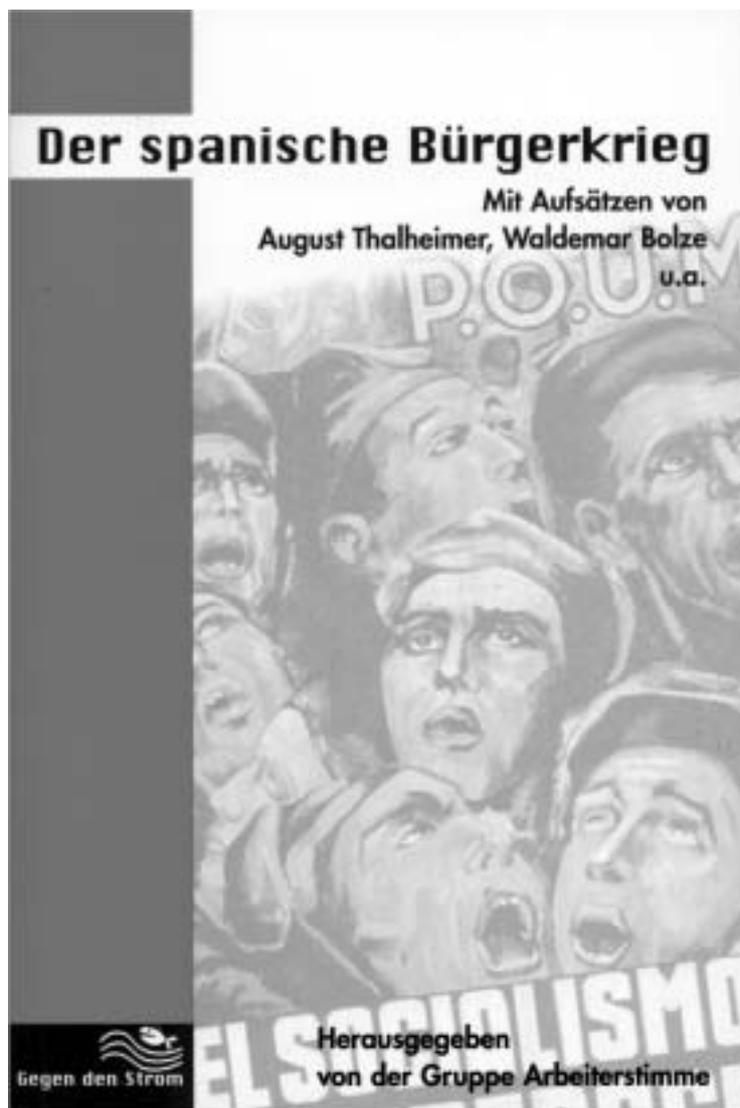
analyse+kritik
ak - zeitung für linke debatte und praxis

ak - analyse + kritik
 Rombergstr. 10
 20255 Hamburg,
 Tel.: +49-40-4017 0174,
 Fax.: +49-40-4017 0175,
 Email redaktion@akweb.de
 Internet: <http://www.akweb.de>

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 15,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 15,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet
Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg